

30 Jahre Mauerfall – Ein viergeteiltes Deutschland. Der Paritätische Armutsbericht 2019

Impressum

Herausgeber:

Der Paritätische Gesamtverband
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin

Telefon: 030 24636-0

Telefax: 030 24636-110

E-Mail: info@paritaet.org

Internet: www.der-paritaetische.de/armutsbericht

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Dr. Ulrich Schneider

Autoren:

Jonas Pieper

Ulrich Schneider

Wiebke Schröder

Gwendolyn Stilling

Gestaltung:

Christine Maier

Grafiken:

© Der Paritätische Gesamtverband

1. Auflage, Dezember 2019

ISBN 978-3-947792-03-0

Inhalt

In Kürze	2
1. Methodische Anmerkungen	3
2. Deutschland 2018 – Ein viergeteiltes Land	8
3. Entwicklung der Armut in den Bundesländern	15
4. Entwicklung der Armut in den Regionen	18
5. Regionen mit auffälliger Armutsentwicklung	22
6. Besonders von Armut betroffene Gruppen	34
7. Politische Agenda	38
Anhang	41

In Kürze

Das Erfreuliche zuerst: Die Armut in Deutschland ging von 2017 auf 2018 zurück. Es ist mit minus 0,3 Prozentpunkten zwar ein nur leichter Rückgang, auch bleibt die Armut mit 15,5 Prozent in Deutschland auf hohem Niveau, doch ist es zumindest der erste Rückgang seit 2014 und der erste Rückgang der Quote um mehr als minimale 0,1 Prozentpunkte seit 2006 (siehe Kapitel 2).

Erstmalig ging auch die Armutsquote unter Menschen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit, die seit 2012 stark angestiegen war, deutlich und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sogar überdurchschnittlich zurück. Das Gleiche gilt für Menschen mit Migrationshintergrund generell. Die seit einigen Jahren zu beobachtende Scherenentwicklung, wonach die Armut unter deutschen Staatsbürger*innen und Einwohner*innen ohne Migrationshintergrund sank, während sie bei Ausländer*innen und Menschen mit Migrationshintergrund anstieg, ist in 2018 gestoppt. Entsprechend funktioniert auch das dazugehörige Framing nicht mehr, wonach Armut in Deutschland vor allem ein Problem von Migrant*innen sei. Gleichwohl bleiben Menschen mit Migrationshintergrund, genauso wie Arbeitslose, Alleinerziehende, Kinderreiche oder Menschen mit nur unzureichenden Bildungsabschlüssen die Hauptrisikogruppen der Armut mit Quoten zwischen 30 und 57 Prozent (siehe Kapitel 6).

Der allgemeine Rückgang der Armutsquote 2018 ist statistisch vor allem den guten Jahresergebnissen in den bevölkerungsreichen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern zu verdanken. Insgesamt zeigen jedoch noch sieben weitere Bundesländer 2018 eine positive Entwicklung (siehe Kapitel 3).

Auch wenn sich die Verhältnisse im Zehnjahresvergleich etwas angenähert haben, stellt sich Deutschland als zwischen einzelnen Bundesländern und Regionen nachwievor tief zerklüftetes Land dar. Der Graben verläuft 30 Jahre nach dem Mauerfall jedoch längst nicht mehr einfach zwischen Ost und West. Deutschland ist heute hinsichtlich der Verteilung von Armut viergeteilt. Es ist der wohlhabende Süden mit einer Armutsquote von lediglich 11,8 Prozent. Es ist der Osten Deutschlands mit 17,5 Prozent. Es ist Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Einwohnern

und einer Armutsquote von 18,1 Prozent und es sind schließlich die weiteren Regionen Westdeutschlands mit einer gemeinsamen Armutsquote von 15,9 Prozent (siehe Kapitel 2).

Nordrhein-Westfalen hat nicht nur die höchste Armutsquote unter den großen Flächenregionen, sondern zeigt im Zehnjahresvergleich auch die mit Abstand schlechteste Entwicklung. Geschuldet ist dies wesentlich der außerordentlichen Armutsentwicklung im Ruhrgebiet, dem mit 5,8 Millionen Einwohner*innen größten Ballungsraum Deutschlands mit einer Armutsquote von 21,1 Prozent (siehe Kapitel 4 und 5).

Armut verschwindet nicht einfach bei guter oder sogar sehr guter wirtschaftlicher Entwicklung. Auch darauf weist dieser Bericht hin. Wirtschafts- und Armutsentwicklung haben sich vielmehr voneinander abgekoppelt: Über einen längeren Zeitraum hat der Reichtum zugenommen und die Zahl der Armen ist immer größer geworden. Dieses liegt – um an eine aktuelle Diskussion anzuknüpfen – mitnichten an den seit 2015 zu uns geflohenen Menschen. Auch ohne Geflüchtete wäre die Armutsquote in den letzten Jahren der sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung nur wenig gesunken. Stattdessen muss ein armutspolitisches Versagen konstatiert werden: Es wäre Aufgabe dieses Sozialstaates dafür Sorge zu tragen, dass bei zunehmendem Wohlstand alle mitgenommen werden, dass in der Regel ein Mindestmaß an Gleichheit von Einkommen, Ressourcen und Möglichkeiten herrscht, wobei in diesem Bericht, EU-Standards folgend, 60 Prozent des mittleren Einkommens das finanzielle Mindestmaß als Voraussetzung für Teilhabe markieren (siehe Kapitel 1).

Wenn darüber hinaus die Armut bereits seit 2006 einen Aufwärtstrend zeigt, obwohl es an politischen Absichtserklärungen zu ihrer Bekämpfung nicht fehlt und tatsächlich auch eine ganze Vielzahl kleinerer Reformen auf den Weg gebracht wurden – vom Wohngeld über das BAFöG, dem Kinderzuschlag bis zum sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket – so ist dies ein klarer Hinweis darauf, dass es mit Klein-Klein und reformerischem Stückwerk offensichtlich nicht getan ist, will man Armut nicht lediglich verwalten, sondern tatsächlich abschaffen oder doch zumindest reduzieren. Wo Realpolitik vor allem inkonsequente

1. Methodische Anmerkungen

Datenquelle

Politik ist, kann sich armutspolitisch kein nachhaltiger Erfolg einstellen. Ein Masterplan zur Armutsbeseitigung müsste zugleich die Politikfelder Arbeit, Wohnen, Alterssicherung, Pflege, Gesundheit, Familie, Bildung und Teilhabe ins Auge fassen. Er wäre sehr komplex und facettenreich und benötigte einen langen politischen Atem (siehe Kapitel 7).

In Anknüpfung an aktuelle sozialpolitische Diskussionen sehen wir angesichts der Befunde dieses Berichtes Priorität in folgendem Sofortprogramm:

- sofortige Erhöhung der Regelsätze von derzeit 424 auf 582 Euro und Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Neubestimmung des Existenzminimums – insbesondere für Kinder;
- Einführung von Freibeträgen auf Alterseinkünfte in der Altersgrundsicherung und Einführung einer Mindestrente für langjährig Versicherte;
- Einführung einer bedarfsdeckenden und einkommensorientierten Kindergrundsicherung und Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz;
- Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 13 Euro;
- sanktionsfreier Umbau der Hartz IV-Leistungen zu einem echten Unterstützungssystem inklusive eines sozialen Arbeitsmarktes und sozialpädagogischer Hilfen;
- Umbau der Pflegeversicherung durch Abschaffung oder deutliche Reduzierung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen;
- kostenfreie bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung auch für Menschen mit niedrigem Einkommen.

Die Armutsquoten, mit denen in diesem Bericht gearbeitet wird, beruhen auf dem sogenannten Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, der als valide Datenquelle angesehen werden kann, wenn es um die Ermittlung von Armutsquoten in Deutschland geht.¹ Vor allem aber ist sie als einzige in der Lage, die Quoten relativ zeitnah zu bieten – aktuell für das Jahr 2018. In dem vorliegenden Armutsbericht umfasst der Analysezeitraum im Wesentlichen Daten zur relativen Einkommensarmut von 2008 bis zum Jahr 2018, womit auch längerfristige regionale Entwicklungen nachgezeichnet und Trends identifiziert werden können. Wo notwendig, werden dabei in diesem Bericht auf der Grundlage der amtlichen Daten auch spezifische Armutsquoten für bestimmte Regionen errechnet.

Beim Mikrozensus (kleine Volkszählung) wird nach einer Zufallsstichprobe jährlich etwa ein Prozent aller Haushalte in Deutschland befragt. Dies sind circa 410.000 Haushalte mit etwa 830.000 Personen. Die Teilnahme am Mikrozensus ist gesetzlich verpflichtend. Für die wesentlichen Fragen, so auch über das Nettoeinkommen des Haushaltes, besteht ausdrückliche Auskunftspflicht. Durch die hohe Haushalts- und Personenzahl sind zudem relativ tiefe regionale Analysen möglich, ohne dass die statistischen Unsicherheiten zu groß werden. Bei der Berechnung der Armutsquoten werden dabei alle Personen gezählt, die in Haushalten leben, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt. Da bei den Armutsanalysen das Haushaltseinkommen herangezogen wird, ein entsprechender Wert für Personen in Gemeinschaftsunterkünften jedoch nicht vorliegt, werden lediglich Menschen gezählt, die einen eigenen Haushalt führen. Dies ist insofern von Bedeutung, als damit relevante Gruppen außen vor bleiben, seien es Hunderttausende von wohnungslosen Menschen, seien es die über 800.000 pflegebedürftigen Menschen in Heimen, mehr als jede*r Dritte davon auf Sozialhilfe angewiesen, die über 200.000 behinderten Menschen in vollstationären Einrichtungen oder auch die vielen Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften.

¹ Näheres zum Mikrozensus unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de/datenquellen.html

Relative Einkommensarmut

Das Statistische Bundesamt und auch dieser Armutsbericht folgen einer bereits über 30 Jahre alten EU-Konvention, was die Definition und die Berechnung von Armut anbelangt. In Abkehr von einem sogenannten absoluten Armutsbegriff, der Armut an existenziellen Notlagen wie Obdachlosigkeit oder Nahrungsmangel festmacht, ist der Armutsbegriff der EU ein relativer. Arm sind demnach alle, die über so geringe Mittel verfügen, „dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“, wie es im entsprechenden Kommissionsbericht heißt.²

Dieser EU-Konvention folgend zählt dieser Bericht jede Person als einkommensarm, die mit ihrem Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Dabei handelt es sich um das gesamte Nettoeinkommen des Haushaltes inklusive Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, anderer Transferleistungen oder sonstiger Zuwendungen.

Das Konzept relativer Einkommensarmut zeichnet sich durch die Annahme aus, dass in unterschiedlich wohlhabenden Gesellschaften Armut sehr unterschiedlich aussehen kann und vor allem durch gesellschaftlichen Ausschluss, mangelnde Teilhabe und nicht erst durch Elend gekennzeichnet ist. Es geht weiter davon aus, dass Armut ein dynamisches gesellschaftliches Phänomen ist. Mit zunehmendem Wohlstand einer Gesellschaft verändern sich Lebensweisen und es können neue Barrieren der Teilhabe entstehen, wenn dieser Wohlstand nicht alle relativ gleichmäßig erreicht. So kann nach diesem Konzept auch – oder gerade – bei wachsendem Reichtum (und zunehmender Einkommensspreizung) Armut in einer Gesellschaft durchaus zunehmen, selbst wenn die Kaufkraft aller im Durchschnitt steigen sollte. Das Konzept der relativen Einkommensarmut setzt damit ein soziologisch anspruchsvolles Verständnis für den Zusammenhang von Wohlstandssteigerung, sich herausbildenden „Lebensweisen“ und Alltagsvollzügen und damit korrespondierenden Ausgrenzungsprozessen voraus.³

2 Kommissionsbericht der europäischen Gemeinschaft: Schlußbericht der Kommission an den Rat über das erste Programm von Modellvorhaben und Modellstudien zur Bekämpfung der Armut. Brüssel 1983.

3 Vgl. zum Konzept der relativen Einkommensarmut ausführlich Ulrich Schneider: Armut kann man nicht skandalisieren, Armut ist der Skandal. In Ulrich Schneider

Wo hingegen hinter der statistisch-methodischen Kompetenz der Einkommensmessung die zum Verständnis des Zusammenhangs von Einkommensungleichheit und Armut notwendigen soziologischen Kenntnisse nicht vorhanden sind oder ausgeblendet werden, wird die Einteilung irgendwelcher Einkommensgruppen zur rein statistischen, bestenfalls noch ökonomischen Übung ohne zwingende Begründung oder weitere Relevanz.⁴

Mit der Präferenzierung des Konzeptes relativer Einkommensarmut soll die Relevanz von Konzepten eines Lebenslagenansatzes oder solchen, die Armut als „Mangel an Teilhabe“ oder „Mangel an Verwirklichungschancen“ begreifen, keinesfalls in Abrede gestellt werden. Ebenso wenig wird die Relevanz öffentlicher Infrastruktur oder nicht-monetärer Ressourcen angezweifelt. Doch trägt das Konzept relativer Einkommensarmut der Tatsache Rechnung, dass Geld und Einkommen tatsächlich die entscheidende „Schlüsselressource“ darstellen, geht es um Teilhabemöglichkeiten und Verwirklichungschancen in dieser Gesellschaft.⁵

Für den Paritätischen ist die 60-Prozent-Schwelle nach wie vor ein sehr guter Indikator, um Armut methodisch zu definieren und messbar zu machen. Mit der 60-Prozent-Marke wird tatsächlich eine Schwelle markiert, bei deren Unterschreiten Teilhabe an der Mitte dieser Gesellschaft in den meisten Fällen nicht mehr möglich und faktische Ausgrenzung die Folge ist. Der Paritätische Armutsbericht 2018 konnte auf Grundlage der Daten des DIW empirisch belegen, dass Arme, gemessen an der 60-Prozent-Schwelle, in der Regel über keinerlei finanzielle Rücklagen verfügen, vielfache Versorgungslücken und Entbehrungen aufweisen und schließlich hinsichtlich der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben „fundamental eingeschränkt“ sind.⁶ Unterhalb der 60-Prozent-Schwelle herrscht damit aus Sicht des

(Hg.) Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen. Frankfurt am Main 2015.

4 Markus M. Grabka, Jan Goebel und Stefan Liebig: Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen. In: DIW Wochenbericht Nr. 19/2019, S. 249.

5 Vgl. dazu auch Christoph Butterwegge: Armut – sozialpolitischer Kampfbegriff oder ideologisches Minenfeld? – Verdrängungsmechanismen, Beschönigungsversuche, Entsorgungstechniken. In: Ulrich Schneider (Hg.) Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen. Frankfurt am Main 2015.

6 Der Paritätische Gesamtverband (Hg.) Wer die Armen sind. Der Paritätische Armutsbericht 2018. Berlin, S. 41 ff.

Paritätischen Armut. Die häufig synonym verwandte Bezeichnung der „Armutgefährdung“ übernimmt dieser Bericht nicht, da dieser Begriff angesichts der Einkommen, um die es konkret geht und der sich dahinter real verbergenden massiven Armutprobleme eher als Euphemismus angesehen werden muss.

Bei der Berechnung der Armutsquoten sind zwei statistische Besonderheiten zu beachten: Beim mittleren Einkommen handelt es sich nicht um das geläufige Durchschnittseinkommen. Dieses wird ermittelt, indem man alle Haushaltseinkommen addiert und die Summe dann durch die Anzahl der Haushalte teilt (arithmetisches Mittel). Es wird stattdessen der sogenannte Median, der mittlere Wert, errechnet: Alle Haushalte werden nach ihrem Einkommen der Reihe nach geordnet, wobei das Einkommen des Haushalts in der Mitte der Reihe den Mittelwert bzw. Median darstellt.

Der Unterschied zwischen arithmetischem Mittel und Median kann sehr groß sein. Ein Beispiel: Verfügen fünf Haushalte jeweils über ein Einkommen von 700 Euro, 1.300 Euro, 1.900 Euro, 6.500 Euro und 9.000 Euro, so haben sie im Durchschnitt $(700 + 1.300 + 1.900 + 6.500 + 9.000) : 5 = 3.880$ Euro. Der mittlere Wert (Median) wäre jedoch 1.900 Euro. Die mit dem Median errechnete Armutsschwelle und die sich daraus ableitenden Armutsquoten sind damit sehr „stabil“: Die Haushalte im oberen Bereich können reicher und reicher werden. Solange der Haushalt in der Mitte der Rangreihe keinen Einkommenszuwachs hat, hat dies keinerlei Einfluss auf die Armutsquoten.

Der erste Armutsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2001 wies noch beide Armutsquoten aus, die mit dem arithmetischen Mittel und die mit dem Median errechnete, und tatsächlich lag die erstere (10,2 Prozent) deutlich höher als die letztere (6,2 Prozent). Seitdem wird nur noch der Median ausgewiesen.⁷

Die andere wichtige statistische Besonderheit betrifft die Berechnung des Haushaltseinkommens selbst. Um Haushalte unterschiedlicher Größe in ihrem Einkommen und in ihren Bedarfen vergleichbar zu machen, wird das sogenannte Pro-Kopf-Haushalts-äquivalenzeinkommen ermittelt. Dabei wird das Gesamteinkommen eines Haushalts nicht einfach durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt, um das Pro-Kopf-Einkommen zu ermitteln, es wird vielmehr jedem Haushaltsmitglied eine Äquivalenzziffer zugeordnet. Das erste erwachsene Haushaltsmitglied bekommt eine 1, alle weiteren Haushaltsmitglieder ab vierzehn Jahren eine 0,5 und unter vierzehn Jahren eine 0,3. Beträgt das Haushaltseinkommen eines Paares mit zwei Kindern unter 14 Jahren 4.000 Euro, ist das so gewichtete Pro-Kopf-Einkommen also nicht etwa $4.000 : 4 = 1.000$ Euro, sondern $4.000 : (1 + 0,5 + 0,3 + 0,3) = 1.905$ Euro. Es wird also nicht durch die Zahl der Personen, sondern durch die Summe der Äquivalenzziffern (in diesem Falle 2,1) geteilt. Damit soll der Annahme Rechnung getragen werden, dass Mehrpersonenhaushalte günstiger haushalten können als Singles und dass Kinder angeblich keine so hohen Bedarfe haben wie Erwachsene oder Jugendliche. Die Setzung dieser Äquivalenzziffern entspricht einer Konvention, die nicht unbedingt reale Verhältnisse beschreibt. Umgekehrt wird zur Bestimmung der 60-Prozent-Armutschwelle für diesen vierköpfigen Haushalt von zwei Erwachsenen und zwei kleineren Kindern die 60-Prozent-Schwelle eines Singles nicht etwa mit 4, sondern wiederum mit der Summe der Äquivalenzziffern 2,1 multipliziert. In Euro lag der so ermittelte Wert, den die amtliche Statistik als Armutgefährdungsschwelle bezeichnet, 2018 für einen Single bei 1.035 Euro und für einen Paarhaushalt mit zwei kleinen Kindern bei 2.174 Euro (siehe Tabelle 1, S. 6).

⁷ Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn 2001, S. 26/29.

Tabelle 1: Armutsschwellen 2018 nach Haushaltstyp (auf Grundlage des Mikrozensus)

Haushaltstyp	Single	Alleinerziehend mit 1 Kind		Alleinerziehend mit 2 Kindern		
	ohne Kinder	1 Kind unter 14 Jahre	1 Kind zwischen 14 und 18 Jahren	2 Kinder unter 14 Jahre	1. Kind unter 14 Jahre 2. Kind zwischen 14 und 18 Jahren	2 Kinder zwischen 14 und 18 Jahren
Armutsschwelle	1035 Euro	1346 Euro	1553 Euro	1656 Euro	1863 Euro	2070 Euro
Haushaltstyp	Paar	Paar mit 1 Kind		Paar mit 2 Kindern		
	ohne Kinder	1 Kind unter 14 Jahre	1 Kind zwischen 14 und 18 Jahren	2 Kinder unter 14 Jahre	1. Kind unter 14 Jahre 2. Kind zwischen 14 und 18 Jahren	2 Kinder zwischen 14 und 18 Jahren
Armutsschwelle	1553 Euro	1863 Euro	2070 Euro	2174 Euro	2381 Euro	2588 Euro

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Bundes- versus Ländermedian

Regelmäßig wird bei der Berechnung von Armutsquoten neu die Frage gestellt, ob es wirklich sinnvoll sei, eine einheitliche Armutsschwelle für die gesamte Bundesrepublik als Messlatte anzusetzen. Können Einkommensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt mit denen in Wiesbaden, Hamburg oder München verglichen werden? Darf man das Ruhrgebiet mit Stuttgart „über einen Kamm scheren“? Muss nicht jede Region mit ihrer eigenen Armutsschwelle vermessen werden?

Diese Frage ist berechtigt, sie ist jedoch mindestens genauso von politischer wie methodischer Natur. Unter methodischen Gesichtspunkten würde die sehr kleinräumige Berechnung regionaler Armutsschwellen dazu führen, dass die Armut in manchen Regionen schlicht „verschwindet“. Wo keine*r etwas besitzt, gibt es auch keine Einkommensungleichheit und damit keine relative Armut. Wo Unterversorgung der Standard ist, können keine sinnvollen Armutsquoten berechnet werden.

Beispiel Duisburg: Die Ruhrgebietsstadt hat, gemessen an der bundesweiten Armutsschwelle, einen Armutsanteil von 27,4 Prozent. Auch die Hartz IV-Quote ist mit 18,7 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurch-

schnitt (8,9 Prozent). So weit, so plausibel. Bei einer ausschließlichen Betrachtung der Duisburger Einkommen und einer eigenen Duisburger Armutsschwelle würde die Armutsquote schlagartig auf 17,6 Prozent fallen. Es gäbe sogar deutlich weniger Arme als Hartz IV-Beziehende. Eine regionalisierte Armutsmessung, so zeigt das Beispiel Duisburg, kann zu wenig plausiblen und schließlich völlig redundanten Ergebnissen führen. Eine solche Betrachtung, undifferenziert und für alle Regionen, würde sich dem Vorwurf aussetzen, die Armut in Deutschland eher „schönzurechnen“ als Armut, Ungleichheiten und Lebenswirklichkeiten empirisch zu erfassen.⁸

Auf der anderen Seite können regionale Armutsberechnungen Spaltungstendenzen offenlegen, die ansonsten in der bundesweiten Betrachtung verschwinden würden.

Beispiel Hamburg: Mit einer Armutsquote, gemessen an der bundesweiten Armutsschwelle, von 15,3 Prozent liegt der Stadtstaat unter dem Bundesdurchschnitt, was in dem reichen Bundesland mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen auch erst einmal plausibel erscheint.

⁸ Der Paritätische Gesamtverband (Hg.): Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland. Berlin 2017, S. 7f.

Legen wir den Berechnungen jedoch das deutlich höhere Hamburger Medianeinkommen zugrunde, steigt die regionale Armutsquote auf 18,4 Prozent. Es stellt sich heraus, dass Hamburg das am stärksten von Ungleichheit geprägte Bundesland Deutschlands ist. In der rein regionalen Betrachtung weist Hamburg nicht nur die höchste Armutsquote aller Länder auf, sondern mit 9,6 Prozent auch die höchste Reichtumsquote, mit der das Statistische Bundesamt alle Personen zählt, die mehr als das Doppelte des mittleren Einkommens zur Verfügung haben. Davon ausgehend, dass sich ein insgesamt hohes Einkommensniveau regional auch in einem teureren allgemeinen Lebensstandard niederschlagen kann und damit Teilhabebarrrieren angehoben werden, sind derartige Befunde durchaus von Relevanz für die Armutsforschung.

Für diesen Bericht jedoch bleibt die grundgesetzlich verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und damit die Orientierung am Bundesmedian die Richtschnur.

Kaufkraftbereinigte Armutsquoten

Gelegentlich wird eingewandt, dass doch beispielsweise in Duisburg ein ganz anderes Preisniveau herrschen würde als etwa in München und auch aus diesem Grund eine gemeinsame Armutsschwelle für München, Berlin und Duisburg in die Irre führen müsse. Dieser Einwand ist durchaus diskussionswürdig und theoretisch sehr berechtigt. Das Problem liegt darin, dass eine wissenschaftlich tragfähige Kaufkraftbereinigung regionaler Armutsquoten mangels geeigneter Daten derzeit allerdings schlicht nicht möglich ist.

Es gibt keine auch nur halbwegs aktuellen regionalen Preisindizes, die zur Berechnung solcher kaufkraftbereinigter Armutsquoten genutzt werden könnten. Es existiert unter dem Titel „Regionaler Preisindex“ zwar eine Pilotstudie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), doch hat diese lediglich explorativen Charakter. Sie bezieht nur einen Teil der Konsumausgaben privater Haushalte ein und stützt sich auf Preisangaben aus den Jahren 2006 bis 2008 und zu Teilen noch älter.⁹ Zur Kaufkraftbereinigung regionaler Armutsquoten bietet sie keine echte empirische Grundlage.

⁹ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Regionaler Preisindex Berichte Band 30, 2009.

Preisindizes basieren auf einem Warenkorb, der sämtliche in Deutschland gekaufte Waren und Dienstleistungen repräsentiert. Aus naheliegenden Gründen muss dieser Warenkorb ständig aktualisiert werden, da ansonsten Kosten für eine Lebenshaltung berechnet würden, die schlicht nicht mehr der Realität entspricht. Daher sind die Versuche des IW Köln, die Daten der BBSR-Pilotstudie in seinen Kaufkraftarmutsstudien – zuletzt 2019 – mittels länderspezifischer Preisindizes ohne Weiteres auf 2016 hochzurechnen, in ihrem Bemühen zwar nachvollziehbar, aber methodisch angreifbar.¹⁰ Ein solches Vorgehen würde voraussetzen, dass sich weder die Konsumgewohnheiten noch die Güter und Dienstleistungen in all den Jahren verändert hätten. Es unterstellt auch, dass sich alle Preise in einem Bundesland über all die Jahre gleichmäßig weiterentwickelt hätten, was eine eher gewagte Annahme sein dürfte.

Was die regionale Kaufkraftbereinigung speziell von Armutsquoten anbelangt, kommt bezüglich der Datelage erschwerend hinzu, dass die Regionalstudie des BBSR mit einem einheitlichen Warenkorb für alle Haushalte arbeitet. Damit werden gleich mehrere empirische Voraussetzungen, die zur Berechnung von regionalen Lebenshaltungskosten armer Haushalte gegeben sein müssten, nicht erfüllt: Es bleibt außer Acht, dass Warenkörbe regional sehr unterschiedlich aussehen. So dürfte in ländlichen Gegenden weniger Geld für das Wohnen, dafür aber mehr Geld für Mobilität ausgegeben werden, um ein einfaches Beispiel zu bemühen.

Weiterhin wird ausgeblendet, dass der Warenkorb eines einkommensschwachen Haushaltes zwangsläufig anders aussieht als der eines Durchschnittsverdienenden. Man benötigte spezifische Warenkörbe, wie sie vom Statistischen Bundesamt bis 2003 auch tatsächlich noch bereitgestellt wurden, etwa die Lebenshaltungskosten für Haushaltstypen wie „4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen“ oder „2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen“. Seitdem gibt es jedoch lediglich einen Verbraucherpreisindex für alle, obwohl das Verbrauchsverhalten und die Konsumgewohnheiten je nach verfügbarem Einkommen ganz erheblich differieren. Arme Menschen kaufen nicht nur weniger, sie kaufen auch nicht zu statistischen

¹⁰ Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Gutachten Teilhabemonitor. Köln 2019.

Durchschnittspreisen, nicht einmal regionalen. Arme Menschen kaufen billig, im untersten Preissegment. Bevorzugt werden beispielsweise Discounter und Supermarktketten, die deutschlandweit eine hohe Preishomogenität zeigen. Ein Kaufkraftvergleich zur Bereinigung von Armutsquoten hätte somit von realen und nicht durchschnittlich fiktiven Kosten auszugehen.

Abschließend lässt sich festhalten: Auch wenn das Erkenntnisinteresse entsprechender Studien durchaus nachvollziehbar ist, sind derartige Berechnungen angesichts der defizitären Datenlage aus methodischen Gründen nicht valide.

2. Deutschland 2018 – Ein viergeteiltes Land

Armut in Deutschland im Jahr 2018

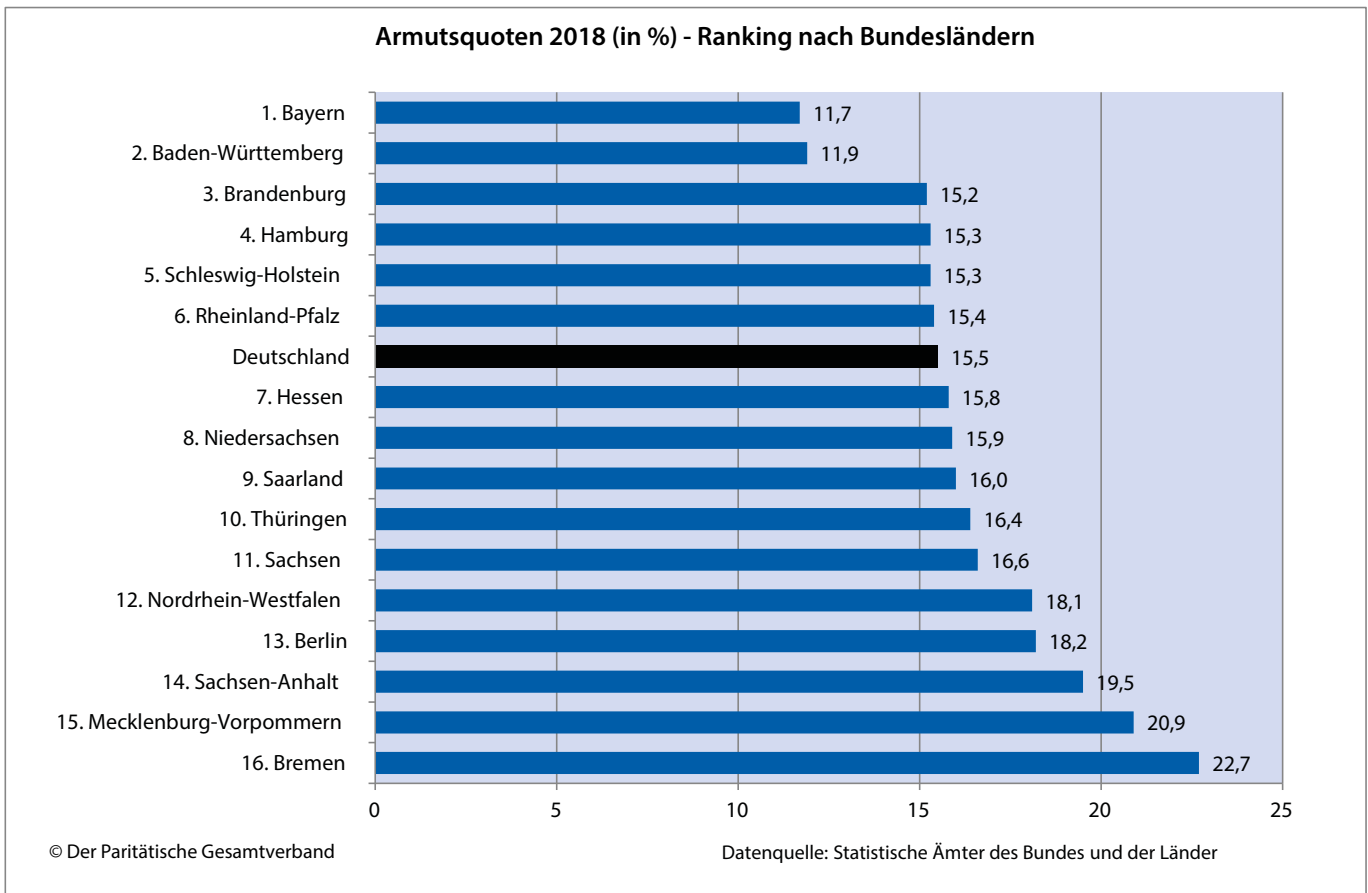
Im Jahr 2018 waren 15,5 Prozent der Menschen in Deutschland von Armut betroffen. Im Vergleich zu 2017 sank die Armutsquote damit um 0,3 Prozentpunkte. Für Hunderttausende bedeutete dieser prozentual kleine Rückgang einen Fortschritt: 210.000 Menschen weniger als noch im Vorjahr mussten rechnerisch unterhalb der Armutsgrenze leben. Dabei ist dieser Rückgang keineswegs typisch für die vergangene Dekade. Nur in zwei der vorherigen zehn Jahre gab es überhaupt einen Rückgang der Armut, und zwar 2010 und 2017 um jeweils 0,1 Prozentpunkte. Auch die SGB II-Quote ist im vergangenen Jahr von 9,3 Prozent auf 8,9 Prozent gesunken. Ebenso hat sich am Arbeitsmarkt der Rückgang der Arbeitslosenquote fortgesetzt und lag 2018 bei 5,2 Prozent (siehe Grafik 2).

Haupttreiber des deutschlandweiten Rückgangs der Armut war die positive Entwicklung in drei bevölkerungsreichen Bundesländern: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern. In sieben weiteren Bundesländern ging die Armut von 2017 auf 2018 zurück, während sie in Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Thüringen zunahm. Die Quote der SGB II-Beziehenden und die Arbeitslosenquote ging in allen sechzehn Bundesländern zurück.

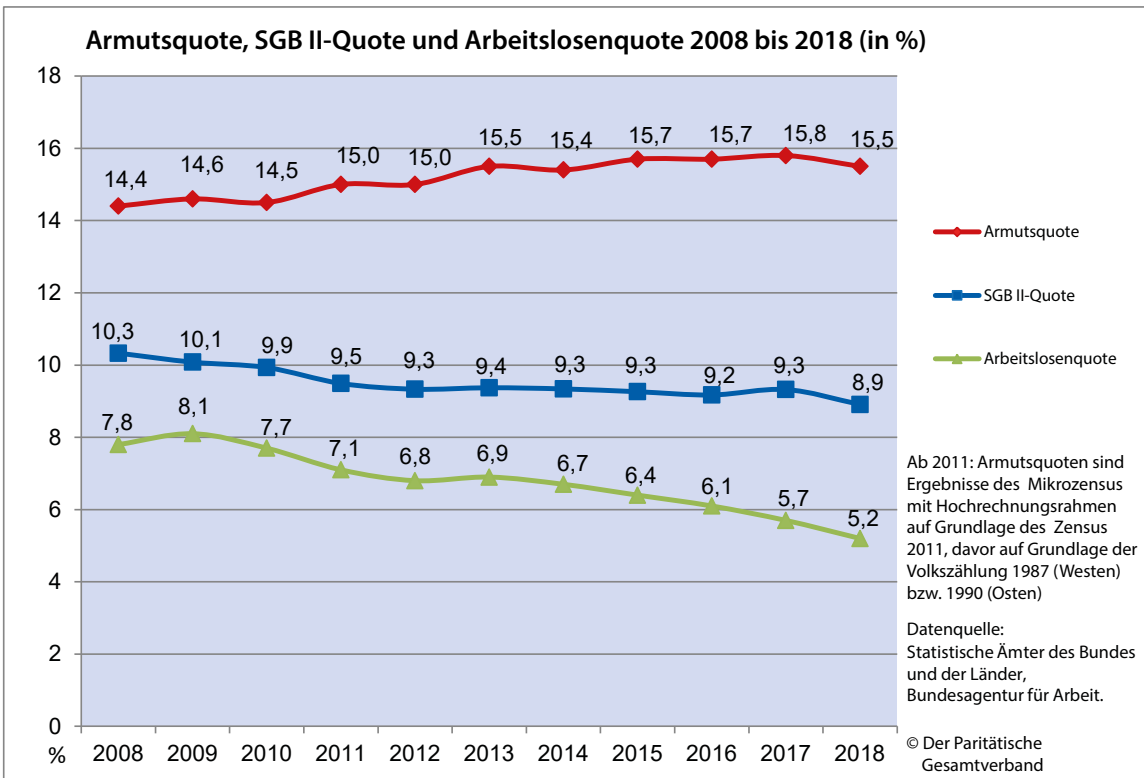
Im Vergleich der Bundesländer müssen wir auch im Jahr 2018 weiterhin eine tiefe Spaltung feststellen. Die Spanne der Armutsquote reicht von 11,7 Prozent in Bayern bis zu 22,7 Prozent in Bremen (siehe Grafik 1 und Karte 1).

Im Ranking der Bundesländer haben Bayern und Baden-Württemberg die ersten beiden Plätze der Bundesländer mit der niedrigsten Armutsquote getauscht. Auffällig ist weiterhin, dass Brandenburg nach einem kontinuierlichen Rückgang der Armutsquote inzwischen auf Platz 3 des Rankings gelandet ist. Ansonsten gab es im Jahresvergleich zumeist nur kleinere Verschiebungen um einen Platz. Schlusslicht des Rankings ist Bremen. Das kleinste Bundesland steht mit einer Armutsquote von 22,7 Prozent ein deutliches Stück schlechter da als Mecklenburg-Vorpommern mit 20,9 Prozent und Sachsen-Anhalt mit 19,5 Prozent. Mit Berlin und Nordrhein-Westfalen folgen am unteren Ende der Skala zwei Bundesländer mit Armutsquoten von jeweils knapp über 18 Prozent.

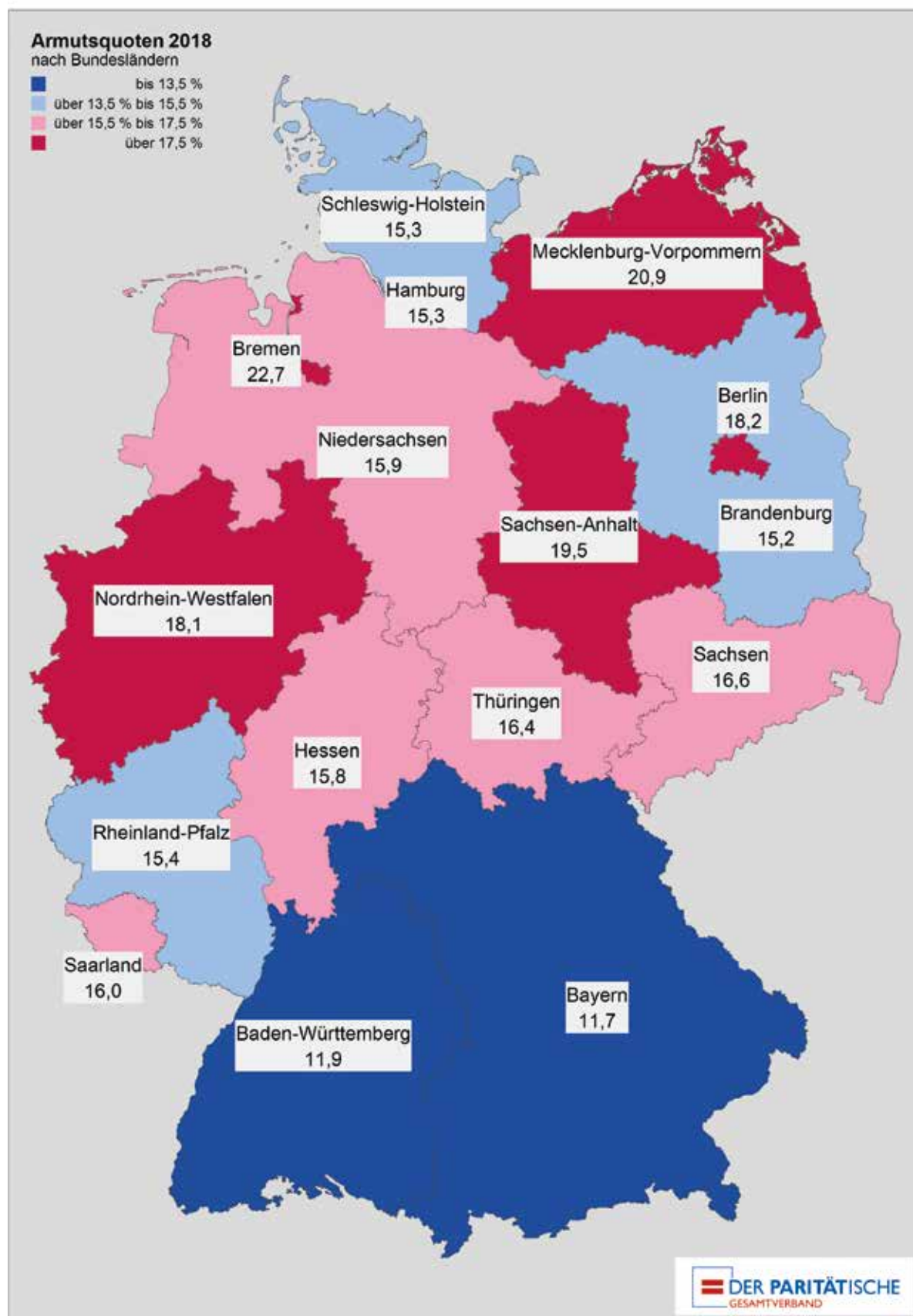
Grafik 1



Grafik 2



Karte 1: Armutsquoten nach Bundesländern 2018

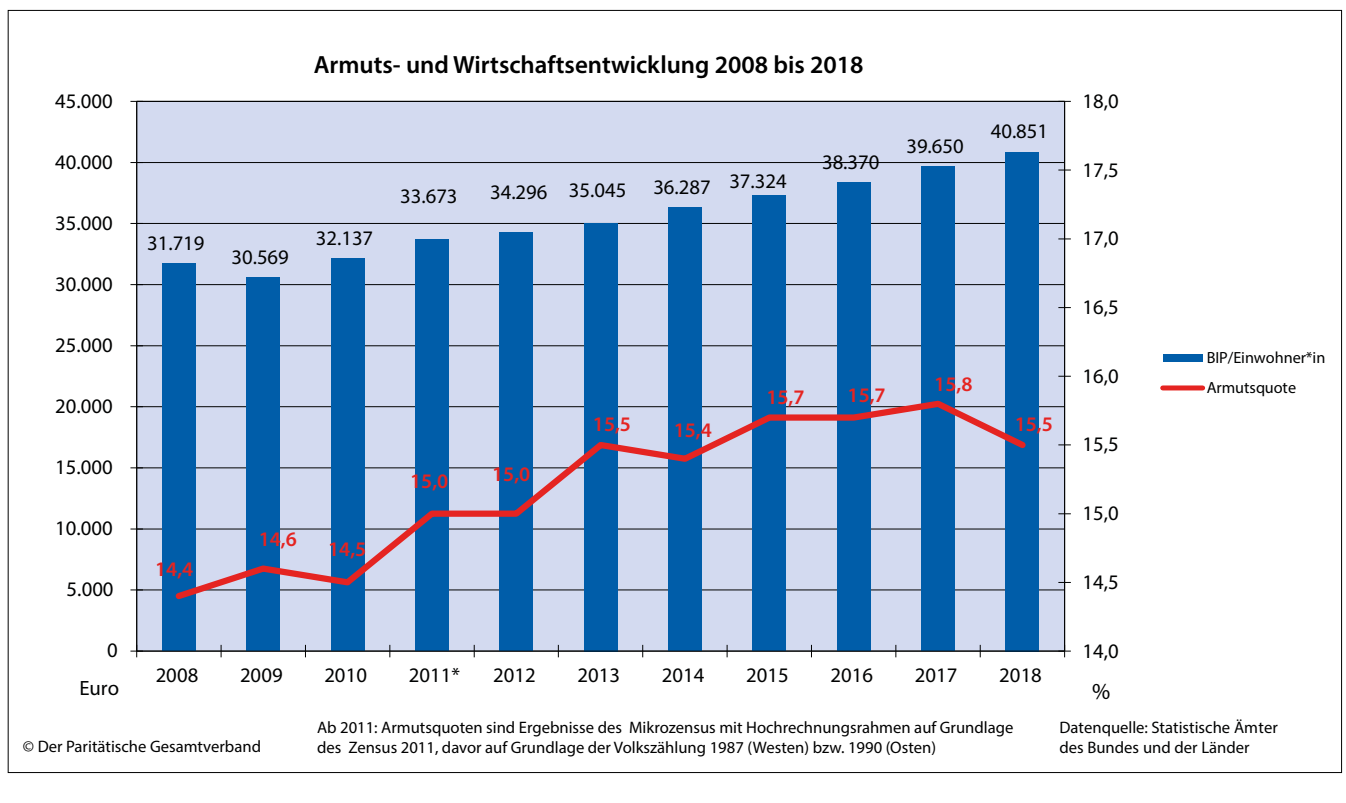


Exkurs: Wirtschaftliche Entwicklung und Armut

Betrachten wir den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Armut, so zeigt Deutschland das bemerkenswerte Phänomen, dass das Bruttoinlandsprodukt seit der Wirtschaftskrise 2009 stetig wächst (nominal um 37 Prozent, real um 21 Prozent)¹¹, dass aber auch die Armutsquote eine insgesamt steigende Tendenz aufweist. Wirtschaftliche Entwicklung und Armutsentwicklung sind weitgehend voneinander entkoppelt (siehe Grafik 3). Zuwächse im Bruttoinlandsprodukt und im Volkseinkommen finden ganz offensichtlich nicht ihren Weg zu den Armen, sondern stoßen auf Verteilungsstrukturen, die im Ergebnis und im längerfristigen Trend immer mehr Armut erzeugen.

Wenn wir 2005 noch fast 5 Millionen Arbeitslose hatten, heute gerade noch 2,3 Millionen, und wenn die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 39 auf 45 Millionen gestiegen ist, die meisten darunter sozialversicherungspflichtig beschäftigt, sollte man davon ausgehen können, dass sich auch bei den Armutsquoten etwas positiv verändert hat. Die Frage, ob die Armut um einen Prozentpunkt gestiegen oder gesunken ist, ist vor diesem Hintergrund eine völlig deplatzierte Betrachtungsweise. Der Hinweis auf eine statistische „Seitwärtsbewegung“ geht völlig an der Sache vorbei, stellt sich doch zwingend die Frage, was noch geschehen muss, bevor sich endlich die Armut reduziert.¹²

Grafik 3



11 Eigene Berechnungen nach Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Wichtige Zusammenhänge im Überblick 2018. Wiesbaden 2019, S.18.
12 Eine erste Annäherung findet sich in: Der Paritätische Gesamtverband (Hg.) Wer die Armen sind. Der Paritätische Armutsbericht 2018. Berlin 2018 Seite 27ff.

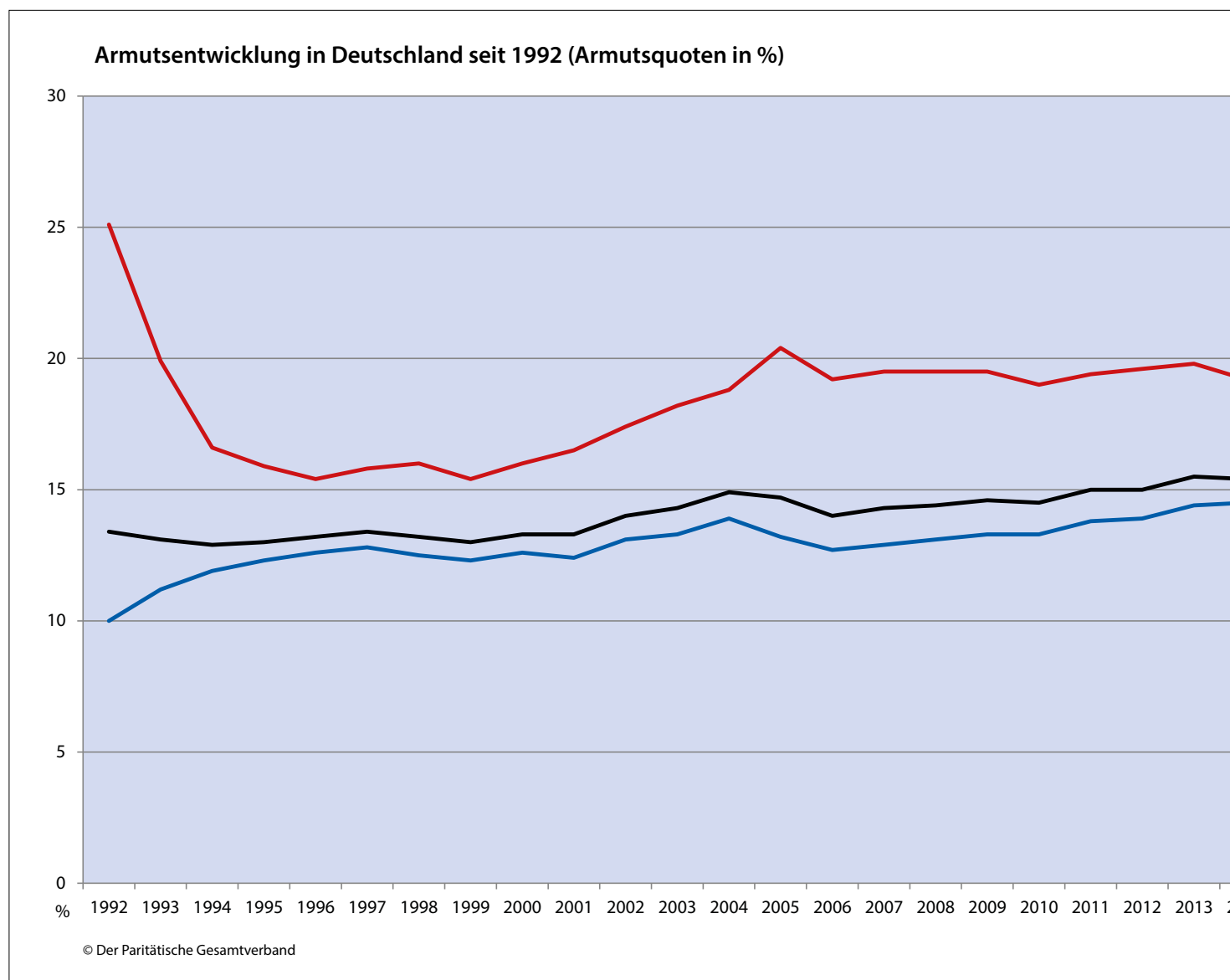
Zweigeteilt? Dreigeteilt? Viergeteilt!

Insbesondere im Jahr des 30-jährigen Jubiläums des Mauerfalls stellt sich die Frage, wie es im Ost-West-Vergleich um die Armut steht. Vergleichen wir die Armutsquoten für beide Landesteile, so wird deutlich, dass die Menschen im Osten weiterhin überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind: Mit 17,5 Prozent liegt die Armutsquote im Osten deutlich höher als im Westen, wo 15 Prozent der Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben.

Im Langfristvergleich zeigt sich allerdings ein gegenläufiger Trend in der Entwicklung in Ost und West

(siehe Grafik 4). In Ostdeutschland ging die Armutsquote in den ersten Jahren nach der Vereinigung ganz rapide zurück, um nach 1999 bis 2005 wieder sehr schnell auf 20,4 Prozent anzusteigen. Sie verharrte sodann zehn Jahre auf einem sehr hohen Niveau von über 19 Prozent, um seit 2015 jedoch wieder deutlich abzunehmen. In Westdeutschland hat die Armut dagegen beinahe kontinuierlich zugenommen. Besonders Anfang der 1990er und Anfang der 2000er Jahre stieg sie stark an, um von 2004 bis 2006 kurzfristig zu sinken und seitdem in fast jedem Jahr wieder zu steigen.

Grafik 4



Ziehen wir diese unterschiedlichen Entwicklungen in Ost und West seit Anfang der 1900er Jahre in Betracht, so lohnt es sich, nicht vorschnell die Zweiteilung des Landes in Ost und West zu unterstellen, sondern neuen regionalen Trennlinien und Auffälligkeiten nachzuspüren.

Bereits der Armutsatlas des Paritätischen aus dem Jahr 2009, der einen besonderen Schwerpunkt auf die regionale Verteilung der Armut in Deutschland legte, diagnostizierte eine Dreiteilung Deutschlands und belegte, dass mit Blick auf die Armutsentwicklung die übliche Ost-West-Betrachtung zu kurz greift:

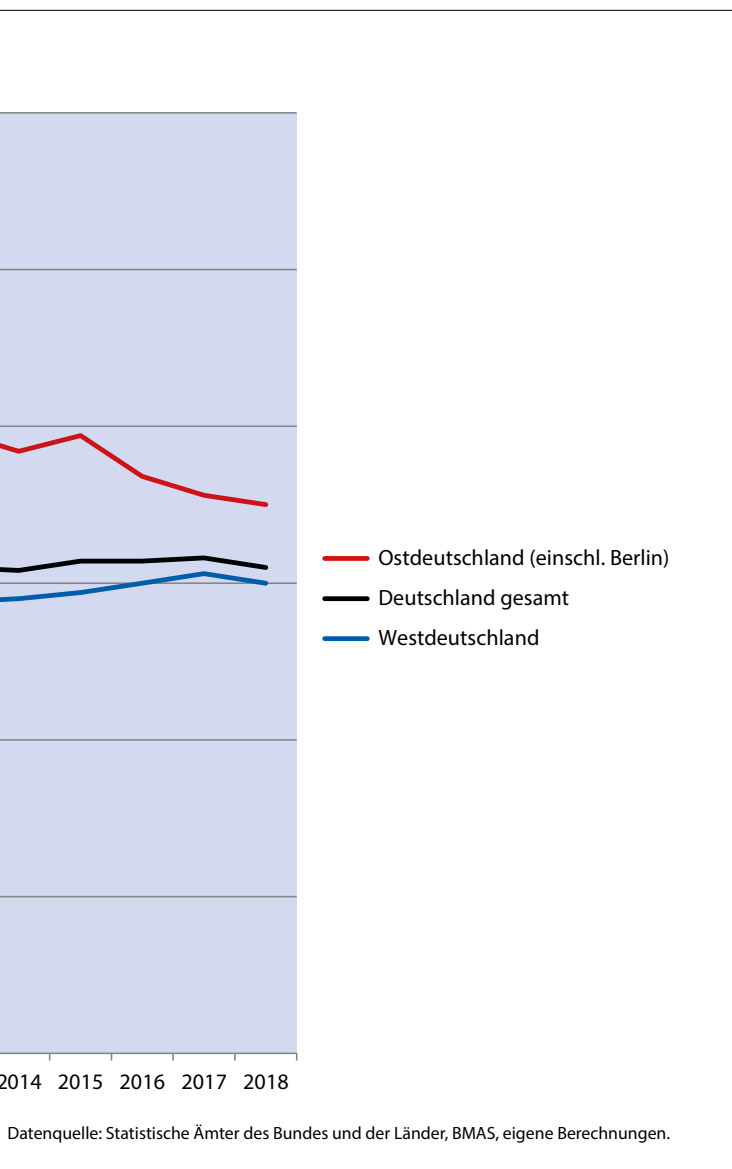
„Westdeutschland teilt sich auf in den süddeutschen Bereich mit den Ländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern sowie den nordwestdeutschen Bereich mit den Ländern zwischen Saarland und Schleswig-Holstein. Der süddeutsche Bereich zeigt eine Armutsquote von knapp 11 Prozent, Nordwestdeutschland liegt mit fast 15 Prozent deutlich über dem süddeutschen Bereich und etwa in der Mitte zwischen der Armutsquote Ostdeutschlands mit fast 20 Prozent und dem süddeutschen Bereich. Die ostdeutsche Quote ist mit fast 20 Prozent beinahe doppelt so hoch wie diejenige des süddeutschen Bereichs mit knapp 11 Prozent.“¹³

Weitere zehn Jahre später muss bezüglich der Armutsentwicklung von einer Vier-Teilung Deutschlands gesprochen werden (siehe Karte 2).

Zuallererst ist festzustellen, dass die Unterschiede zwischen den süddeutschen und ostdeutschen Bundesländern geringer geworden sind. Einer Armutsquote von 17,5 Prozent im Osten steht im Süden eine Quote von 11,8 Prozent entgegen. Süd und Ost haben sich aufeinander zu bewegt. Nichtsdestotrotz sind die Unterschiede zwischen diesen beiden Regionen so groß, dass wir weiterhin nicht von gleichwertigen Lebensverhältnissen sprechen können.

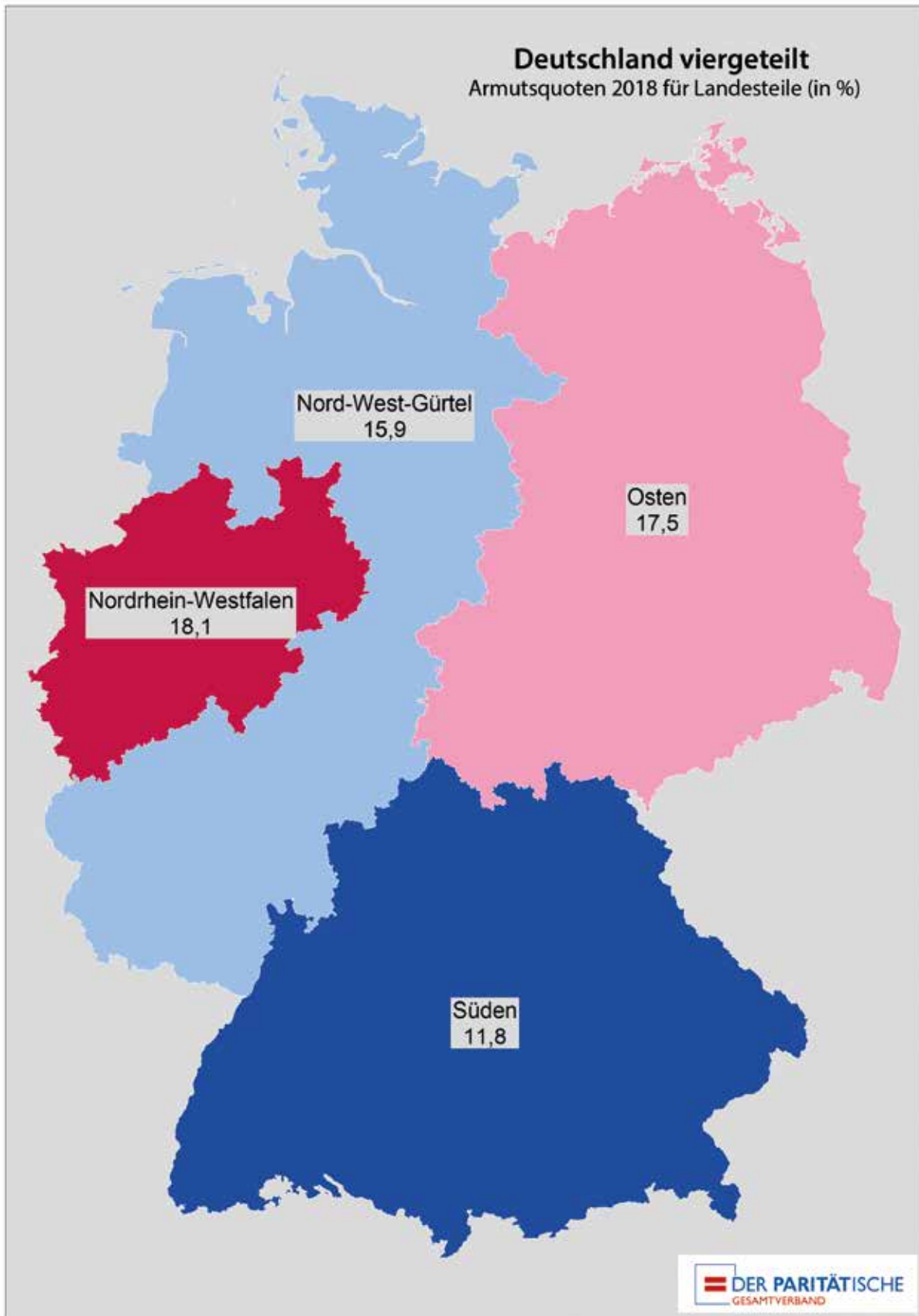
Im Westen und Norden der Republik haben sich die Bundesländer so unterschiedlich entwickelt, dass hier eine weitere Unterteilung sinnvoll ist. Die Armutsentwicklung in Nordrhein-Westfalen hebt sich vom Rest der westdeutschen Länder noch einmal deutlich ab. Mit 18,1 Prozent lag die Armutsquote für Nordrhein-Westfalen im Jahr 2018 ganz deutlich über dem Bundesdurchschnitt und sogar höher als im Osten.

Die Armutsquoten der restlichen Bundesländer von Nordwest bis West, von Schleswig-Holstein über Hessen bis zum Saarland dagegen liegen leicht über oder unter dem Bundesdurchschnitt. Einzig Bremen sticht hier heraus, das jedoch für die gemeinsame Quote dieses Clusters wegen der vergleichsweise wenigen Einwohner*innen nicht sonderlich ins Gewicht fällt. Die gemeinsame Armutsquote für diesen Nord-West-Gürtel ohne Nordrhein-Westfalen liegt bei 15,9 Prozent.



¹³ Der Paritätische Gesamtverband 2009: Unter unseren Verhältnissen... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland, S. 8.

Karte 2: Armutsquoten 2018 für Landesteile



3. Entwicklung der Armut in den Bundesländern

Die oben beschriebene positive Entwicklung der Armut im Jahr 2018 ist keineswegs typisch für das vergangene Jahrzehnt. Lag die bundesweite Armutsquote 2008 noch bei 14,4 Prozent, war sie 2018 auf 15,5 Prozent gestiegen (siehe Tabelle 2). Rechnerisch waren dies im Jahr 2018 1,2 Millionen Menschen mehr in Armut als noch zehn Jahre zuvor.

In den Bundesländern sind im Zehnjahresvergleich jedoch ganz unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Insbesondere zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Ost und West (siehe Grafik 5). So ging die Armutsquote der ostdeutschen Bundesländer von 19,5 Prozent im Jahr 2008 auf 17,5 Prozent im Jahr 2018 zurück. Die erfreulichste Tendenz ist dabei in

Tabelle 2: Armutsquoten und SGB II-Quoten nach Bundesländern seit 2008 (in %)

Armutsquote und SGB II-Quote nach Bundesländern seit 2008 (in %)		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	Armutsquote	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5
	SGB II-Quote	10,3	10,1	9,9	9,5	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	Armutsquote	19,5	19,5	19,0	19,4	19,6	19,8	19,2	19,7	18,4	17,8	17,5
	SGB II-Quote	17,7	16,9	16,3	15,6	15,3	15,1	14,7	14,1	13,4	13,0	12,0
Westdeutschland	Armutsquote	13,1	13,3	13,3	13,8	13,9	14,4	14,5	14,7	15,0	15,3	15,0
	SGB II-Quote	8,5	8,4	8,4	8,0	7,9	8,0	8,1	8,1	8,2	8,5	8,2
Baden-Württemberg	Armutsquote	10,2	10,9	11,0	11,1	11,1	11,4	11,4	11,8	11,9	12,1	11,9
	SGB II-Quote	5,3	5,3	5,4	5,0	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,1
Bayern	Armutsquote	10,8	11,1	10,8	11,1	11,0	11,3	11,5	11,6	12,1	12,1	11,7
	SGB II-Quote	4,7	4,7	4,6	4,2	4,0	4,0	4,1	4,1	4,2	4,3	4,1
Berlin	Armutsquote	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2
	SGB II-Quote	21,4	21,2	21,1	21,2	21,2	20,7	20,3	19,9	19,1	18,5	17,5
Brandenburg	Armutsquote	16,8	16,7	16,3	16,8	18,1	17,7	16,9	16,8	15,6	15,0	15,2
	SGB II-Quote	16,0	15,1	14,3	13,6	13,3	13,2	12,7	11,9	11,3	10,7	9,7
Bremen	Armutsquote	22,2	20,1	21,1	22,0	22,9	24,6	24,1	24,8	22,6	23,0	22,7
	SGB II-Quote	18,1	17,9	18,1	17,7	17,6	17,7	17,8	18,2	18,3	18,9	18,6
Hamburg	Armutsquote	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3
	SGB II-Quote	13,8	13,6	13,5	13,1	12,9	12,8	12,6	12,6	12,5	12,6	12,3
Hessen	Armutsquote	12,7	12,4	12,1	12,8	13,3	13,7	13,8	14,4	15,1	15,4	15,8
	SGB II-Quote	9,0	8,9	8,8	8,4	8,2	8,4	8,5	8,5	8,5	8,8	8,5
Mecklenburg-Vorpommern	Armutsquote	24,0	23,1	22,4	22,1	22,8	23,6	21,3	21,7	20,4	19,4	20,9
	SGB II-Quote	18,8	17,2	16,2	15,4	15,1	15,0	14,6	13,8	13,2	12,6	11,5
Niedersachsen	Armutsquote	15,8	15,3	15,3	15,5	15,7	16,1	15,8	16,5	16,7	16,7	15,9
	SGB II-Quote	10,3	10,0	9,7	9,3	9,1	9,2	9,1	9,1	9,1	9,4	9,1
Nordrhein-Westfalen	Armutsquote	14,7	15,2	15,4	16,4	16,3	17,1	17,5	17,5	17,8	18,7	18,1
	SGB II-Quote	11,2	11,1	11,2	11,0	11,0	11,2	11,4	11,5	11,5	11,9	11,6
Rheinland-Pfalz	Armutsquote	14,5	14,2	14,8	15,1	14,6	15,4	15,5	15,2	15,5	15,6	15,4
	SGB II-Quote	7,4	7,3	7,2	6,7	6,6	6,7	6,8	6,9	7,0	7,4	7,1
Saarland	Armutsquote	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	17,5	17,2	17,2	16,8	16,0
	SGB II-Quote	10,0	9,8	9,8	9,4	9,3	9,6	9,9	10,2	11,3	11,7	11,3
Sachsen	Armutsquote	19,0	19,5	19,4	19,5	18,8	18,8	18,5	18,6	17,7	16,8	16,6
	SGB II-Quote	16,2	15,5	14,7	13,8	13,3	13,0	12,5	11,7	10,9	10,4	9,5
Sachsen-Anhalt	Armutsquote	22,1	21,8	19,8	20,6	21,1	20,9	21,3	20,1	21,4	21,0	19,5
	SGB II-Quote	19,2	18,4	17,4	16,6	16,4	16,4	15,9	15,2	14,6	14,2	13,1
Schleswig-Holstein	Armutsquote	13,1	14,0	13,8	13,6	13,8	14,0	13,8	14,6	15,1	14,8	15,3
	SGB II-Quote	10,6	10,1	9,9	9,7	9,6	9,8	9,8	9,8	9,8	10,2	9,8
Thüringen	Armutsquote	18,5	18,1	17,6	16,7	16,8	18,0	17,8	18,9	17,2	16,3	16,4
	SGB II-Quote	13,8	13,0	12,2	11,3	10,9	10,8	10,5	10,0	9,6	9,4	8,7

Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen zu beobachten, wo die Armutsquote im Zehnjahresvergleich um mehr als 12 Prozent gesunken ist. Auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern ging die Armut in diesem Zeitraum deutlich zurück. Gleichwohl liegt die Armutsquote in allen ostdeutschen Bundesländern, abgesehen von Brandenburg, oberhalb des Bundesdurchschnitts, in Mecklenburg-Vorpommern gar weiterhin auf einem besorgniserregend hohen Niveau von 20,9 Prozent.

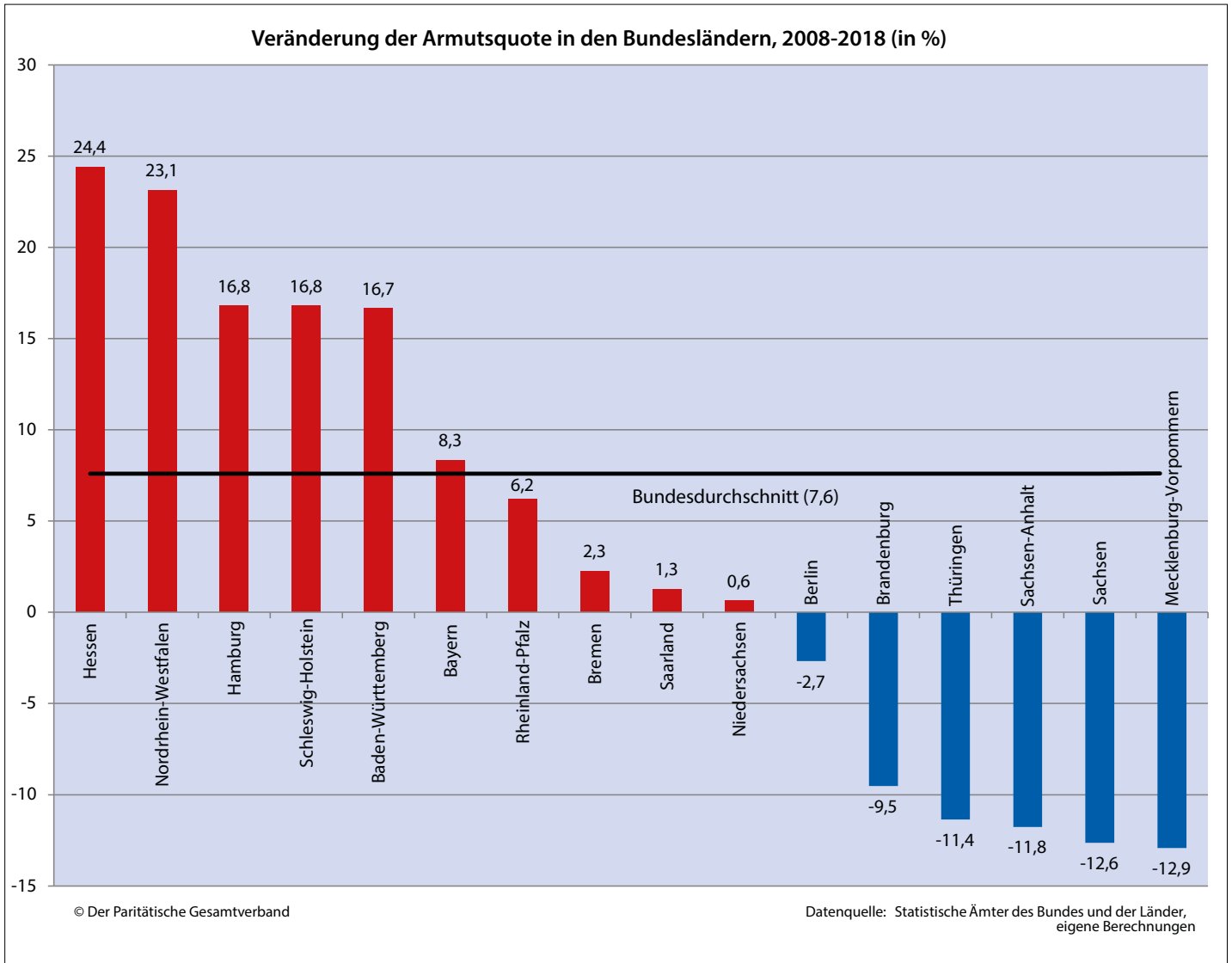
Im Westen zeigt sich dagegen eine gänzlich andere Entwicklung: In allen zehn westdeutschen Bundesländern ist die Armut im Zehnjahresvergleich gestiegen. Die Armutsquote für Westdeutschland lag 2008 bei 13,1 Prozent und 2018 bei 15,0 Prozent. Dies bedeutet eine Steigerung von 14,5 Prozent, wobei es große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gibt. Vor allem drei Entwicklungen fallen dabei auf:

1. Im Süden der Republik, vor allem in Bayern und Baden-Württemberg, ist Armut weiterhin weniger verbreitet als im Rest der Republik. Mit 11,7 Prozent in Bayern und 11,9 Prozent in Baden-Württemberg liegen die Armutsquoten deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts. Allerdings ist die negative Entwicklung seit 2008 auffällig. Bayern liegt mit einem Zuwachs der Armut um 8,3 Prozent leicht, Baden-Württemberg mit 16,6 Prozent gar deutlich über dem Bundesdurchschnitt.
2. Ein weiterer Blick lohnt nach Hessen sowie in den Norden nach Schleswig-Holstein und Hamburg. Diese Länder haben nach einer ordentlichen Ausgangslage 2008 eine auffällig schlechte Entwicklung genommen. In Hessen stieg die Armutsquote von unterdurchschnittlichen 12,7 Prozent auf 15,8 Prozent. Mit einer Steigerung von 24,4 Prozent hat sich Hessen damit zu einem Bundesland entwickelt, dessen Armut im Vergleich zum Rest der Republik leicht über dem Durchschnitt liegt. Auch in Schleswig-Holstein und Hamburg ist die Armut nach einer guten Ausgangslage seit 2008 stark angestiegen.
3. Eine noch dramatischere Entwicklung als in Hessen ist in Nordrhein-Westfalen zu beobachten. Hier stieg die Armut zwischen 2008 und 2018 um

23,1 Prozent: Lag die Quote 2008 nur knapp über dem Bundesdurchschnitt, ist sie inzwischen auf 18,1 Prozent angestiegen. Nordrhein-Westfalen und Hessen sind damit die beiden Länder, die im Zehnjahresvergleich die mit Abstand schlechteste Entwicklung genommen haben. Ihre Armutsquoten lagen 2008 noch unterhalb oder knapp oberhalb des Bundesdurchschnitts, waren 2018 jedoch zum Teil deutlich darüber. Damit haben sich zwei sehr bevölkerungsstarke Bundesländer negativ entwickelt, in denen 2018 mehr als 4,2 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze lebten.

Wenn im Osten die Armut zurückgegangen und in Teilen des Westens gestiegen ist, könnten wir annehmen, dass sich die Bundesländer hinsichtlich der Armutsquote insgesamt angenähert haben. Trifft dies zu oder gibt es eine wachsende regionale Spreizung? Die Antwort auf diese Frage muss mehrere gegenläufige Entwicklungen beachten. So ist der Abstand zwischen dem Bundesland mit der höchsten Armutsquote und dem Bundesland mit der niedrigsten Quote in den letzten zehn Jahren geringer geworden. Dies liegt sowohl am Rückgang der Armut in Mecklenburg-Vorpommern, dem Schlusslicht 2008, als auch der Zunahme von Armut in Bayern, dem Bundesland mit der niedrigsten Armutsquote 2018. Wir könnten angesichts dieser Entwicklung also meinen, die Bundesländer näherten sich hinsichtlich ihrer Entwicklung an. Beim genaueren Blick fällt jedoch auf, dass insbesondere Bayern und Baden-Württemberg von der Entwicklung im Rest der Republik abgekoppelt sind. Der Abstand der beiden südlichen Bundesländer zum jeweils drittplatzierten Bundesland ist im Zehnjahresvergleich gestiegen. Betrug der Abstand zwischen dem zweitplatzierten Bayern und drittplatzierten Hessen 2008 nur 1,9 Prozentpunkte, war dieser Abstand zwischen Baden-Württemberg und dem neuen Drittplatzierten Brandenburg, 2018 auf 3,3 Prozentpunkte gewachsen. Der Eindruck verstärkt sich noch, wenn wir einen Blick auf die restlichen Bundesländer werfen. Hier hat seit 2008 zwischen Hessen und Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Brandenburg, eine deutliche Annäherung stattgefunden. Zusammenfassend können wir also festhalten: Während sich der Großteil der Bundesländer hinsichtlich ihrer Armutsquote in den letzten zehn Jahren deutlich angenähert hat, ist ihr Abstand zu Bayern und Baden-Württemberg gewachsen.

Grafik 5



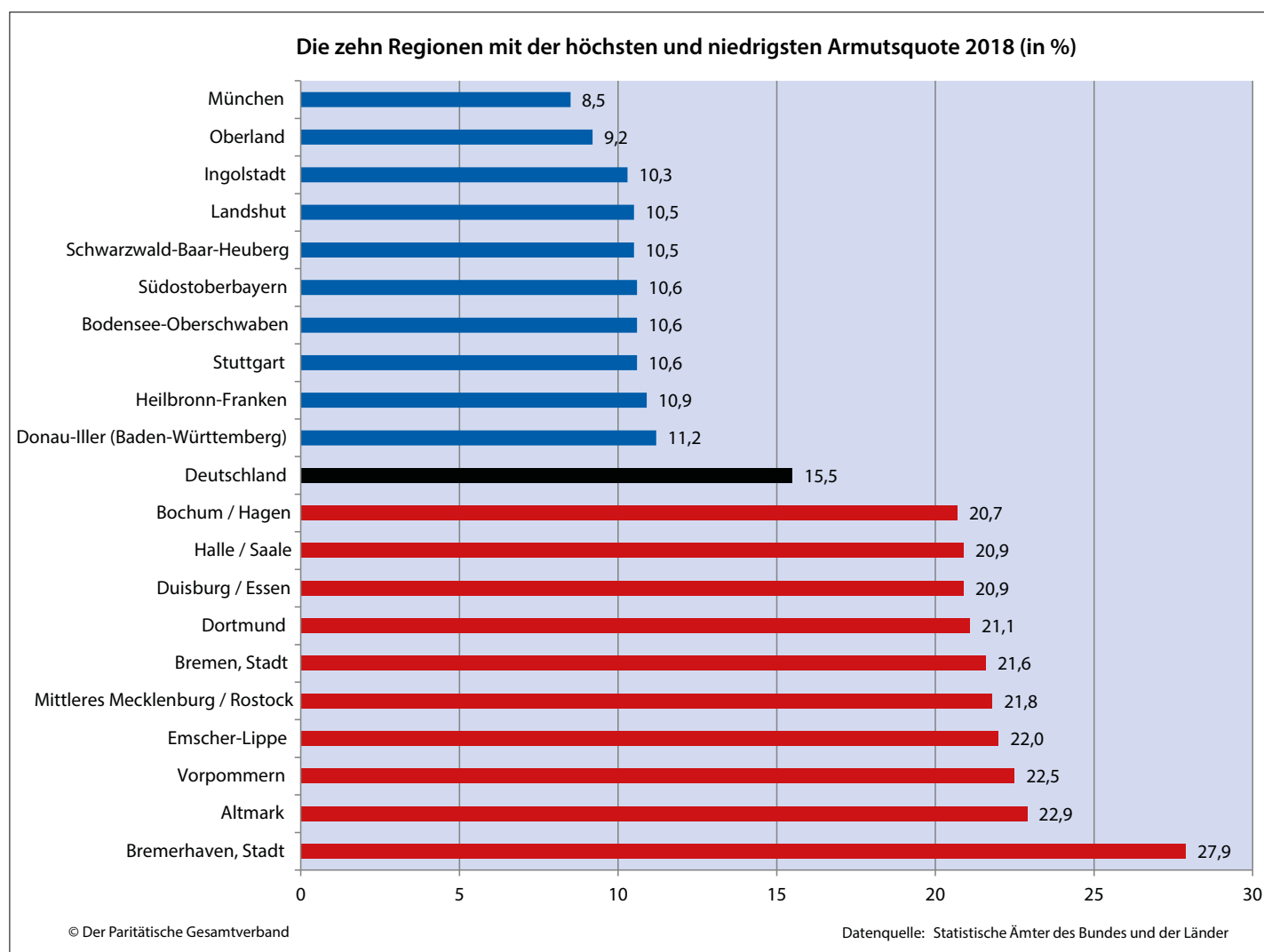
4. Entwicklung der Armut in den Regionen

Bereits die vorherigen Kapitel haben gezeigt: Betrachten wir die Armut in Deutschland, greift eine einfache Ost-West-Unterscheidung zu kurz. Das Ranking der Bundesländer nach Armutsquoten macht deutlich, dass die Menschen im Osten weiterhin häufiger von Armut betroffen sind als im Westen. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in einigen Regionen des Westens bereits deutlich höhere Armutsquoten zeigen als in Ostdeutschland und diese zudem in den vergangenen zehn Jahren stark angewachsen sind.

Schauen wir also noch etwas genauer hin, dann gibt uns die regionale Verteilung der Armut ein deutlich

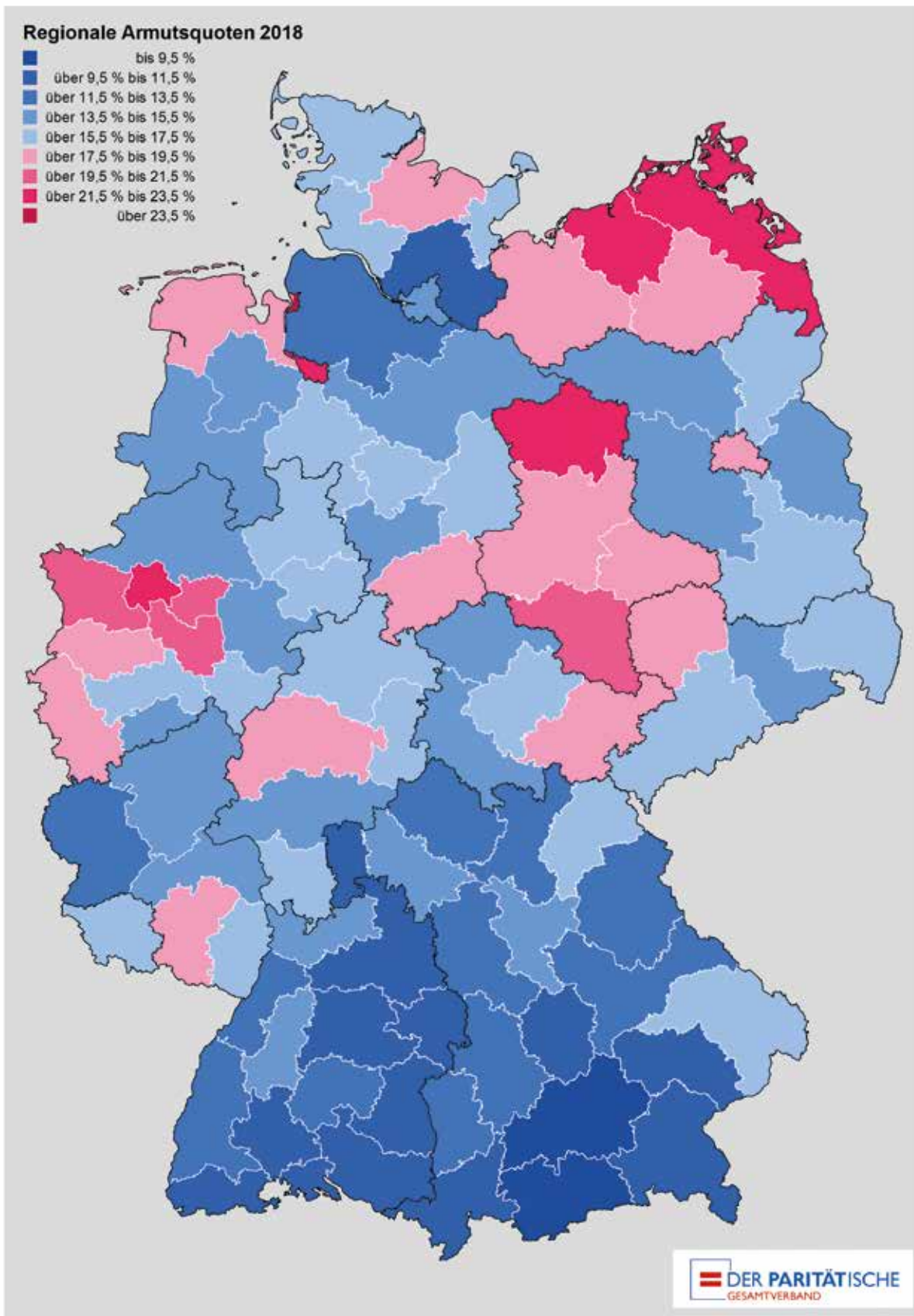
präziseres Bild, wo in Deutschland die Menschen besonders von Armut betroffen sind.¹⁴ Zwischen den Regionen reichte die Spanne der Armutsquote 2018 von 8,5 Prozent im südlichen München bis zu 27,9 Prozent im nördlichen Bremerhaven (siehe Grafik 6). Eine schlichte Unterteilung in Nord-Süd ist jedoch ebenso irreführend wie die Ost-West-Unterscheidung. Sowohl im Norden als auch im Osten gibt es Regionen, die hinsichtlich der Armutsquote gut dastehen. Andersherum gilt jedoch leider eine ähnliche Beobachtung: Abgesehen von Baden-Württemberg gibt es in allen Flächenländern mindestens eine Region, deren Armutsquote oberhalb des Bundesdurchschnitts liegt (siehe Karte 3).

Grafik 6



¹⁴ Wir betrachten im Folgenden Regionen auf Ebene der Raumordnungsregionen und Mikrozensus-Anpassungsschichten (für Niedersachsen und Bremen). Raumordnungsregionen sind regionale Einheiten aus kreisfreien Städten und Landkreisen, die auf Basis von Pendlerverflechtungen zwischen Kreisen empirisch ermittelt sind. Anpassungsschichten sind Zusammenfassungen von Stadt- und Landkreisen, die für die Hochrechnung des Mikrozensus gebildet werden.

Karte 3: Armutsquoten nach Regionen 2018



Regionen mit einer besonders hohen Armutsquote finden wir aktuell von Bremen und Bremerhaven bis nach Ostfriesland, in Teilen Schleswig-Holsteins, in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt und an Sachsen-Anhalt grenzende Regionen in Niedersachsen, Thüringen und Sachsen, in Mittelhessen, der Pfalz, im äußersten Westen im Ruhrgebiet und der Region Aachen sowie in den Städten Hannover und Berlin.

Wie hat sich nun die Armut in den Regionen im Zeitverlauf entwickelt? In 35 von 95 Regionen ist die Armut zwischen 2008 und 2018 gesunken (siehe Anhang). Dies betrifft überwiegend ostdeutsche Regionen: Unter den 15 Regionen, in denen die Armut am stärksten zurückgegangen ist, sind 14 ostdeutsche. Anders formuliert: In zwei Drittel aller ostdeutschen Regionen ist die Armut in den letzten zehn Jahren gesunken.

Diesen guten Nachrichten aus dem Osten stehen die 60 Regionen entgegen, in denen die Armut seit 2008 gestiegen ist. Mehr noch: In gut einem Viertel aller Regionen ist die Armutsquote in den vergangenen zehn Jahren gleich um mehr als 20 Prozent gestiegen. Sie lassen sich in drei Kategorien unterteilen (siehe Tabelle 3):

1. **Die Verfestigten:** Die erste Gruppe besteht aus Regionen, in denen die Armutsquote bereits 2008 hoch bis sehr hoch war und seitdem noch einmal stark gestiegen ist. Hierzu gehören mit Emscher-Lippe und Bochum/Hagen zwei Regionen aus dem Ruhrgebiet, wo inzwischen mehr als jede*r Fünfte in Armut lebt. Auch in der Altmark im Norden Sachsen-Anhalts lag die Armutsquote im Jahr 2008 mit 18,4 Prozent bereits sehr hoch, ist jedoch bis 2018 noch einmal auf 22,9 Prozent gestiegen. Schließlich gehört auch die Westpfalz in diese Gruppe, wo nach einem Anstieg um 3,2 Prozentpunkte inzwischen 18,6 Prozent der Menschen unterhalb der Armutsquote leben.

2. **Die Abgestiegenen:** In einer Reihe von Regionen sah die Lage 2008 im Vergleich gar nicht so schlecht aus. Nach einer insgesamt schlechten Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren leben nun aber mehr Menschen unterhalb der Armutsquote als dies im Bundesdurchschnitt der Fall ist. Hierzu gehören die Rheinpfalz mit dem angrenzenden Südhessen, Mittelhessen mit der Region Siegen, das westliche Ruhrgebiet mit der angrenzenden Region um Düsseldorf und Köln, das nördliche und südwestliche Schleswig-Holstein sowie die ostbayerische Region von Straubing bis Passau.

3. **Die zu Beobachtenden:** In die letzte Kategorie fallen Regionen, die 2008 hinsichtlich der Armutsquote vergleichsweise gut bis sehr gut abschnitten und die auch 2018 noch unterdurchschnittliche Armutsquoten aufweisen, wo jedoch ein starkes Wachstum der Armutsquote zu beobachten ist. Hier gilt es vor allem, die weitere Entwicklung im Blick zu haben und frühzeitig gegenzusteuern. Dies gilt unter anderem für Regionen im Schwarzwald, für das Allgäu, die Rhein-Main-Region, Bonn und Umland, die Region von Steinfurt über Münster bis nach Soest und in den Hochsauerlandkreis und schließlich das Hamburg umschließende südliche Schleswig-Holstein.

Hat sich die Republik angesichts des Abbaus der Armut im Osten und des Zuwachses in Regionen im Norden, (Süd)Westen und teilweise auch im Süden also auseinander entwickelt? Die Antwort ist zweigeteilt: Einerseits ist der Abstand zwischen der ärmsten und der am wenigsten armen Region im Vergleich zu 2008 gestiegen, und zwar von 17,7 auf 19,4 Prozent. Andererseits haben die Unterschiede zwischen den Regionen bis 2015 stark zugenommen, sind seitdem jedoch wieder rückläufig. 2015 betrug der Unterschied zwischen Bremerhaven (Armutsquote von 33,4 Prozent) und München (8,1 Prozent) mehr als 25 Prozentpunkte.

Tabelle 3: Regionen mit starkem Zuwachs der Armut seit 2008*

Armutsentwicklung in Raumordnungsregionen seit 2008	Armutsquote in %		Veränderung 2008-2018	
	2008	2018	Prozentpunkte	%
Die Verfestigten				
Emscher-Lippe	17,3	22,0	4,7	27,2
Altmark	18,4	22,9	4,5	24,5
Bochum/ Hagen	17,0	20,7	3,7	21,8
Westpfalz	15,4	18,6	3,2	20,8
Die Abgestiegenen				
Starkenburger	10,7	15,6	4,9	45,8
Duisburg/ Essen	14,8	20,9	6,1	41,2
Rheinpfalz	12,0	16,9	4,9	40,8
Schleswig-Holstein Süd-West	12,3	16,7	4,4	35,8
Mittelhessen	14,8	19,5	4,7	31,8
Düsseldorf	13,7	17,8	4,1	29,9
Schleswig-Holstein Nord	13,7	17,1	3,4	24,8
Siegen	12,8	15,6	2,8	21,9
Donau-Wald	12,9	15,6	2,7	20,9
Köln	14,0	16,9	2,9	20,7
Die zu Beobachtenden				
Nordschwarzwald	9,6	14,1	4,5	46,9
Schwarzwald-Baar-Heuberg	8,0	10,5	2,5	31,3
Allgäu	8,7	11,3	2,6	29,9
Schleswig-Holstein Süd	8,8	11,4	2,6	29,5
Donau-Iller (BW)	8,9	11,2	2,3	25,8
Rhein-Main	11,4	14,1	2,7	23,7
Ingolstadt	8,4	10,3	1,9	22,6
Bayerischer Untermain	9,5	11,5	2,0	21,1
Arnsberg	12,2	14,7	2,5	20,5
Bonn	12,2	14,7	2,5	20,5
Münster	12,2	14,7	2,5	20,5

© Der Paritätische Gesamtverband

 * Wachstum der Armutsquote von 2008 bis 2018 um mehr als 20 Prozent
 Datenquelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes;
 eigene Berechnungen

5. Regionen mit auffälliger Armutsentwicklung

Auf sechs Regionen soll in diesem Bericht ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Es sind Gebiete, die in der Gesamtbetrachtung als besonders problematisch angesehen werden müssen. Sie sind durch eine überdurchschnittlich hohe Armutsquote und eine besonders schlechte Armutsentwicklung im vergangenen Jahrzehnt gekennzeichnet. Diese gehören zu den Regionen, die im vorangegangenen Kapitel als die Verfestigten und die Abgestiegenen identifiziert wurden.¹⁵

Ruhrgebiet

Zum ersten Mal seit 2006 ist die Armutsquote des Ruhrgebietes nicht weiter angewachsen oder stagniert, sondern sogar um 1,1 Prozentpunkte zurückgegangen. Besonders erfreulich stellen sich die Ergebnisse für 2018 im Raum Bochum/Hagen mit minus 1,8 Prozentpunkten und im Raum Emscher-Lippe mit minus 2,6 Prozentpunkten dar.

Wenn es um Armut geht, ist das Ruhrgebiet nichtsdestotrotz die Problemregion Nummer Eins in Deutschland. Die Armutsquote beträgt 21,1 Prozent (siehe Tabelle 4). Im Länderranking wäre das Ruhrgebiet auf einem vorletzten Platz, nur noch vor Bremen mit seinen 22,7 Prozent. Allerdings bevölkern das Ruhrgebiet, anders als Bremen, nicht 660.000, sondern 5,8 Millionen Einwohner*innen. Es ist der größte Ballungsraum Deutschlands.

Hinzu kommt, dass das Ruhrgebiet im Zehnjahresvergleich einen kontinuierlichen Anstieg der Armut um insgesamt 28 Prozent aufweist (siehe Grafik 7). Damit unterscheidet es sich wesentlich von den Bundesländern mit besonders hoher Armut wie Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt oder Berlin. Bei den drei letzteren war die Armut im Zehnjahresvergleich sogar rückläufig. Die Armut im Ruhrgebiet stieg dagegen fast viermal so schnell wie im gesamten Bundesgebiet.

Besonders hervor sticht der Raum Duisburg/Essen, wo die Armutsquote in den letzten zehn Jahren von 14,8 auf 20,9 Prozent gestiegen ist. Dies entspricht einem Zuwachs um 41,2 Prozent, was einem armutspolitischen Erdrutsch gleichkommt.

Die Hartz IV-Quote des Ruhrgebiets ist ganz gegen den Bundestrend ebenfalls deutlich angestiegen. Ging sie bundesweit zwischen 2008 und 2018 von 10,3 auf 8,9 Prozent zurück, lag sie im Ruhrgebiet 2018 bei 15,3 Prozent und somit um 1,4 Prozentpunkte höher als zehn Jahre zuvor. Besonders hohe Hartz IV-Zahlen weisen so gut wie alle Kreise im Ruhrgebiet auf. In Gelsenkirchen ist mittlerweile sogar jede*r vierte und in Essen jede*r fünfte Einwohner*in auf Hartz IV angewiesen (siehe Tabelle 5).

¹⁵ Aus den in Kapitel 4 identifizierten Regionen fehlen in der folgenden genaueren Betrachtung die Region Siegen und die Region Donau-Wald in Ostbayern. In beiden Regionen wurde 2018 eine Armutsquote von 15,6 Prozent gemessen. Sie liegen damit deutlich näher am Bundesdurchschnitt als an den anderen als problematisch eingestuft Regionen.

Grafik 7

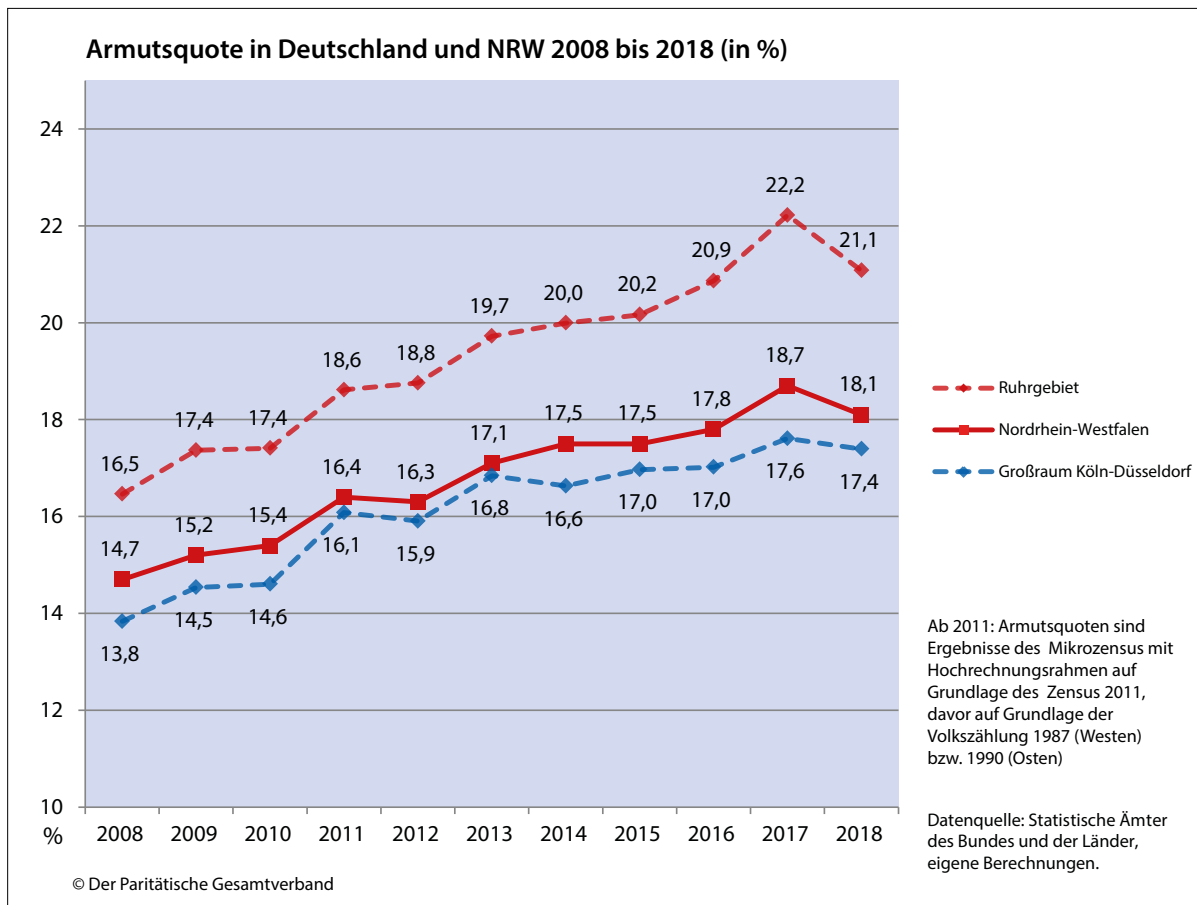


Tabelle 4: Armutsquoten im Ruhrgebiet seit 2008

Das Ruhrgebiet. Armutsquote nach Raumordnungsregionen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Deutschland	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5
Nordrhein-Westfalen	14,7	15,2	15,4	16,4	16,3	17,1	17,5	17,5	17,8	18,7	18,1
Ruhrgebiet	16,5	17,4	17,4	18,6	18,8	19,7	20,0	20,2	20,9	22,2	21,1
Raumordnungsregion Duisburg/ Essen	14,8	16,6	16,0	17,9	18,1	18,9	19,3	19,6	19,3	21,4	20,9
Raumordnungsregion Bochum/ Hagen	17,0	16,5	17,1	17,2	16,6	18,7	18,7	19,4	21,9	22,5	20,7
Raumordnungsregion Emscher-Lippe	17,3	17,4	18,3	19,5	19,5	21,1	21,1	20,4	21,3	24,6	22,0
Raumordnungsregion Dortmund	18,2	19,9	19,7	21,0	22,1	21,4	22,0	22,0	22,2	21,4	21,1

© Der Paritätische Gesamtverband

 Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)

Tabelle 5: SGB II-Quoten im Ruhrgebiet seit 2008

Das Ruhrgebiet. SGB II-Quote nach Kreisen und kreisfreien Städten	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Deutschland	10,3	10,1	9,9	9,5	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9
Nordrhein-Westfalen	11,2	11,1	11,2	11,0	11,0	11,2	11,4	11,5	11,5	11,9	11,6
Ruhrgebiet	13,9	13,8	14,1	13,9	14,0	14,3	14,6	14,8	15,1	15,6	15,3
Bochum, Stadt	12,9	12,8	13,1	13,2	13,5	13,8	14,1	14,4	14,9	15,7	15,4
Bottrop, Stadt	12,3	12,1	12,5	12,4	12,2	12,3	12,3	12,4	12,5	13,1	12,9
Dortmund, Stadt	17,6	17,3	17,8	17,6	17,5	17,8	18,0	18,3	18,4	18,7	18,2
Duisburg, Stadt	18,1	18,0	18,1	17,4	17,1	17,1	17,5	18,2	18,8	19,2	18,7
Ennepe-Ruhr-Kreis	9,8	10,0	10,4	10,2	10,2	10,3	10,4	10,4	10,2	10,9	10,6
Essen, Stadt	17,8	17,9	18,2	18,0	18,3	18,7	18,8	19,0	19,4	20,2	20,0
Gelsenkirchen, Stadt	21,0	20,8	21,1	20,9	21,2	21,6	22,3	23,2	23,8	24,8	24,9
Hagen, Stadt	15,9	15,9	16,1	15,4	15,1	15,6	16,2	17,0	17,7	18,4	17,9
Hamm, Stadt	14,4	14,2	14,2	14,0	14,7	15,5	16,0	16,1	15,7	15,4	14,4
Herne, Stadt	16,0	15,6	15,7	16,4	17,0	17,3	17,3	17,6	18,5	19,3	19,0
Kleve, Landkreis	6,2	5,9	6,2	6,3	6,6	7,0	7,4	7,5	7,4	7,7	7,2
Märkischer Kreis	9,2	9,5	9,9	9,2	9,1	9,5	9,6	9,5	9,7	10,1	9,7
Mühlheim an der Ruhr, Stadt	13,0	13,3	13,8	13,7	13,9	14,2	14,6	15,1	15,6	16,4	16,4
Oberhausen, Stadt	15,3	14,5	14,8	15,1	15,5	16,0	16,5	16,9	16,8	17,2	17,2
Recklinghausen	14,1	13,9	13,9	13,7	14,1	14,4	14,6	14,8	15,0	15,8	15,4
Unna	12,0	11,8	11,8	11,9	12,0	12,5	12,7	12,5	12,3	12,6	12,1
Wesel	9,8	9,6	9,5	9,3	9,2	9,3	9,5	9,6	9,6	9,9	9,6

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

Großraum Köln/Düsseldorf

Der Großraum Köln/Düsseldorf mit seinen mehr als fünf Millionen Menschen ist 2018 endgültig unter den armutspolitischen Problemregionen der Republik angekommen. 17,4 Prozent der hier lebenden Menschen waren 2018 von Armut betroffen (siehe Tabelle 6 und Grafik 7). Bereits im Armutsbericht 2014 hatten wir auf den negativen Trend hingewiesen, nun müssen wir eine stete negative Entwicklung über die vergangenen zehn Jahre feststellen. Die Entwicklung findet dabei in beiden Regionen des Großraums statt, wobei die Region Düsseldorf, von einer niedrigeren Armutsquote kommend, die Region Köln inzwischen überholt hat. 2018 lebten im Großraum Köln/Düsseldorf gut 910.000 von Armut betroffene Menschen. Im Zehnjahresvergleich bedeutet dies einen rechnerischen Zuwachs um mehr als 198.000 Menschen. Parallel zum Wachstum der Armut stieg im Großraum Köln/Düsseldorf in den vergangenen Jahren der Wohlstand gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen.

Zwar unterscheidet sich der Großraum hinsichtlich des Niveaus der Armutsquote noch deutlich vom Ruhrgebiet, die negative Dynamik ist jedoch vergleichbar. Während die Armutsquote im Großraum Köln/Düsseldorf 2008 noch unterhalb des Bundesdurchschnitts lag, hat sie ihn in den vergangenen Jahren deutlich überschritten. Mit einer Steigerung von 3,6 Prozentpunkten oder 26 Prozent seit 2008 liegt der Großraum damit unter dem Wachstum des Ruhrgebiets (4,6 Prozentpunkte, 28 Prozent), aber über den Werten Nordrhein-Westfalens (3,4 Prozentpunkte, 23 Prozent) und deutlich über dem Bundesschnitt (1,1 Prozentpunkte, 7,6 Prozent).

Tabelle 6: Armutsquoten im Großraum Köln-Düsseldorf seit 2008

Großraum Köln/Düsseldorf. Armutsquote nach Raumordnungsregionen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Deutschland	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5
Nordrhein-Westfalen	14,7	15,2	15,4	16,4	16,3	17,1	17,5	17,5	17,8	18,7	18,1
Großraum Köln/Düsseldorf	13,8	14,5	14,6	16,1	15,9	16,8	16,6	17,0	17,0	17,6	17,4
Raumordnungsregion Düsseldorf	13,7	14,4	14,2	15,9	15,5	16,3	16,9	17,6	16,7	17,7	17,8
Raumordnungsregion Köln	14,0	14,7	15,1	16,3	16,4	17,5	16,3	16,2	17,4	17,5	16,9

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten).

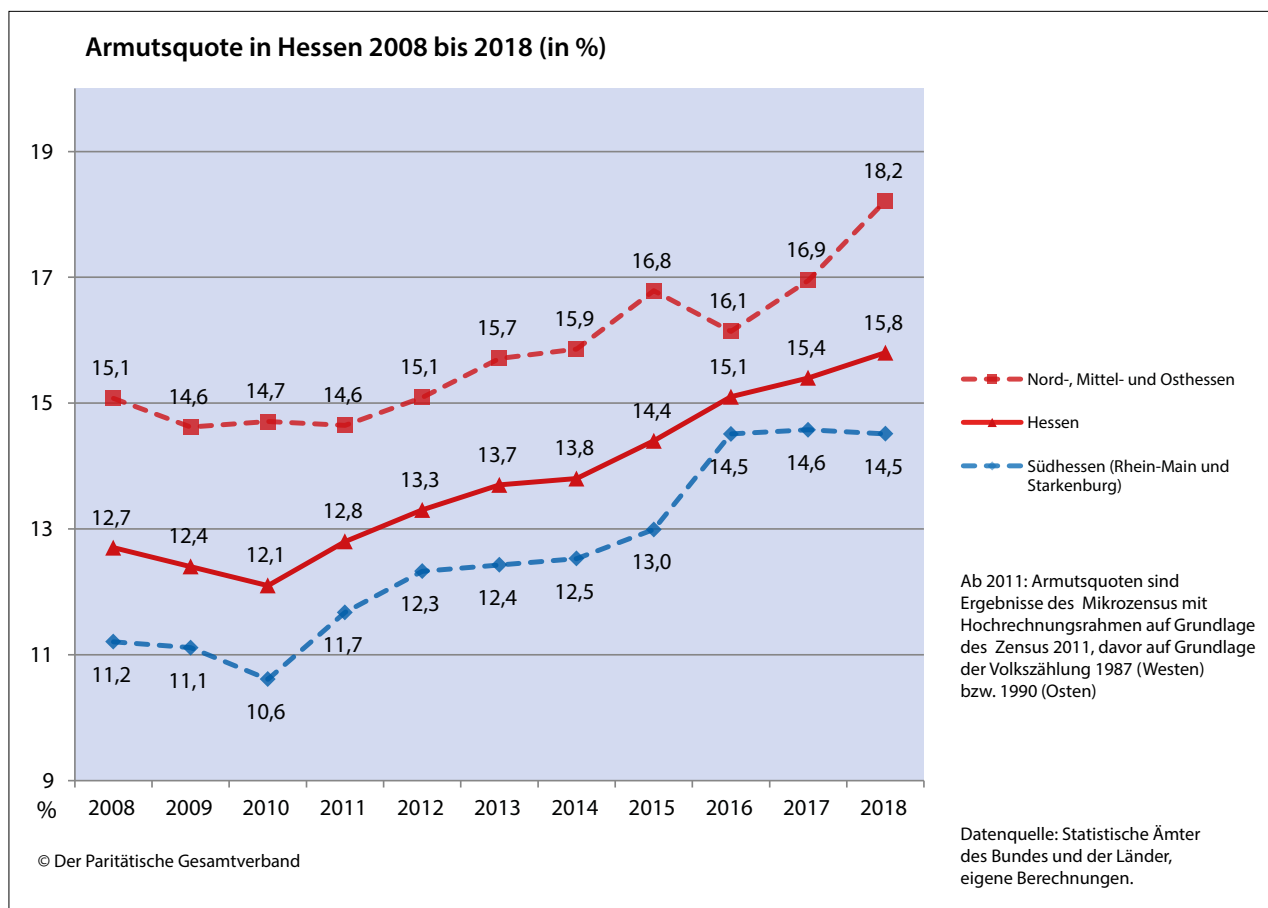
Nord-, Mittel- und Osthessen

Über viele Jahre war Hessen eines der Bundesländer mit der niedrigsten Armutsquote. Die Entwicklung über die vergangenen zehn Jahre ist allerdings so schlecht wie sonst nur in Nordrhein-Westfalen. 2018 schließlich lag die Armutsquote Hessens mit 15,8 Prozent zum ersten Mal oberhalb des Bundesdurchschnitts. Auf den ersten Blick liegt diese Entwicklung an einer hessischen Zweiteilung. Während im Süden (im Raum Rhein-Main und Starkenburg um Darmstadt) 2018 eine Armutsquote von 14,5 Prozent gemessen wurde, lag die gemeinsame Quote des nördlichen, östlichen und mittleren Teils Hessens bei 18,2 Prozent (siehe Tabelle 7 und Grafik 8). Hier fällt insbesondere Mittelhessen auf, also die Region von Limburg über Gießen und Marburg bis zum Vogelbergkreis, wo die Armutsquote in zehn Jahren um 4,7 Prozentpunkte gestiegen ist. Mit einer Armutsquote von 19,5 Prozent lag Mittelhessen 2018 unter den zwölf Regionen mit der höchsten Armutsquote.

Ein Teil des Anstiegs der hessischen Armutsquote geht deshalb auf Mittelhessen zurück. Der größte Treiber des Anstiegs ist jedoch der südliche Teil. Im Rhein-Main-Gebiet mit einem Zuwachs von 2,7 Prozentpunkten und insbesondere in der Region Starkenburg um Darmstadt mit 4,9 Prozentpunkten ist die Armut stark angestiegen. Beide sind zugleich die bevölkerungsstärksten Regionen in Hessen und tragen somit erheblich zum Anstieg der Armutsquote bei.

Wir haben es in Hessen also mit zwei unterschiedlichen Problemlagen zu tun. Der Norden, Osten und die Mitte Hessens haben sich von insgesamt durchschnittlichen Werten vor zehn Jahren zu Regionen mit starkem armutspolitischen Handlungsdruck entwickelt. Verglichen mit dem Süden Hessens sind sie dünn besiedelt. Nichtsdestotrotz lebten hier 2018 mehr als 400.000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze.

Grafik 8



Der Süden Hessens dagegen stand jahrelang vergleichsweise gut da, mit Armutsquoten deutlich unter dem Bundes- und Landesschnitt. Allerdings ist in den vergangenen zehn Jahren eine deutlich schlechtere Entwicklung als im Rest des Landes zu beobachten. Kombiniert mit der hohen Einwohner*innenzahl – 2018 lebten knapp vier Millionen Menschen im Rhein-Main-Gebiet und in der Region Starkenburg um Darmstadt – ergibt sich hier deutlicher armutspolitischer Handlungsbedarf. 2018 lebten knapp 60 Prozent aller von Armut betroffenen Menschen in Hessen im Süden des Bundeslandes.

Tabelle 7: Armutsquoten in hessischen Regionen seit 2008

Hessen. Armutsquote nach Raumordnungsregionen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Deutschland	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5
Hessen	12,7	12,4	12,1	12,8	13,3	13,7	13,8	14,4	15,1	15,4	15,8
Nord-, Mittel- und Osthessen	15,1	14,6	14,7	14,6	15,1	15,7	15,9	16,8	16,1	16,9	18,2
Süd Hessen (Rhein-Main und Starkenburg)	11,2	11,1	10,6	11,7	12,3	12,4	12,5	13,0	14,5	14,6	14,5
Raumordnungsregion Nordhessen	15,7	15,3	15,5	15,1	15,5	16,7	16,3	17,3	16,5	16,9	17,2
Raumordnungsregion Mittelhessen	14,8	14,6	14,1	14,6	15,0	15,4	16,1	17,1	16,6	17,5	19,5
Raumordnungsregion Osthessen	14,3	12,9	14,5	13,6	14,3	14,1	14,0	14,5	13,8	15,4	16,9
Raumordnungsregion Starkenburg	10,7	11,4	10,9	11,6	12,4	12,5	12,6	12,7	14,8	15,3	15,6
Raumordnungsregion Rhein-Main	11,4	11,0	10,5	11,7	12,3	12,4	12,5	13,1	14,4	14,3	14,1

© Der Paritätische Gesamtverband
 © Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.
 Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)

Pfalz

Die Pfalz (West- und Rheinpfalz) ist durch eine ausgesprochen schlechte Armutsentwicklung geprägt. Lag die Armutsquote 2008 noch 1,1 Prozentpunkte unterhalb des Bundesdurchschnitts, wurde sie 2018 bereits 2,0 Prozentpunkte oberhalb dessen gemessen. Auffällig ist hier vor allem der rasante Anstieg seit 2012 (siehe Tabelle 8 und Grafik 9). Bis 2015 lag die Armutsquote der Pfalz in allen Jahren unterhalb des Bundesdurchschnitts.

Im Vergleich mit den anderen Regionen in Rheinland-Pfalz fällt auf, dass vor allem die Rheinpfalz eine dramatische Entwicklung genommen hat. 2008 war sie noch die Region in Rheinland-Pfalz mit der niedrigsten Armutsquote, 2018 jedoch bereits diejenige mit dem zweithöchsten Wert. Mit einem Wachstum der Armut um über 40 Prozent oder 4,9 Prozentpunkte zählt die Rheinpfalz zu den Regionen in Deutschland mit dem stärksten Armutswachstum in den vergangenen zehn Jahren. Auch für die Westpfalz stellen wir eine sehr schlechte Entwicklung fest. 2008 mit 15,4 Prozent auf mittlerem Armutsniveau gestartet, hat sich die Region sehr schlecht entwickelt. Die Armut wuchs um mehr als 20 Prozent bzw. 3,2 Prozentpunkte.

Grafik 9

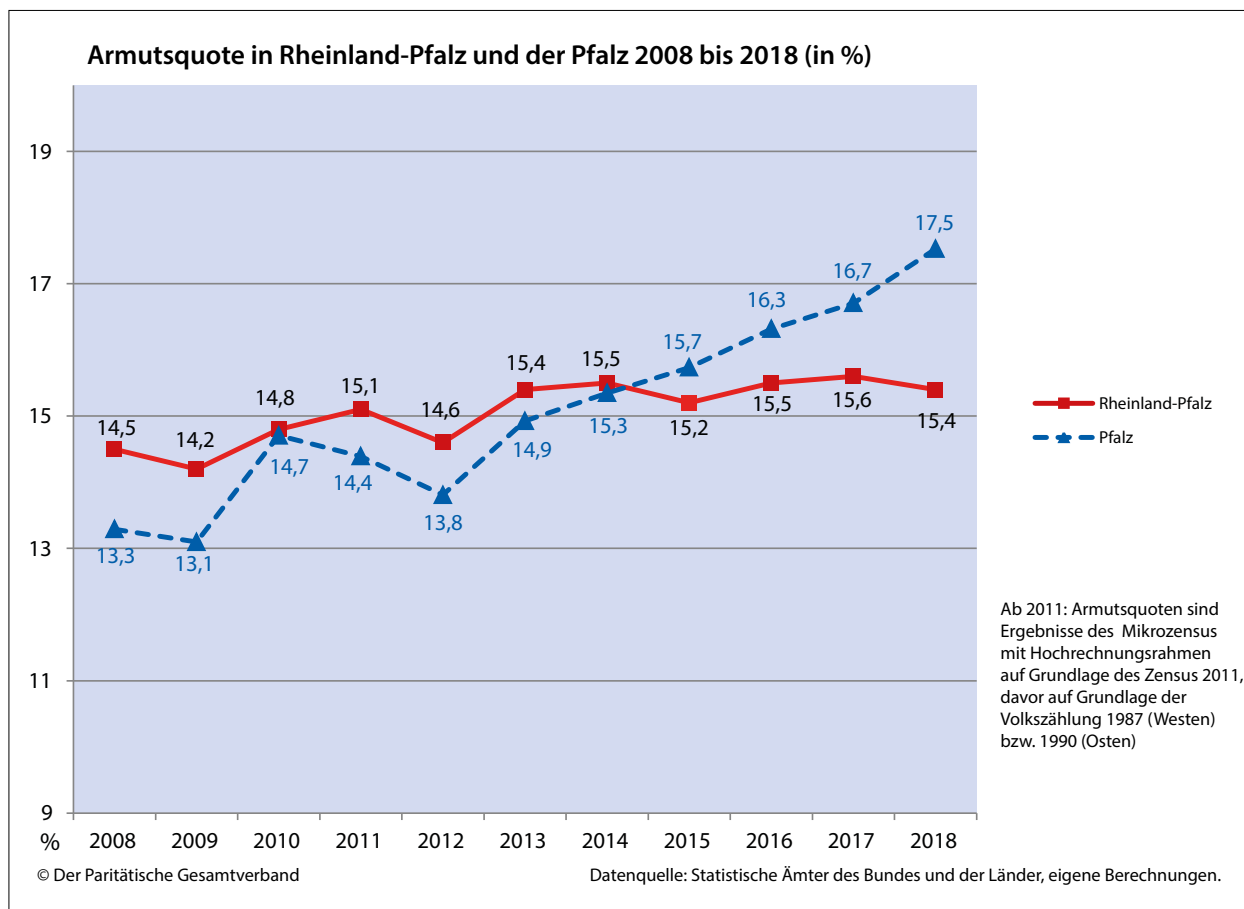


Tabelle 8: Armutsquoten in der Pfalz seit 2008

Pfalz. Armutsquote nach Raumordnungsregionen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Deutschland	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5
Rheinland-Pfalz	14,5	14,2	14,8	15,1	14,6	15,4	15,5	15,2	15,5	15,6	15,4
Pfalz	13,3	13,1	14,7	14,4	13,8	14,9	15,3	15,7	16,3	16,7	17,5
Raumordnungsregion Westpfalz	15,4	14,9	15,7	16,7	15,3	16,8	16,6	16,3	17,7	17,4	18,6
Raumordnungsregion Rheinpfalz	12,0	12,0	14,1	13,0	12,9	13,8	14,6	15,4	15,5	16,3	16,9

© Der Paritätische Gesamtverband

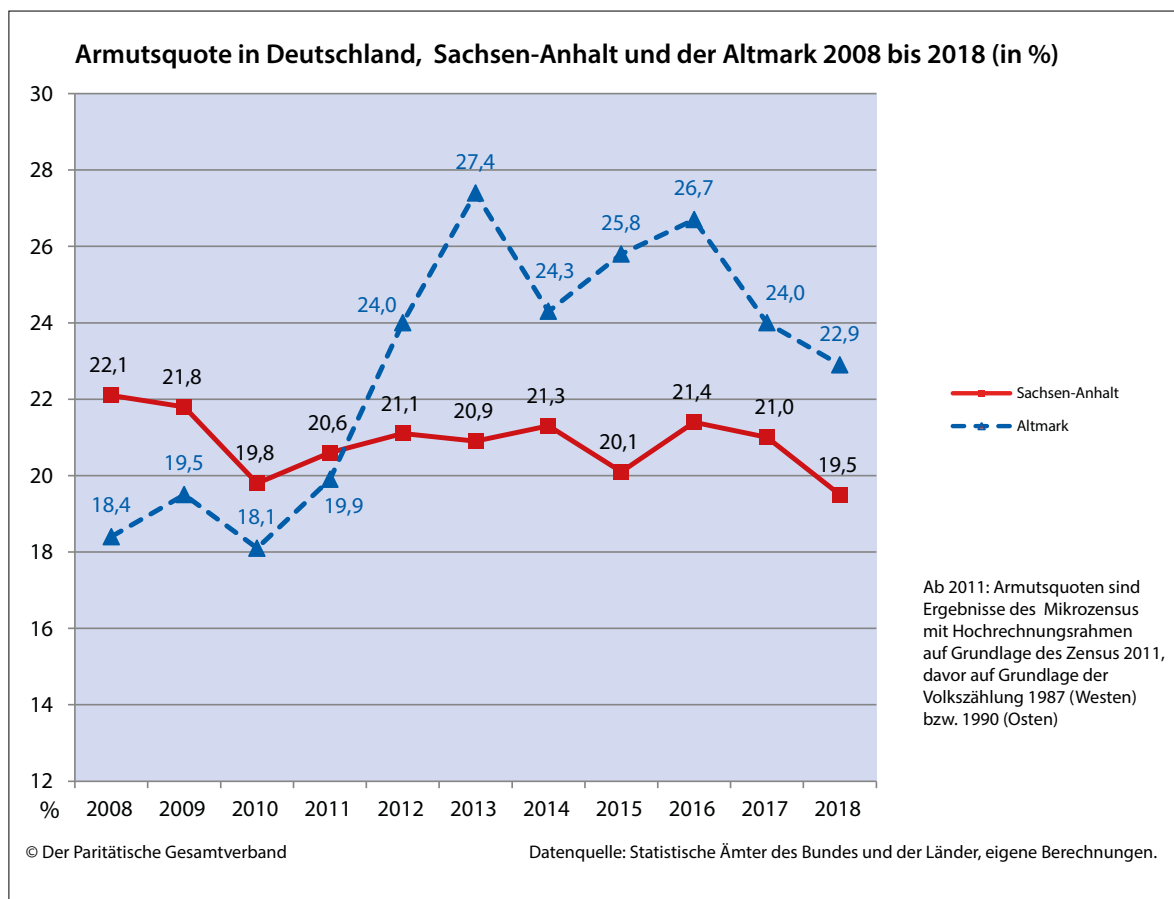
 Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen.
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage
 des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)

Altmark

Die Altmark gehört zu den Regionen Deutschlands, in denen ein besonders hoher Anteil von Menschen von Armut betroffen ist. Von den knapp 200.000 Einwohner*innen der Altmark lebte 2018 mehr als jede*r fünfte unterhalb der Armutsschwelle. Damit ist die Altmark nicht nur die Region mit der aktuell zweithöchsten Armutsquote in Deutschland. Sie zählt auch zu den Regionen, die sich im Zehnjahresvergleich besonders schlecht entwickelt haben. Während die Altmark 2008 mit 18,4 Prozent noch unter

dem ostdeutschen Durchschnitt lag und in Sachsen-Anhalt die Region mit der niedrigsten Armutsquote war, bildet die Region heute mit einer Armutsquote von 22,9 Prozent das Schlusslicht des Bundeslandes. Die Entwicklung der Armutsquote in den Jahren 2010 bis 2013 sticht besonders hervor. Die Armutsquote steigerte sich in diesen Jahren um 66 Prozent und koppelte sich von der Entwicklung der Armut in den übrigen Regionen Sachsen-Anhalts ab (siehe Tabelle 9 und Grafik 10).

Grafik 10



Zwar liegen auch die Armutsquoten der anderen Regionen in Sachsen-Anhalt deutlich über dem Bundesdurchschnitt, und auch über dem ostdeutschen Durchschnitt. Im Zehnjahresvergleich verzeichnen sie jedoch einen deutlich positiven Trend mit Rückgängen von 13 Prozent im Raum Halle/Saale und im Raum Magdeburg und 23 Prozent in Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.

Tabelle 9: Armutsquote in der Altmark seit 2008

Altmark. Armutsquote ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Deutschland	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5
Sachsen-Anhalt	22,1	21,8	19,8	20,6	21,1	20,9	21,3	20,1	21,4	21,0	19,5
Altmark	18,4	19,5	18,1	19,9	24,0	27,4	24,3	25,8	26,7	24,0	22,9

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

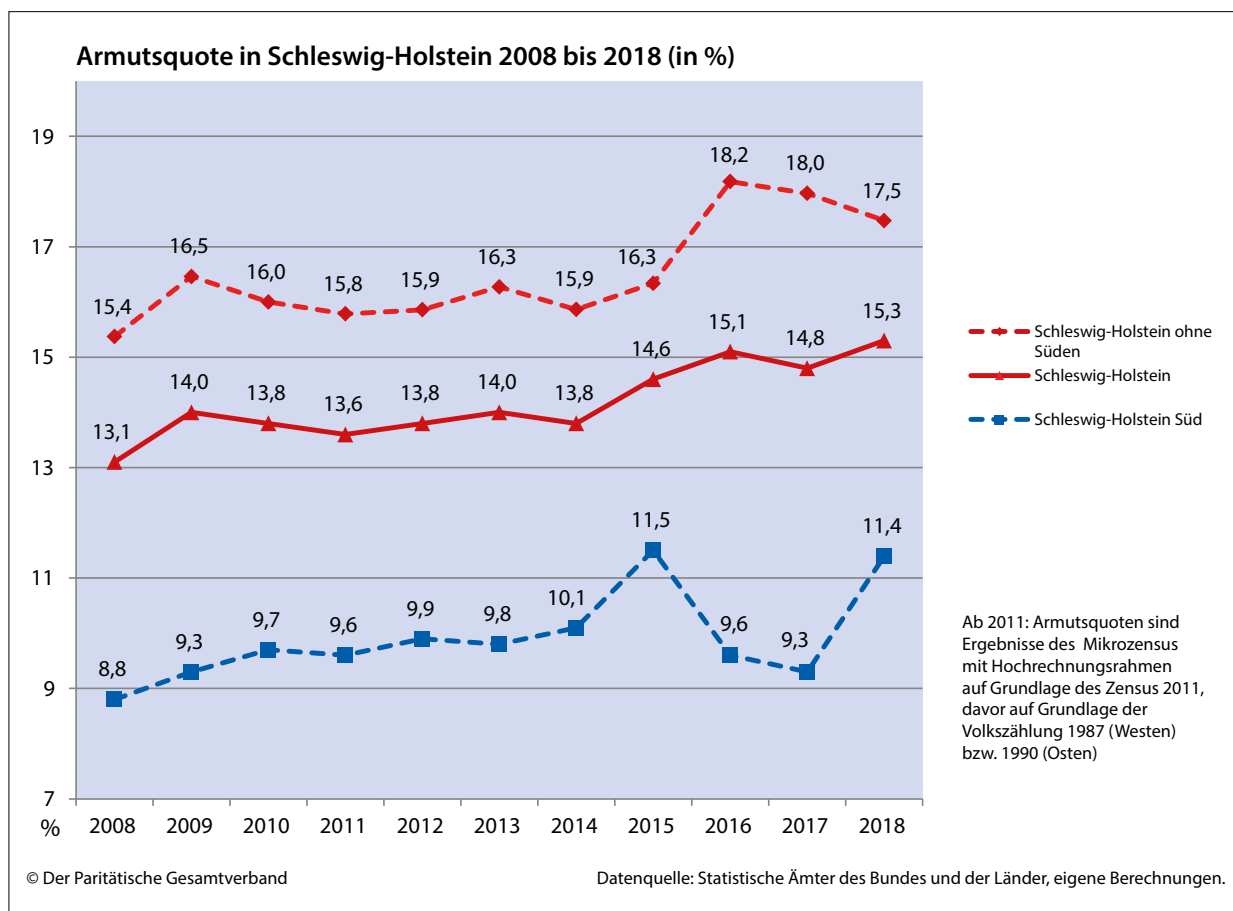
Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)

Schleswig-Holstein ohne Hamburger Umland

Insgesamt liegt Schleswig-Holstein mit einer Armutsquote von 15,3 Prozent knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Ein Blick auf die Regionen zeigt jedoch, dass allein Schleswig-Holstein Süd mit einer Armutsquote von 11,4 Prozent für die unterdurchschnittliche Quote verantwortlich ist. Ohne seinen Süden ergibt sich für Schleswig-Holstein eine Armutsquote von 17,5 Prozent (siehe Tabelle 10 und Grafik 11). Die regionale Betrachtung offenbart damit eine Problemregion, die auf dem gleichen Wert liegt wie der ostdeutsche Durchschnitt.

Die Region setzt sich zusammen aus Schleswig-Holstein Nord, Mitte, Ost und Süd-West. Hier leben mit knapp 2,9 Millionen Menschen 64 Prozent der Einwohner*innen des Bundeslandes, aber 74 Prozent seiner von Armut betroffenen Menschen. In der Zeit zwischen 2008 und 2018 ist die Quote um 2,1 Prozentpunkte gestiegen und entwickelte sich damit schlechter als die Quote für Gesamtdeutschland. Von diesem Trend hebt sich allein Schleswig-Holstein Ost ab. Hier ging die Armutsquote im Zehnjahresvergleich um einen Prozentpunkt zurück. Mit 17,1 Prozent bleibt sie aber auf hohem Niveau.

Grafik 11



Obwohl der Süden Schleswig-Holsteins mit seinen 11,4 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt und sogar noch unter der Quote der Bundesländer-Spitzenreiter Bayern und Baden-Württemberg, zeigt sich im Zehnjahresvergleich doch ein starker negativer Trend: Mit einem Anstieg der Quote von 8,8 auf 11,4 Prozent ist die Armutsquote seit 2008 um knapp 30 Prozent gestiegen. Wie auch Schleswig-Holstein Süd-West und Schleswig-Holstein Nord zählt Schleswig-Holstein Süd damit zu den Regionen Deutschlands, die sich trotz relativ geringer Armut besonders schlecht entwickelt haben.

Tabelle 10: Armutsquoten in schleswig-holsteinischen Regionen seit 2008

Schleswig-Holstein. Armutsquote nach Raumordnungsregionen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Deutschland	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5
Schleswig-Holstein	13,1	14,0	13,8	13,6	13,8	14,0	13,8	14,6	15,1	14,8	15,3
Schleswig-Holstein ohne Süden	15,4	16,5	16,0	15,8	15,9	16,3	15,9	16,3	18,2	18,0	17,5
Raumordnungsregion Schleswig-Holstein Nord	13,7	14,5	13,9	13,2	15,6	14,9	13,9	15,0	17,7	18,2	17,1
Raumordnungsregion Schleswig-Holstein Mitte	16,0	16,3	16,0	15,7	15,5	16,7	16,0	17,7	19,8	18,8	18,2
Raumordnungsregion Schleswig-Holstein Ost	18,1	19,5	18,1	18,8	16,6	16,6	17,2	14,6	17,7	17,7	17,1
Raumordnungsregion Schleswig-Holstein Südwest	12,3	15,5	16,3	15,7	16,1	16,9	16,7	17,6	15,3	15,7	16,7
Raumordnungsregion Schleswig-Holstein Süd	8,8	9,3	9,7	9,6	9,9	9,8	10,1	11,5	9,6	9,3	11,4

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)

6. Besonders von Armut betroffene Gruppen

Zur Soziodemografie der Armut

Lag die Armutsquote der Gesamtbevölkerung 2018 in Deutschland bei 15,5 Prozent, so stellt sich die Frage, welche soziodemografischen Gruppen besonders, d.h. überproportional von Armut betroffen sind, welche Gruppen also ein erhöhtes Armutsrisiko tragen.

Es sind – wenig überraschend – die gleichen Gruppen wie auch in den Vorjahren: Es sind Kinder und junge Erwachsene unter 25 Jahren, Frauen, Ein-Personen-Haushalte, Alleinerziehende, Paar-Haushalte mit drei oder mehr Kindern, Erwerbslose, Rentner*innen, Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau sowie Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Personen mit Migrationshintergrund (siehe Tabelle 11).

Der leichte Rückgang der generellen Armutsquote von 0,3 Prozentpunkten in 2018 fand auch bei den meisten der besonderen Risikogruppen seinen Niederschlag. Ausgenommen sind davon jedoch kinderreiche Familien mit drei oder mehr Kindern, deren Armutsquote von 29,1 auf 30 Prozent weiter deutlich anstieg sowie mit leichten Anstiegen die Erwerbslosen (plus 0,2 Prozentpunkte) und die Rentner*innen (plus 0,1 Prozentpunkt).

Der Zehnjahresvergleich (2008 mit 2018) zeigt, dass sich die soziodemografische Risikostruktur der Armut nicht nur verfestigt, sondern auch zunehmend schärfer konturiert hat. Mit anderen Worten: Bei den schon vor zehn Jahren deutlich überproportional von Armut betroffenen Gruppen ist die Armut in den Folgejahren auch noch einmal deutlich stärker angestiegen als beim Rest der Bevölkerung.

Hat die generelle Armutsquote in Deutschland in diesem Zeitraum um 7,6 Prozent zugenommen, so waren es bei den Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit 10,1 Prozent Zuwachs und bei den niedrig Qualifizierten sogar 25,3 Prozent.

Komplexer ist das Bild bei der Armutsentwicklung von Haushalten mit Kindern. Bei den Paar-Haushalten mit einem Kind sank die Armutsquote im Zehnjahresvergleich erfreulicherweise um 12,5 Prozent, während sie bei den Paarhaushalten mit drei oder mehr Kindern jedoch um 22,4 Prozent anstieg. Bei den Paar-Haushalten mit zwei Kindern (1,9 Prozent Zuwachs) sowie den Alleinerziehenden (4,5 Prozent Zuwachs) stieg die Armutsquote ebenfalls, allerdings deutlich unterproportional im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung.

Erwähnt werden müssen im Zehnjahresvergleich die Rentner*innen. Mit einem Anstieg der Armutsquote um 33,1 Prozent in den letzten zehn Jahren ist dies die Gruppe mit der schlechtesten Entwicklung. Wiesen Rentner*innen über lange Jahre nur unterproportionale Armutsquoten auf, so hat sich dies seit 2014 geändert. Rentner*innen gehören seitdem zu den Gruppen mit erhöhtem Armutsrisiko – bei zunehmender Tendenz.

Tabelle 11: Armutsquote nach soziodemografischen Merkmalen (Bundesmedian)

Merkmal	Armutsquote in %		Veränderung
	2008	2018	2008-2018 in %
Insgesamt	14,4	15,5	7,6
Alter			
Unter 18	18,4	20,1	9,2
18 bis unter 25	22,4	25,6	14,3
25 bis unter 50	13,3	14,0	5,3
50 bis unter 65	12,2	11,7	-4,1
65 und älter	12,0	14,7	22,5
Geschlecht			
Männlich	13,9	15,0	7,9
Weiblich	15,0	16,0	6,7
Alter und Geschlecht			
Männlich			
18 bis unter 25	20,9	25,0	19,6
25 bis unter 50	13,0	13,7	5,4
50 bis unter 65	11,9	11,3	-5,0
65 und älter	9,9	12,7	28,3
Weiblich			
18 bis unter 25	24,1	26,3	9,1
25 bis unter 50	13,6	14,3	5,1
50 bis unter 65	12,4	12,0	-3,2
65 und älter	13,6	16,4	20,6
Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalt	23,7	25,8	8,9
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,6	8,4	-2,3
Sonstiger Haushalt ohne Kind	8,4	9,0	7,1
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	39,7	41,5	4,5
Zwei Erwachsene und ein Kind	10,4	9,1	-12,5
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	10,5	10,7	1,9
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	24,5	30,0	22,4
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	16,1	19,2	19,3
Erwerbsstatus			
Erwerbstätige	7,4	7,7	4,1
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	8,6	8,5	-1,2
Abhängig Erwerbstätige	7,3	7,6	4,1
Erwerbslose	56,0	57,4	2,5
Nichterwerbspersonen	18,0	22,4	24,4
Rentner*innen und Pensionär*innen	12,1	16,1	33,1
Personen im Alter von unter 18 Jahren	18,7	20,4	9,1
Sonstige Nichterwerbspersonen	30,0	41,6	38,7
Qualifikationsniveau der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher*in)			
Niedrig	34,2	40,3	17,8
Mittel	13,8	14,7	6,5
Hoch	4,9	5,6	14,3
Qualifikationsniveau (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)			
Niedrig	25,3	31,7	25,3
Mittel	11,3	11,9	5,3
Hoch	5,2	5,9	13,5
Staatsangehörigkeit			
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	31,6	34,8	10,1
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	12,7	12,8	0,8
Migrationshintergrund			
Mit Migrationshintergrund	26,2	27,2	3,8
Ohne Migrationshintergrund	11,6	11,4	-1,7

Zur Sozialstruktur der Armut

Um ein vollständiges statistisches Bild von der Gruppe der Armen zu erhalten, ist es notwendig, nicht nur der Frage nachzugehen, unter welchen Bevölkerungsgruppen die Armutsrisiken am höchsten sind, sondern ebenfalls die Frage zu stellen, wie sich die Gruppe der rechnerisch 12,8 Millionen armen Menschen in Deutschland zusammensetzt: Wie viele von ihnen sind alt oder jung, erwerbstätig oder arbeitslos, leben allein oder in Familien? Wenn 57 Prozent der Erwerbslosen oder 42 Prozent der Alleinerziehenden arm sind, heißt das ja keinesfalls, dass 57 Prozent der Armen erwerbslos oder 42 Prozent von ihnen alleinerziehend sind (siehe Tabelle 12).

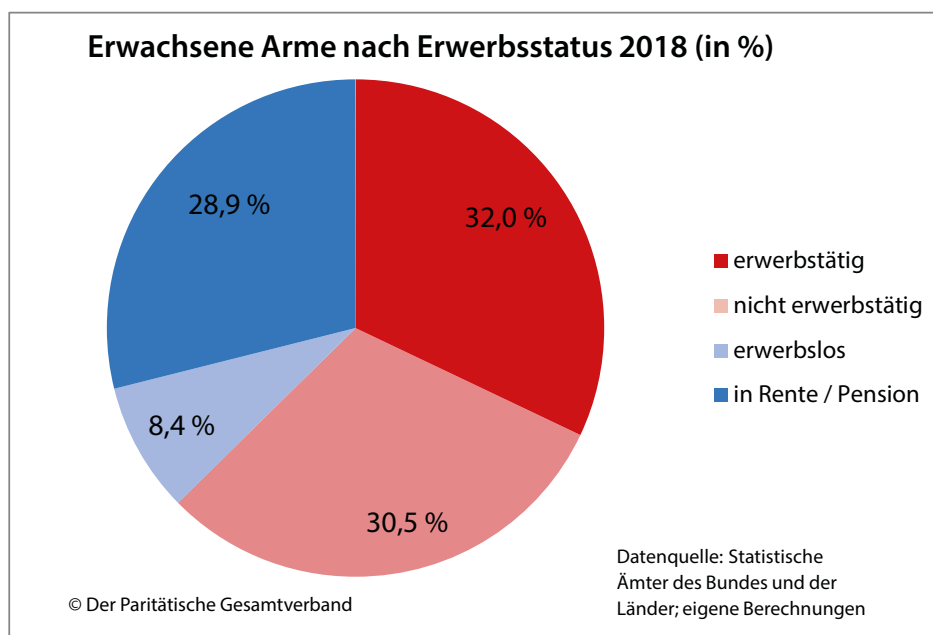
Aber zu genau solchen falschen Typisierungen führt die durchaus richtige Berichterstattung über besondere Risikogruppen der Armut gelegentlich: Bei armen Menschen, heißt es dann, handele es sich vor allem um Alleinerziehende, Erwerbslose, Migrant*innen und Menschen mit schlechter oder ohne Ausbildung. Dem ist jedoch ganz und gar nicht so (siehe Grafik 12).

Nur 8 Prozent der erwachsenen Armen sind tatsächlich erwerbslos, 29 Prozent sind dagegen Rentner*innen und Pensionär*innen und 32 Prozent sind erwerbstätig – überwiegend sozialversicherungspflichtig, wie der Paritätische Armutsbericht 2018 auf Grundlage des SOEP belegen konnte.¹⁶

62 Prozent der über 25-jährigen Armen verfügen über ein mittleres und sogar hohes Qualifikationsniveau. Armut in Deutschland ist auch nicht hauptsächlich ein Problem von Migrant*innen: Die Mehrzahl der Armen (54,9 Prozent) haben keinen Migrationshintergrund, 72,6 Prozent besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit.

Auch das Bild der Dominanz von Alleinerziehenden unter den Armen-Haushalten mit Kindern relativiert sich in dieser Betrachtungsweise ganz erheblich: So beträgt das Armutsrisiko in Alleinerziehenden-Haushalten zwar fast 42 Prozent, doch leben lediglich 23 Prozent aller Personen, die in Haushalten mit Kindern leben, in Alleinerziehenden-Haushalten.

Grafik 12



16 Der Paritätische Gesamtverband (Hg.): Wer die Armen sind. Der Paritätische Armutsbericht 2018. Berlin 2018, S. 28f.

Tabelle 12: Struktur der armen Bevölkerung (Bundesmedian)

Merkmal	2018
Alter	
Unter 18	21,0
18 bis unter 25	12,3
25 bis unter 50	29,2
50 bis unter 65	17,4
65 und älter	20,1
Geschlecht	
Männlich	47,9
Weiblich	52,1
Alter und Geschlecht	
Männlich	
18 bis unter 25	6,3
25 bis unter 50	14,6
50 bis unter 65	8,4
65 und älter	7,8
Weiblich	
18 bis unter 25	6,0
25 bis unter 50	14,7
50 bis unter 65	9,0
65 und älter	12,4
Haushaltstyp	
Einpersonenhaushalt	34,9
Zwei Erwachsene ohne Kind	15,6
Sonstiger Haushalt ohne Kind	8,2
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	9,8
Zwei Erwachsene und ein Kind	5,2
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	8,0
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	9,4
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	8,8
Erwerbsstatus	
Erwerbstätige	25,4
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	2,6
Abhängig Erwerbstätige	22,8
Erwerbslose	6,7
Nichterwerbspersonen	67,9
Rentner*innen und Pensionär*innen	22,9
Personen im Alter von unter 18 Jahren	20,7
Sonstige Nichterwerbspersonen	24,2
Qualifikationsniveau der Person mit dem dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher*in)	
Niedrig	36,8
Mittel	51,6
Hoch	11,6
Qualifikationsniveau (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)	
Niedrig	37,9
Mittel	50,2
Hoch	11,8
Staatsangehörigkeit	
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	27,4
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	72,6
Migrationshintergrund	
Mit Migrationshintergrund	45,1
Ohne Migrationshintergrund	54,9

7. Politische Agenda

Die Befunde dieses Berichts, sei es zur regionalen Entwicklung der Armut oder zu besonderen Risikogruppen, sind alles andere als eine rein akademische Übung. Die Einsichten zur Verteilung der Armut zwischen Regionen und Gruppen stellen die Grundlage für eine zielgenaue Armuts politik dar. Wenn man – um ein politisch aktuelles Beispiel aufzugreifen – feststellt, dass circa 30 Prozent der Armen Rentner*innen sind, wird man schwer behaupten können, dass vor allem Arbeitsmarktpolitik und Bildung der Schlüssel zur Armutsbekämpfung seien. Vielmehr wird deutlich, dass man ohne eine Politik der Altersmindestsicherung das Armutsproblem schlechterdings nicht in den Griff bekommen wird.

Ein umfassender Masterplan zur Armutsbeseitigung muss zugleich die Politikfelder Arbeit, Wohnen, Alterssicherung, Pflege, Gesundheit, Familie, Bildung und Teilhabe ins Auge fassen.

In der Arbeitsmarktpolitik reichen die erforderlichen Maßnahmen von einer Stärkung der Tarifbindung über eine armutsfeste Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns bis hin zum Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung und einer sanktionsfreien Grundsicherung.¹⁷

In der Wohnungspolitik ist ebenfalls ein ganzes Maßnahmenbündel gefragt, um Wohnkosten nicht zum Armutsproblem werden zu lassen. Es reicht vom sozialen Wohnungsbau bis hin zur wirksamen Begrenzung von Mietpreissteigerungen.¹⁸

Bei der Alterssicherung geht es um wirksame und konsequente Reformen sowohl bei der Rente als auch in der Grundsicherung für alte und erwerbsgeminderte Menschen. Die Stichworte reichen von der Bürgerversicherung und die Erhöhung des Rentenniveaus über die Mindestrente bis hin zu Einkommensfreibetragsregelungen in der Grundsicherung.¹⁹

Beim Familienlastenausgleich geht es schließlich um die Zusammenführung verschiedener Kindertransfer-

leistungen zu einer bedarfsdeckenden und einkommensorientierten Kindergrundsicherung.²⁰ Und es geht um die Ablösung des gescheiterten sogenannten Bildungs- und Teilhabepaketes durch einen echten Rechtsanspruch junger Menschen auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz.²¹

Schließlich hat sich auch das Pflegerisiko 24 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung zum neuen Armutsrisiko entwickelt, indem fast 40 Prozent der Pflegeheimbewohner*innen wieder auf Sozialhilfe angewiesen sind und auch die Absicherung pflegender Angehöriger alles andere als armutsfest ist.

Greifen wir darüber hinaus den Gedanken der Armutsprävention auf, reichen die Themen von einer guten Qualität in der Vorschulerausbildung über inklusive Bildung bis hin zu Fort- und Weiterbildungsangeboten im Berufsleben.

Schließlich müssten noch spezifische Gruppen wie wohnungslose Menschen, Straftatlassene, Geflohene oder andere in den Blick genommen werden, die deutlich mehr benötigen als Geld.²²

Fatal wäre es, bei all den zu drehenden Stellschrauben notwendige Geldtransferleistungen gegen ebenso notwendige Sachleistungen und Infrastruktur der sozialen Arbeit oder Bildung auszuspielen. Der Ausbau und das Vorhalten von in jeder Hinsicht barrierefreien Angeboten der Teilhabe und der Bildung ist eine zwingende Voraussetzung für ein inklusives Gemeinwesen. Ebenso selbstverständlich sollte es im bundesdeutschen Sozialstaat sein, dass Geldleistungen so hoch bemessen sind, dass sie nicht nur das physische Existenzminimum, sondern auch die Ausgaben für soziokulturelle Teilhabe am Gemeinwesen abdecken.

Die bedarfsgerechte Bemessung des soziokulturellen Existenzminimums bleibt bei allen armutspolitischen Herausforderungen basal. Die Antwort auf die Frage, wie hoch oder tief letztlich das letzte Netz sozialer Sicherung gehängt wird, ist entscheidend dafür, ob soziale

17 Der Paritätische Gesamtverband: Mut zur Korrektur. Ein arbeitsmarktpolitischer Auftrag. Berlin 2017

18 Siehe für eine Übersicht über Paritätische Positionspapiere und Stellungnahmen: www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/wohnen

19 Der Paritätische Gesamtverband: Mut zur Korrektur. Ein alterssicherungspolitischer Auftrag. Berlin 2017

20 Jana Liebert/Marion von zur Gathen: Das Modell der Kindergrundsicherung, in: Sozialer Fortschritt 4/2019.

21 Der Paritätische Gesamtverband: Kinder verdienen mehr. Erweitertes Konzept zur Sicherung des Existenzminimums und der Teilhabe junger Menschen, Berlin 2014.

22 Siehe unter solchem Blickwinkel: Der Paritätische Gesamtverband (Hg.) Paritätische Armutsbericht 2017, Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017. Berlin 2017.

Hilfesysteme armutspolitisch tatsächlich greifen oder letztlich ins Leere gehen. Solange die Regelsätze in der Grundsicherung trickreich kleingerechnet werden und im Ergebnis nicht nur keine Teilhabe gewährleisten, sondern in vielen Fällen nicht einmal mehr den Mindestbedarf an guter Ernährung, Kleidung oder Hygieneartikeln abdecken, werden Leistungen wie Hartz IV, die Altersgrundsicherung oder der Kinderzuschlag Armut nicht bekämpfen können, sondern für die Menschen mit Existenzängsten verbunden sein. Das Existenzminimum ist die entscheidende Größe jeglichen sozialfürsorgereichen Handelns. Kritik an der Art und Weise seiner Festsetzung wird nicht nur durch den Paritätischen, sondern durch eine ganze Reihe von Sozialverbänden, Gewerkschaften und sogar durch das Bundesverfassungsgericht geübt, das in seinem letzten diesbezüglichen Urteil den Gesetzgeber mahnte: Indem er Ausgabepositionen aus der Statistik herausrechnet, komme er „an die Grenze dessen, was zur Sicherung des Existenzminimums verfassungsrechtlich gefordert ist.“²³

Lebens- und Alltagserfahrung lehren ganz unabhängig von fachlich-wissenschaftlicher und verfassungsrechtlicher Kritik, dass mit Regelsätzen wie 432 Euro für eine*n Single, 778 Euro für zwei Erwachsene oder 250 Euro für ein Kind im Monat schlechterdings kein Auskommen ist. Armut ist diesen Sätzen immanent.

Es ist höchste Zeit, die Regelsatzberechnung von einer unabhängigen Expertenkommission überprüfen und bewerten zu lassen und sich politisch der Frage zu stellen: Was braucht ein Mensch? Wieviel Ungleichheit wollen wir zulassen und was ist uns die Beseitigung der Armut wert?

Ein solcher Masterplan zur Armutsbeseitigung wäre damit nicht nur außerordentlich facettenreich, komplex und anspruchsvoll. Seine politische Durchsetzung und Umsetzung bräuchte darüber hinaus einen „langen Atem“.

Anknüpfend an aktuelle politische Diskussionen sind jedoch auch kurz- bis mittelfristig einige ganz konkrete Maßnahmen umsetzbar, die das Armutsproblem deutlich entschärfen würden. Aktuell sind aus Sicht des Paritätischen mit Priorität auf den Weg zu bringen:

1. Nach Berechnungen des Paritätischen ist auf der Grundlage der gegebenen Systematik eine sofortige Erhöhung der Regelsätze von derzeit 424 auf 582 Euro angezeigt. Die Regelsatzermittlung für Kinder ist darüber hinaus wissenschaftlich kaum haltbar und muss völlig neu aufgestellt werden. Die Einrichtung einer unabhängigen Expert*innenkommission zur grundsätzlichen Überprüfung der Regelsatzherleitung ist damit angezeigt.
2. Die Regelsätze in der Altersgrundsicherung müssen darüber hinaus mit einem zehnpromzentigen Aufschlag ergänzt werden, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass der Bezug von Altersgrundsicherung nicht mit der Perspektive auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt versehen ist, sondern in der Regel bis zum Tode währt. Überfällig ist in der Altersgrundsicherung die Einführung von Einkommensfreibeträgen auf Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Es geht dabei nicht nur um Armutsbeseitigung, sondern ebenfalls um die Anerkennung von Beitragsleistungen zur Rentenversicherung. Mit der gleichen Intention ist die Einführung eines Mindestrentensystems zwingend, das langjährig Versicherte vor dem Gang zum Sozialamt bewahrt.
3. Die unübersichtliche Vielzahl von Leistungen für Kinder ist, soweit wie möglich, von einer bedarfsdeckenden und einkommensorientierten Kindergrundsicherung abzulösen. Es geht um ein existenzsicherndes Kindergeld, das mit zunehmendem Einkommen der Eltern abgeschmolzen wird.²⁴ Der Kinderlastenausgleich würde damit endlich „vom Kopf auf die Füße“ gestellt: Wer wenig hat, bekommt am meisten, wer am meisten hat, nur das, was allen verfassungsrechtlich zusteht. Kein*e Erwerbstätige*r müsste mit Hartz IV aufstocken, nur weil das Erwerbseinkommen nicht auch noch für die Kinder reicht. Das in der Praxis nicht funktionierende Teilhabepaket ist durch einen subjektiv einklagbaren Rechtsanspruch auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz zu ersetzen. Mit gesetzlichen Vorgaben im Rahmen der Jugendhilfeplanung ist sicherzustellen, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien in

²³ BVerfG-Urteil vom 23.7.2014, Abs. 73.

²⁴ Jana Liebert/Marion von zur Gathen: Das Modell der Kindergrundsicherung, in: Sozialer Fortschritt 4/2019.

besonderer Weise bei Jugendhilfeleistungen und insbesondere Teilhabeleistungen im Zusammenspiel mit den freien Trägern der Jugendhilfe Berücksichtigung finden.

4. Der gesetzliche Mindestlohn ist auf einen Betrag zu erhöhen, der bei langjähriger Vollerwerbstätigkeit einen Rentenanspruch garantiert, der über Grundsicherungsniveau liegt. Nach letzten Auskünften des Arbeitsministeriums wären dies derzeit 12,63 Euro.
5. Das Hartz IV-Leistungssystem ist von der Sanktionspraxis zu befreien und zu einem echten Unterstützungssystem inklusive eines sozialen Arbeitsmarktes und sozialpädagogischer Hilfen umzubauen. Öffentlich geförderte Beschäftigung für all diejenigen, die arbeiten wollen, aber kaum noch Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, muss auf Dauer angelegt sein, sozialversicherungspflichtig und tariflich bezahlt werden und muss, wo immer nötig, mit einer sozialarbeiterischen Betreuung verbunden sein.
6. Die steigenden Eigenanteile in der Pflege haben sich für die Betroffenen wieder zu einem echten Armutsrisiko entwickelt. Zuletzt lagen sie im Bundesdurchschnitt bei knapp 2.000 Euro für den stationären Bereich. Fast 40 Prozent der Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die notwendige bessere Bezahlung von Pflegekräften wird die Situation ebenso weiter verschärfen wie der notwendige Ausbau der Pflegequalität. Die Bundesregierung ist aufgefordert, schnellstmöglich für eine Reduzierung und Deckelung des Eigenanteils und für die Kompensation aus öffentlichen Mitteln Sorge zu tragen.
7. Die umfängliche, bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung ist auch für alle einkommensschwachen Menschen in Deutschland sicherzustellen. Guter Zahnersatz, Sehhilfen oder Hautsalben dürfen nicht vom individuellen Geldbeutel abhängen. Das Gleiche gilt für Verhütungsmittel. Durch entsprechende Regelungen im SGB V bzw. im SGB II und SGB XII ist dies zu gewährleisten.

Anhang

Bundesländer: Armutspolitische Kennzahlen



Baden-Württemberg

Quoten der Sozialstatistik in Baden-Württemberg ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutquote (Bundesmedian)	10,2	10,9	11,0	11,1	11,1	11,4	11,4	11,8	11,9	12,1	11,9
Armutquote (Landesmedian)	13,3	14,1	14,0	14,5	14,6	14,8	15,0	15,3	15,4	15,5	15,2
Reichtumsquote (Bundesmedian)	9,5	9,7	9,8	10,0	10,2	10,4	10,4	10,5	10,4	10,2	10,3
SGB II-Quote	5,3	5,3	5,4	5,0	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,1
Grundsicherung im Alter	1,9	1,8	1,9	2,0	2,1	2,3	2,4	2,5	2,4	2,5	*
Arbeitslosenquote	4,1	5,1	4,9	4,0	3,9	4,1	4,0	3,8	3,8	3,5	3,2
Langzeitarbeitslosenquote	1,3	1,2	1,5	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,0	0,9
Armutquote Kinder (unter 18-Jährige)	11,9	12,9	13,2	13,1	13,2	12,6	12,7	13,4	14,7	14,7	14,6

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)


Bayern

Quoten der Sozialstatistik in Bayern ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	10,8	11,1	10,8	11,1	11,0	11,3	11,5	11,6	12,1	12,1	11,7
Armutsquote (Landesmedian)	13,6	13,7	13,8	14,0	14,1	14,6	14,8	15,0	14,9	14,9	14,5
Reichtumsquote (Bundesmedian)	9,8	9,8	10,1	10,2	10,4	10,6	10,7	10,7	10,2	10,0	10,1
SGB II-Quote	4,7	4,7	4,6	4,2	4,0	4,0	4,1	4,1	4,2	4,3	4,1
Grundsicherung im Alter	2,1	2,1	2,1	2,3	2,5	2,7	2,7	2,8	2,7	2,8	*
Arbeitslosenquote	4,2	4,8	4,5	3,8	3,7	3,8	3,8	3,6	3,5	3,2	2,9
Langzeitarbeitslosenquote	1,2	1,1	1,1	1,0	0,9	1,0	1,0	0,9	0,9	0,8	0,7
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	12,2	12,5	11,6	11,6	11,6	11,6	11,9	12,3	13,1	13,2	12,9

© Der Paritätische Gesamtverband

 Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Berlin

Quoten der Sozialstatistik in Berlin ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2
Armutsquote (Landesmedian)	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	16,6	17,4	16,5
Reichtumsquote (Bundesmedian)	7,3	7,3	7,0	7,3	6,8	7,1	7,1	6,7	7,7	8,1	8,2
SGB II-Quote	21,4	21,2	21,1	21,2	21,2	20,7	20,3	19,9	19,1	18,5	17,5
Grundsicherung im Alter	4,8	4,7	4,8	5,2	5,5	5,8	5,9	6,2	6,1	6,3	*
Arbeitslosenquote	13,8	14,0	13,6	13,3	12,3	11,7	11,1	10,7	9,8	9,0	8,1
Langzeitarbeitslosenquote	5,8	5,1	4,9	4,5	4,2	3,9	3,6	3,4	3,1	2,6	2,2
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	25,2	25,9	24,7	26,2	26,3	27,3	26,8	29,8	26,8	25,4	23,8

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Brandenburg

Quoten der Sozialstatistik in Brandenburg ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	16,8	16,7	16,3	16,8	18,1	17,7	16,9	16,8	15,6	15,0	15,2
Armutsquote (Landesmedian)	13,8	13,8	13,6	13,8	14,4	14,3	13,4	13,9	13,4	13,1	13,1
Reichtumsquote (Bundesmedian)	4,3	4,4	5,1	5,4	5,1	5,0	4,7	5,2	5,3	5,8	5,6
SGB II-Quote	16,0	15,1	14,3	13,6	13,3	13,2	12,7	11,9	11,3	10,7	9,7
Grundsicherung im Alter	1,3	1,2	1,2	1,2	1,3	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	*
Arbeitslosenquote	13,0	12,3	11,1	10,7	10,2	9,9	9,4	8,7	8,0	7,0	6,3
Langzeitarbeitslosenquote	5,6	4,6	4,1	3,9	4,1	4,1	3,9	3,7	3,5	2,9	2,5
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	21,0	21,5	20,9	21,0	24,8	23,8	21,4	22,1	21,1	20,1	21,0

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Bremen

Quoten der Sozialstatistik in Bremen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	22,2	20,1	21,1	22,0	22,9	24,6	24,1	24,8	22,6	23,0	22,7
Armutsquote (Landesmedian)	18,2	15,9	17,3	17,0	18,3	18,9	17,3	17,8	18,2	18,2	17,6
Reichtumsquote (Bundesmedian)	5,6	6,1	7,5	7,2	6,8	6,5	7,0	6,3	7,5	7,3	7,7
SGB II-Quote	18,1	17,9	18,1	17,7	17,6	17,7	17,8	18,2	18,3	18,9	18,6
Grundsicherung im Alter	4,7	4,8	4,9	5,4	5,6	6,0	6,2	6,4	6,4	6,5	*
Arbeitslosenquote	11,4	11,8	12,0	11,6	11,2	11,1	10,9	10,9	10,5	10,2	9,8
Langzeitarbeitslosenquote	5,5	5,0	5,0	4,9	4,9	4,9	4,7	4,8	4,7	4,5	4,3
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	32,7	28,6	31,3	31,8	33,2	35,9	33,1	34,2	36,6	35,5	35,8

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf
Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Hamburg

Quoten der Sozialstatistik in Hamburg ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3
Armutsquote (Landesmedian)	16,1	18,0	17,4	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	18,3	18,7	18,4
Reichtumsquote (Bundesmedian)	11,8	12,7	13,2	12,0	11,2	11,3	11,4	12,0	12,6	12,4	12,3
SGB II-Quote	13,8	13,6	13,5	13,1	12,9	12,8	12,6	12,6	12,5	12,6	12,3
Grundsicherung im Alter	5,2	5,3	5,5	6,0	6,4	6,8	7,1	7,4	7,5	7,8	*
Arbeitslosenquote	8,1	8,6	8,2	7,8	7,5	7,4	7,6	7,4	7,1	6,8	6,3
Langzeitarbeitslosenquote	3,1	2,6	2,4	2,2	2,3	2,3	2,4	2,4	2,3	2,1	1,8
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	22,0	21,7	19,9	21,9	21,2	23,2	20,4	21,0	22,5	19,6	21,7

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Hessen

Quoten der Sozialstatistik in Hessen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	12,7	12,4	12,1	12,8	13,3	13,7	13,8	14,4	15,1	15,4	15,8
Armutsquote (Landesmedian)	15,0	14,8	14,6	15,1	15,9	15,9	15,9	16,5	16,5	16,9	16,9
Reichtumsquote (Bundesmedian)	10,1	10,4	10,4	10,5	11,0	10,9	10,5	10,7	10,4	10,6	10,3
SGB II-Quote	9,0	8,9	8,8	8,4	8,2	8,4	8,5	8,5	8,5	8,8	8,5
Grundsicherung im Alter	3,0	2,9	3,0	3,3	3,4	3,6	3,7	3,9	3,8	3,9	*
Arbeitslosenquote	6,5	6,8	6,4	5,9	5,7	5,8	5,7	5,5	5,3	5,0	4,6
Langzeitarbeitslosenquote	2,9	2,5	2,4	2,2	2,0	2,1	2,1	2,1	2,0	1,8	1,6
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	16,4	16,0	15,3	15,5	16,5	16,4	16,8	18,2	19,6	20,3	21,1

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Mecklenburg-Vorpommern

Quoten der Sozialstatistik in Mecklenburg-Vorpommern ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	24,0	23,1	22,4	22,1	22,8	23,6	21,3	21,7	20,4	19,4	20,9
Armutsquote (Landesmedian)	14,4	14,7	13,4	13,7	13,2	13,5	12,0	13,6	13,5	13,5	14,2
Reichtumsquote (Bundesmedian)	2,3	2,6	3,0	3,0	2,8	2,7	2,7	2,9	3,9	4,0	3,4
SGB II-Quote	18,8	17,2	16,2	15,4	15,1	15,0	14,6	13,8	13,2	12,6	11,5
Grundsicherung im Alter	1,7	1,5	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	1,6	1,6	*
Arbeitslosenquote	14,1	13,5	12,7	12,5	12,0	11,7	11,2	10,4	9,7	8,6	7,9
Langzeitarbeitslosenquote	4,7	3,6	3,3	3,5	3,9	3,9	4,1	3,7	3,6	3,0	2,7
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	34,5	32,8	29,9	30,0	33,0	33,2	26,9	29,0	27,8	26,7	27,7

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Niedersachsen

Quoten der Sozialstatistik in Niedersachsen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutquote (Bundesmedian)	15,8	15,3	15,3	15,5	15,7	16,1	15,8	16,5	16,7	16,7	15,9
Armutquote (Landesmedian)	14,7	14,6	14,5	15,0	15,2	15,8	15,3	15,9	16,0	15,8	15,0
Reichtumsquote (Bundesmedian)	6,4	7,0	6,9	7,0	7,0	7,2	7,0	7,0	6,6	6,6	6,5
SGB II-Quote	10,3	10,0	9,7	9,3	9,1	9,2	9,1	9,1	9,1	9,4	9,1
Grundsicherung im Alter	2,6	2,5	2,6	2,7	2,9	3,0	3,1	3,2	3,1	3,2	*
Arbeitslosenquote	7,6	7,7	7,5	6,9	6,6	6,6	6,5	6,1	6,0	5,8	5,3
Langzeitarbeitslosenquote	3,1	2,6	2,6	2,5	2,4	2,4	2,4	2,3	2,2	2,1	1,9
Armutquote Kinder (unter 18-Jährige)	21,5	20,8	20,5	20,4	20,5	20,2	19,7	21,6	22,1	21,8	20,4

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf
 Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten).



Nordrhein-Westfalen

Quoten der Sozialstatistik in Nordrhein-Westfalen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	14,7	15,2	15,4	16,4	16,3	17,1	17,5	17,5	17,8	18,7	18,1
Armutsquote (Landesmedian)	14,6	14,9	14,7	15,6	15,4	16,0	16,2	16,3	16,7	17,2	16,6
Reichtumsquote (Bundesmedian)	8,0	8,0	8,3	8,0	7,9	7,8	7,8	7,8	8,2	7,8	7,8
SGB II-Quote	11,2	11,1	11,2	11,0	11,0	11,2	11,4	11,5	11,5	11,9	11,6
Grundsicherung im Alter	3,0	3,0	3,1	3,3	3,5	3,8	3,9	4,1	4,0	4,1	*
Arbeitslosenquote	8,5	8,9	8,7	8,1	8,1	8,3	8,2	8,0	7,7	7,4	6,8
Langzeitarbeitslosenquote	4,0	3,5	3,6	3,5	3,4	3,6	3,6	3,5	3,3	3,1	2,8
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	20,3	21,0	20,9	22,5	21,4	22,8	23,6	22,9	23,9	25,7	24,7

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf
 Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Rheinland-Pfalz

Quoten der Sozialstatistik in Rheinland-Pfalz ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutquote (Bundesmedian)	14,5	14,2	14,8	15,1	14,6	15,4	15,5	15,2	15,5	15,6	15,4
Armutquote (Landesmedian)	15,4	15,2	15,7	16,0	15,8	16,7	16,7	16,3	16,6	16,7	16,5
Reichtumsquote (Bundesmedian)	8,4	8,4	9,0	8,9	9,1	8,9	8,5	8,6	8,7	8,4	8,3
SGB II-Quote	7,4	7,3	7,2	6,7	6,6	6,7	6,8	6,9	7,0	7,4	7,1
Grundsicherung im Alter	2,2	2,2	2,2	2,4	2,5	2,7	2,7	2,7	2,6	2,7	*
Arbeitslosenquote	5,6	6,1	5,7	5,3	5,3	5,5	5,4	5,2	5,1	4,8	4,4
Langzeitarbeitslosenquote	1,9	1,7	1,8	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,7	1,5	1,4
Armutquote Kinder (unter 18-Jährige)	18,2	18,2	19,1	19,1	18,2	19,6	19,9	19,4	20,1	20,5	20,8

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Saarland

Quoten der Sozialstatistik in Saarland ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	17,5	17,2	17,2	16,8	16,0
Armutsquote (Landesmedian)	14,3	14,0	13,4	14,5	14,6	15,9	16,1	15,4	16,6	15,7	16,0
Reichtumsquote (Bundesmedian)	5,8	6,1	6,2	6,3	6,4	6,9	6,7	6,5	7,1	7,2	6,8
SGB II-Quote	10,0	9,8	9,8	9,4	9,3	9,6	9,9	10,2	11,3	11,7	11,3
Grundsicherung im Alter	2,8	2,8	2,8	3,1	3,3	3,6	3,7	3,8	3,7	3,8	*
Arbeitslosenquote	7,3	7,7	7,5	6,8	6,7	7,3	7,2	7,2	7,2	6,7	6,1
Langzeitarbeitslosenquote	2,9	2,3	2,5	2,4	2,3	2,6	2,8	2,7	2,7	2,4	2,1
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	18,6	19,5	16,5	19,4	18,9	19,5	21,4	23,6	22,4	22,1	20,4

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Sachsen

Quoten der Sozialstatistik in Sachsen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	19,0	19,5	19,4	19,5	18,8	18,8	18,5	18,6	17,7	16,8	16,6
Armutsquote (Landesmedian)	13,4	13,6	13,0	12,4	11,9	11,9	11,6	12,9	12,4	12,4	12,3
Reichtumsquote (Bundesmedian)	2,6	2,8	3,1	3,2	3,4	3,4	3,6	4,0	3,9	4,0	4,0
SGB II-Quote	16,2	15,5	14,7	13,8	13,3	13,0	12,5	11,7	10,9	10,4	9,5
Grundsicherung im Alter	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,2	1,1	1,1	*
Arbeitslosenquote	12,8	12,9	11,8	10,6	9,8	9,4	8,8	8,2	7,5	6,7	6,0
Langzeitarbeitslosenquote	5,5	4,5	4,5	4,1	3,8	3,5	3,4	3,2	2,9	2,5	2,2
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	25,1	26,1	26,3	26,2	25,0	24,2	22,3	23,0	22,2	21,1	21,4

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Sachsen-Anhalt

Quoten der Sozialstatistik in Sachsen-Anhalt ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	22,1	21,8	19,8	20,6	21,1	20,9	21,3	20,1	21,4	21,0	19,5
Armutsquote (Landesmedian)	15,0	15,2	13,5	14,2	14,0	14,1	14,1	14,5	14,0	14,3	14,0
Reichtumsquote (Bundesmedian)	2,4	2,9	3,0	3,0	3,0	3,4	3,4	3,1	3,0	3,2	3,2
SGB II-Quote	19,2	18,4	17,4	16,6	16,4	16,4	15,9	15,2	14,6	14,2	13,1
Grundsicherung im Alter	1,3	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,4	1,5	1,3	1,3	*
Arbeitslosenquote	13,9	13,6	12,5	11,6	11,5	11,2	10,7	10,2	9,6	8,4	7,7
Langzeitarbeitslosenquote	5,9	4,7	4,6	4,1	4,2	4,2	4,0	3,9	3,7	3,2	2,8
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	33,4	31,7	26,0	28,6	29,6	27,7	28,7	27,2	28,6	29,7	27,3

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Schleswig-Holstein

Quoten der Sozialstatistik in Schleswig-Holstein ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutquote (Bundesmedian)	13,1	14,0	13,8	13,6	13,8	14,0	13,8	14,6	15,1	14,8	15,3
Armutquote (Landesmedian)	14,9	15,8	15,2	15,2	15,4	15,6	15,4	15,7	16,2	15,8	15,9
Reichtumsquote (Bundesmedian)	8,6	8,4	8,6	8,2	8,3	8,2	8,4	8,1	7,9	7,9	8,0
SGB II-Quote	10,6	10,1	9,9	9,7	9,6	9,8	9,8	9,8	9,8	10,2	9,8
Grundsicherung im Alter	2,5	2,5	2,5	2,7	2,8	3,0	3,1	3,2	3,1	3,2	*
Arbeitslosenquote	7,6	7,8	7,5	7,2	6,9	6,9	6,8	6,5	6,3	6,0	5,5
Langzeitarbeitslosenquote	2,8	2,5	2,4	2,3	2,3	2,4	2,5	2,4	2,3	2,1	1,9
Armutquote Kinder (unter 18-Jährige)	16,9	17,2	16,0	15,8	15,5	18,3	17,6	18,7	19,6	18,4	20,4

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)



Thüringen

Quoten der Sozialstatistik in Thüringen ab 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Armutsquote (Bundesmedian)	18,5	18,1	17,6	16,7	16,8	18,0	17,8	18,9	17,2	16,3	16,4
Armutsquote (Landesmedian)	13,3	13,0	12,5	11,0	10,8	11,7	11,6	12,4	12,0	11,8	11,9
Reichtumsquote (Bundesmedian)	2,8	3,0	3,2	3,6	3,5	3,7	3,4	3,7	3,7	3,6	3,7
SGB II-Quote	13,8	13,0	12,2	11,3	10,9	10,8	10,5	10,0	9,6	9,4	8,7
Grundsicherung im Alter	0,9	0,8	0,8	0,9	1,0	1,1	1,0	1,0	0,9	1,0	*
Arbeitslosenquote	11,2	11,4	9,8	8,8	8,5	8,2	7,8	7,4	6,7	6,1	5,5
Langzeitarbeitslosenquote	4,4	3,5	3,3	2,9	2,9	2,8	2,8	2,6	2,5	2,1	1,9
Armutsquote Kinder (unter 18-Jährige)	26,2	26,7	23,7	21,2	21,1	23,0	23,7	26,6	22,8	21,2	21,4

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutsquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)

Armutquoten in Bundesländern, Landesmedian

Armutquoten nach Bundesländern seit 2008 (Landesmedian)

Armutquoten in % (Landesmedian)	2008	2009	2010	2011*	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5
Baden-Württemberg	13,3	14,1	14,0	14,5	14,6	14,8	15,0	15,3	15,4	15,5	15,2
Bayern	13,6	13,7	13,8	14,0	14,1	14,6	14,8	15,0	14,9	14,9	14,5
Berlin	14,3	14,1	14,2	15,5	15,2	15,0	14,1	15,3	16,6	17,4	16,5
Brandenburg	13,8	13,8	13,6	13,8	14,4	14,3	13,4	13,9	13,4	13,1	13,1
Bremen	18,2	15,9	17,3	17,0	18,3	18,9	17,3	17,8	18,2	18,2	17,6
Hamburg	16,1	18,0	17,4	17,9	17,6	18,7	18,0	19,0	18,3	18,7	18,4
Hessen	15,0	14,8	14,6	15,1	15,9	15,9	15,9	16,5	16,5	16,9	16,9
Mecklenburg-Vorpommern	14,4	14,7	13,4	13,7	13,2	13,5	12,0	13,6	13,5	13,5	14,2
Niedersachsen	14,7	14,6	14,5	15,0	15,2	15,8	15,3	15,9	16,0	15,8	15,0
Nordrhein-Westfalen	14,6	14,9	14,7	15,6	15,4	16,0	16,2	16,3	16,7	17,2	16,6
Rheinland-Pfalz	15,4	15,2	15,7	16,0	15,8	16,7	16,7	16,3	16,6	16,7	16,5
Saarland	14,3	14,0	13,4	14,5	14,6	15,9	16,1	15,4	16,6	15,7	16,0
Sachsen	13,4	13,6	13,0	12,4	11,9	11,9	11,6	12,9	12,4	12,4	12,3
Sachsen-Anhalt	15,0	15,2	13,5	14,2	14,0	14,1	14,1	14,5	14,0	14,3	14,0
Schleswig-Holstein	14,9	15,8	15,2	15,2	15,4	15,6	15,4	15,7	16,2	15,8	15,9
Thüringen	13,3	13,0	12,5	11,0	10,8	11,7	11,6	12,4	12,0	11,8	11,9

© Der Paritätische Gesamtverband Ab 2011: Armutquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)
 Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Regionale Armutsquoten, Bundesmedian

Armutsquoten in den Regionen seit 2008 (in %)

Bundesland / Raumordnungsregion/ Anpassungsschicht	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5
Baden-Württemberg	10,2	10,9	11,0	11,1	11,1	11,4	11,4	11,8	11,9	12,1	11,9
Bodensee-Oberschwaben	9,6	9,5	10,1	9,8	8,8	7,8	8,1	9,5	10,5	9,1	10,6
Donau-Iller (BW)	8,9	9,4	8,4	8,4	8,2	8,9	10,5	11,0	11,9	12,9	11,2
Heilbronn-Franken	10,2	10,6	11,3	12,5	11,9	11,7	11,9	11,8	12,6	11,8	10,9
Hochrhein-Bodensee	10,2	9,7	10,1	9,1	8,8	10,0	9,6	10,4	12,0	11,6	11,3
Mittlerer Oberrhein	10,3	10,8	10,5	11,1	11,1	11,5	11,7	12,6	12,9	13,1	12,1
Neckar-Alb	11,5	11,4	12,6	11,3	11,4	11,8	12,2	11,8	12,4	11,3	11,8
Nordschwarzwald	9,6	10,4	10,3	10,9	10,3	10,4	10,6	10,9	11,8	12,8	14,1
Ostwürttemberg	10,6	10,5	10,0	11,1	11,9	11,7	10,6	11,5	11,6	13,2	11,5
Rhein-Neckar	12,6	14,5	14,6	13,7	14,8	14,6	14,9	15,5	13,6	14,9	14,8
Schwarzwald-Baar-Heuberg	8,0	10,5	10,9	11,6	12,6	10,9	11,4	9,6	13,1	12,5	10,5
Stuttgart	9,2	10,0	10,1	10,7	10,2	11,1	10,8	10,9	10,6	10,9	10,6
Südlicher Oberrhein	11,4	11,8	11,4	11,2	11,9	12,4	12,0	13,6	12,4	13,1	13,4
Bayern	10,8	11,1	10,8	11,1	11,0	11,3	11,5	11,6	12,1	12,1	11,7
Allgäu	8,7	9,2	8,2	11,3	10,6	11,6	11,7	12,1	13,0	12,5	11,3
Augsburg	12,4	10,8	10,2	10,6	11,0	11,8	12,9	12,8	11,8	12,9	12,5
Bayerischer Untermain	9,5	11,2	11,4	10,5	9,9	10,3	10,9	11,7	12,2	14,0	11,5
Donau-Iller (BY)	10,3	10,5	11,1	10,4	10,5	10,1	11,1	10,6	13,5	13,3	11,8
Donau-Wald	12,9	13,1	12,9	12,5	12,8	12,5	14,0	14,1	16,4	17,5	15,6
Industrieregion Mittelfranken	12,2	12,2	12,0	12,8	12,1	13,5	14,2	15,6	15,8	15,7	14,3
Ingolstadt	8,4	9,2	9,2	9,6	8,9	8,7	9,5	9,1	9,4	9,6	10,3
Landshut	10,6	11,3	10,2	11,0	11,0	12,4	11,1	11,0	13,2	10,3	10,5
Main-Rhön	12,8	14,2	13,2	13,2	14,2	12,7	14,0	13,1	12,7	12,6	12,2
München	8,2	8,6	8,7	9,1	9,1	9,0	8,0	8,1	8,7	8,5	8,5
Oberfranken-Ost	14,5	14,7	14,5	13,2	14,6	13,6	13,9	14,4	16,0	16,1	16,7
Oberfranken-West	12,1	13,2	12,0	12,4	12,3	12,2	13,4	12,6	13,4	12,8	11,8
Oberland	8,7	8,0	7,5	8,2	8,1	8,1	8,0	8,4	10,5	10,7	9,2
Oberpfalz-Nord	10,7	13,8	12,9	11,8	11,7	12,7	11,9	11,5	13,1	13,7	12,6
Regensburg	11,5	12,0	12,4	11,2	11,1	11,7	11,5	11,6	12,9	12,1	12,6
Südostoberbayern	10,9	10,4	9,7	11,8	11,1	11,7	12,2	12,6	10,8	10,8	10,6
Westmittelfranken	13,4	12,6	12,9	14,0	12,8	12,0	13,5	13,3	11,1	10,3	12,3
Würzburg	14,1	13,1	13,5	12,9	13,1	13,7	13,9	13,5	13,6	14,3	14,4

Bundesland / Raumordnungsregion/ Anpassungsschicht	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Berlin	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2
Berlin	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2
Brandenburg	16,8	16,7	16,3	16,8	18,1	17,7	16,9	16,8	15,6	15,0	15,2
Havelland-Fläming	12,5	12,9	12,2	13,0	14,0	14,0	12,8	14,3	13,3	13,8	14,0
Lausitz-Spreewald	18,6	18,2	18,8	18,8	20,6	19,8	20,4	19,0	18,1	15,0	17,1
Oderland-Spree	17,6	18,4	16,6	18,5	20,6	18,9	17,0	17,1	15,3	16,3	14,4
Prignitz-Oberhavel	18,8	18,4	17,5	17,3	18,6	18,4	19,6	19,1	16,5	16,4	15,2
Uckermark-Barnim	20,0	18,7	19,4	19,7	19,6	20,1	16,6	15,8	16,0	14,2	16,0
Bremen	22,2	20,1	21,1	22,0	22,9	24,6	24,1	24,8	22,6	23,0	22,7
KS Bremen	22,0	19,5	20,5	20,9	22,0	23,0	22,5	23,1	20,9	21,9	21,6
KS Bremerhaven	23,5	23,3	23,7	28,2	27,5	32,6	32,5	33,4	30,5	28,4	27,9
Hamburg	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3
Hamburg	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3
Hessen	12,7	12,4	12,1	12,8	13,3	13,7	13,8	14,4	15,1	15,4	15,8
Mittelhessen	14,8	14,6	14,1	14,6	15,0	15,4	16,1	17,1	16,6	17,5	19,5
Nordhessen	15,7	15,3	15,5	15,1	15,5	16,7	16,3	17,3	16,5	16,9	17,2
Osthessen	14,3	12,9	14,5	13,6	14,3	14,1	14,0	14,5	13,8	15,4	16,9
Rhein-Main	11,4	11,0	10,5	11,7	12,3	12,4	12,5	13,1	14,4	14,3	14,1
Starkenburger	10,7	11,4	10,9	11,6	12,4	12,5	12,6	12,7	14,8	15,3	15,6
Mecklenburg-Vorpommern	24,0	23,1	22,4	22,1	22,8	23,6	21,3	21,7	20,4	19,4	20,9
Mecklenburgische Seenplatte	23,7	26,9	23,8	23,1	24,5	24,8	23,6	24,9	22,8	18,8	19,1
Mittleres Mecklenburg / Rostock	23,6	20,7	20,2	21,3	21,1	21,9	19,0	19,4	20,7	19,4	21,8
Vorpommern	25,7	24,1	24,6	23,9	25,3	27,8	24,6	24,2	22,9	22,4	22,5
Westmecklenburg	23,1	21,8	21,4	20,4	20,8	20,3	18,8	19,5	16,5	16,7	19,5
Niedersachsen	15,8	15,3	15,3	15,5	15,7	16,1	15,8	16,5	16,7	16,7	15,9
KS Emden, LK Leer, LK Aurich, KS Wilhelmshaven, LK Fries- land, LK Wittmund, LK Weser- marsch	19,0	16,7	18,0	17,5	19,2	17,9	17,6	19,6	18,9	19,5	19,4
Hannover, Landeshauptstadt	22,2	21,6	21,3	22,1	21,8	20,8	19,6	22,3	22,0	20,4	20,6
KS Osnabrück, LK Osnabrück, LK Vechta, LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim	16,4	15,9	14,9	15,2	15,2	15,5	14,8	16,5	16,4	15,4	15,4

Bundesland / Raumordnungsregion/ Anpassungsschicht	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KS Wolfsburg, LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, LK Peine	13,5	14,2	14,9	14,1	16,0	16,6	17,4	16,9	14,4	15,7	15,9
LK Ammerland, LK Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, LK Oldenburg	15,6	14,1	14,2	15,0	14,4	15,3	16,7	16,0	15,3	17,7	15,5
LK Cuxhaven, LK Stade, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme)	13,3	12,5	11,6	11,9	12,3	12,3	11,6	12,3	12,6	13,2	12,3
LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg	15,0	16,1	15,3	16,1	13,3	14,8	14,2	14,9	17,7	16,6	15,7
LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Göttingen, LK Northeim	18,7	18,0	18,3	19,7	19,3	19,7	19,2	18,5	22,9	22,2	18,6
LK Hameln-Pyrmont, LK Holzminden, LK Hildesheim	13,6	15,3	16,6	15,4	15,1	17,3	16,8	16,9	17,2	17,2	15,3
Hannover, Umland	13,4	13,0	12,3	12,6	12,9	12,3	12,5	15,2	15,4	14,1	14,1
LK Lüneburg, LK Lüchow-Dannenberg, LK Uelzen, LK Celle, LK Heidekreis, LK Verden	15,1	14,0	14,6	14,1	14,8	16,2	15,4	14,4	15,5	15,2	14,2
Nordrhein-Westfalen	14,7	15,2	15,4	16,4	16,3	17,1	17,5	17,5	17,8	18,7	18,1
Aachen	16,8	17,0	16,8	17,6	16,6	17,9	19,7	18,6	16,9	18,8	19,0
Arnsberg	12,2	13,2	13,2	14,1	13,9	12,8	13,8	13,7	16,0	15,7	14,7
Bielefeld	14,0	14,7	15,8	15,4	14,6	15,6	15,7	16,6	16,5	16,6	16,4
Bochum/ Hagen	17,0	16,5	17,1	17,2	16,6	18,7	18,7	19,4	21,9	22,5	20,7
Bonn	12,2	11,7	11,5	12,5	13,5	14,5	13,4	13,5	15,1	15,1	14,7
Dortmund	18,2	19,9	19,7	21,0	22,1	21,4	22,0	22,0	22,2	21,4	21,1
Duisburg/ Essen	14,8	16,6	16,0	17,9	18,1	18,9	19,3	19,6	19,3	21,4	20,9
Düsseldorf	13,7	14,4	14,2	15,9	15,5	16,3	16,9	17,6	16,7	17,7	17,8
Emscher-Lippe	17,3	17,4	18,3	19,5	19,5	21,1	21,1	20,4	21,3	24,6	22,0
Köln	14,0	14,7	15,1	16,3	16,4	17,5	16,3	16,2	17,4	17,5	16,9
Münster	12,2	12,4	12,4	12,9	13,6	14,6	15,1	14,6	15,2	15,0	14,7
Paderborn	15,5	14,0	15,4	16,7	14,5	14,2	17,3	15,1	16,3	17,9	16,2
Siegen	12,8	14,1	14,2	14,1	14,8	13,1	14,6	14,4	14,2	16,6	15,6
Rheinland-Pfalz	14,5	14,2	14,8	15,1	14,6	15,4	15,5	15,2	15,5	15,6	15,4
Mittelrhein-Westerwald	15,5	15,0	14,5	15,2	15,2	15,1	16,0	14,5	14,5	14,8	14,9
Rheinhessen-Nahe	15,9	15,6	16,1	16,5	16,1	17,2	16,6	16,4	15,9	17,2	14,9
Rheinpfalz	12,0	12,0	14,1	13,0	12,9	13,8	14,6	15,4	15,5	16,3	16,9
Trier	13,5	13,5	13,9	14,0	12,7	14,2	13,3	13,6	14,9	12,0	11,9
Westpfalz	15,4	14,9	15,7	16,7	15,3	16,8	16,6	16,3	17,7	17,4	18,6

Bundesland / Raumordnungsregion/ Anpassungsschicht	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Saarland	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	17,5	17,2	17,2	16,8	16,0
Saar	15,8	16,0	14,3	15,2	15,4	17,1	17,5	17,2	17,2	16,8	16,0
Sachsen	19,0	19,5	19,4	19,5	18,8	18,8	18,5	18,6	17,7	16,8	16,6
Oberes Elbtal / Osterzgebirge	19,5	19,7	18,6	19,1	18,1	17,4	17,6	18,1	16,4	15,2	15,1
Oberlausitz-Niederschlesien	17,3	17,6	18,0	17,7	17,1	18,6	17,9	18,1	18,0	16,9	16,9
Südsachsen	17,5	18,4	18,4	18,7	17,9	17,5	17,0	16,8	16,8	16,4	15,7
Westsachsen	22,2	21,9	22,7	22,3	22,0	22,2	22,0	22,0	20,2	19,1	19,3
Sachsen-Anhalt	22,1	21,8	19,8	20,6	21,1	20,9	21,3	20,1	21,4	21,0	19,5
Altmark	18,4	19,5	18,1	19,9	24,0	27,4	24,3	25,8	26,7	24,0	22,9
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	23,1	22,3	20,1	20,1	20,5	18,7	19,3	18,6	21,9	22,0	17,8
Halle/Saale	23,9	23,7	21,3	22,7	22,8	21,5	22,9	22,2	21,9	22,7	20,9
Magdeburg	21,0	20,6	18,7	19,2	19,2	20,0	20,2	17,9	19,6	18,7	18,3
Schleswig-Holstein	13,1	14,0	13,8	13,6	13,8	14,0	13,8	14,6	15,1	14,8	15,3
Schleswig-Holstein Mitte	16,0	16,3	16,0	15,7	15,5	16,7	16,0	17,7	19,8	18,8	18,2
Schleswig-Holstein Nord	13,7	14,5	13,9	13,2	15,6	14,9	13,9	15,0	17,7	18,2	17,1
Schleswig-Holstein Ost	18,1	19,5	18,1	18,8	16,6	16,6	17,2	14,6	17,7	17,7	17,1
Schleswig-Holstein Süd	8,8	9,3	9,7	9,6	9,9	9,8	10,1	11,5	9,6	9,3	11,4
Schleswig-Holstein Süd-West	12,3	15,5	16,3	15,7	16,1	16,9	16,7	17,6	15,3	15,7	16,7
Thüringen	18,5	18,1	17,6	16,7	16,8	18,0	17,8	18,9	17,2	16,3	16,4
Mittelthüringen	20,3	20,3	20,4	17,3	17,4	18,8	17,4	20,0	17,2	16,4	17,1
Nordthüringen	20,1	20,4	20,5	19,5	18,2	19,2	19,4	19,0	19,3	15,9	15,1
Ostthüringen	19,3	17,7	15,7	16,3	17,1	18,2	18,6	19,3	17,9	17,5	17,8
Südthüringen	13,6	14,1	14,4	14,1	14,3	15,8	15,9	16,8	14,5	14,4	14,2

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

* Ergebnisse des Mikrozensus. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011.

Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe im Berichtsjahr 2016 sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse ab dem Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

Armutquote und SGB II-Quote Städte

Armutquoten und SGB II-Quoten in ausgewählten Großstädten seit 2008

Armutquoten und SGB II-Quoten seit 2008 (in %)		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	Armutquote	14,4	14,6	14,5	15,0	15,0	15,5	15,4	15,7	15,7	15,8	15,5
	SGBII-Quote	10,3	10,1	9,9	9,5	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9
Berlin	Armutquote	18,7	19,0	19,2	20,6	20,8	21,4	20,0	22,4	19,4	19,2	18,2
	SGBII-Quote	21,4	21,2	21,1	21,2	21,2	20,7	20,3	19,9	19,1	18,5	17,5
Bremen	Armutquote	22,0	19,5	20,5	20,9	22,0	23,0	22,5	23,1	20,9	21,9	21,6
	SGBII-Quote	16,9	16,8	17,2	16,8	16,7	16,8	16,8	17,0	17,3	17,9	17,7
Dortmund	Armutquote	21,3	22,2	23,0	23,5	25,4	25,0	23,5	25,7	24,2	24,3	23,9
	SGBII-Quote	17,6	17,3	17,8	17,6	17,5	17,8	18,0	18,3	18,4	18,7	18,2
Dresden	Armutquote	21,5	19,3	19,6	19,4	19,8	18,5	19,4	20,0	17,7	17,0	15,8
	SGBII-Quote	14,7	14,1	13,7	12,9	12,5	12,1	11,6	11,0	10,5	10,4	9,8
Duisburg	Armutquote	19,2	22,9	21,5	23,2	24,6	24,3	24,8	26,6	22,8	29,4	27,4
	SGBII-Quote	18,1	18,0	18,1	17,4	17,1	17,1	17,5	18,2	18,8	19,2	18,7
Düsseldorf	Armutquote	13,8	14,1	15,4	18,7	17,2	16,7	17,7	18,3	16,6	18,6	19,3
	SGBII-Quote	13,4	13,2	13,4	13,3	13,0	12,9	12,9	12,8	12,6	12,5	11,9
Essen	Armutquote	16,3	16,8	17,8	19,4	19,7	20,6	20,8	21,0	21,2	21,6	21,6
	SGBII-Quote	17,8	17,9	18,2	18,0	18,3	18,7	18,8	19,0	19,4	20,2	20,0
Frankfurt am Main	Armutquote	13,7	14,7	13,8	16,0	15,5	14,7	14,7	14,2	16,6	17,1	15,4
	SGBII-Quote	12,9	12,7	12,7	12,3	12,1	12,1	12,2	12,3	12,0	11,8	11,2
Hamburg	Armutquote	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8	16,9	15,6	15,7	14,9	14,7	15,3
	SGBII-Quote	13,8	13,6	13,5	13,1	12,9	12,8	12,6	12,6	12,5	12,6	12,3
Hannover	Armutquote	22,2	21,6	21,3	22,1	21,8	20,8	19,6	22,3	22,0	20,4	20,6
	SGBII-Quote
Köln	Armutquote	16,8	17,4	17,3	19,6	20,2	21,5	20,5	19,6	20,0	20,5	20,4
	SGBII-Quote	14,3	14,1	14,2	13,7	13,3	13,3	13,3	13,5	13,2	13,2	13,0
Leipzig	Armutquote	27,0	27,2	26,4	24,5	25,4	25,1	24,1	25,1	22,4	21,5	22,0
	SGBII-Quote	20,7	19,9	19,2	18,6	17,8	17,3	16,6	15,8	15,0	14,5	13,6
München	Armutquote	9,8	10,9	10,7	11,5	11,2	10,3	9,4	9,6	10,0	9,6	10,0
	SGBII-Quote	6,5	6,7	6,9	6,7	6,4	6,4	6,4	6,4	6,3	6,3	6,0
Nürnberg	Armutquote	17,3	17,8	18,4	19,3	17,4	19,0	20,8	22,3	23,3	24,5	20,6
	SGBII-Quote	12,2	12,3	12,4	11,8	11,6	11,6	11,8	11,7	11,4	11,1	10,3
Stuttgart	Armutquote	14,2	14,7	13,9	14,9	13,3	15,2	16,1	14,8	13,8	16,1	15,2
	SGBII-Quote	8,3	8,4	8,5	8,1	.	7,9	7,9	7,8	7,9	8,2	8,0

© Der Paritätische Gesamtverband

Datenquellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit
 Ab 2011: Armutquoten sind Ergebnisse des Mikrozensus mit Hochrechnungsrahmen auf Grundlage des Zensus 2011, davor auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)

SGB II-Quoten Deutschland

SGB II- und SGB XII-Quoten seit 2008

Sozialleistungsquoten in %	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
SGB II-Quote Kinder unter 15 Jahre	15,3	14,4	13,7	13,2	13,4	13,8	14,1	14,3	14,2	14,8	14,3
SGB II-Quote erwerbsfähige Erwachsene	9,2	9,0	9,0	8,5	8,3	8,2	8,1	8,0	7,9	8,0	7,6
SGB II-Quote gesamt	10,3	10,1	9,9	9,5	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9
SGB XII-Quote 65+	2,5	2,4	2,4	2,6	2,8	3,0	3,0	3,2	3,1	3,2	*

© Der Paritätische Gesamtverband

Bezugszeitraum für die SGBII-Quoten ist der Jahresdurchschnitt, für die SGB XII-Quote der jeweilige Dezember.
 Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit

SGB II-Quoten in Kreisen

SGB II-Quote nach Kreisen (Jahresdurchschnitte)

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Deutschland	17,7	16,9	16,3	15,6	15,3	15,1	14,7	14,1	13,4	13,0	12,0
Westdeutschland	8,5	8,4	8,4	8,0	7,9	8,0	8,1	8,1	8,2	8,5	8,2
Ostdeutschland	17,7	16,9	16,3	15,6	15,3	15,1	14,7	14,1	13,4	13,0	12,0
Baden-Württemberg	5,3	5,3	5,4	5,0	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,1
Alb-Donau-Kreis	3,1	2,9	2,8	2,4	2,4	2,5	2,4	2,5	2,8	3,2	3,0
Baden-Baden, Stadt	8,0	7,9	7,2	6,7	6,6	6,6	6,5	6,4	6,6	6,9	6,5
Biberach	2,4	2,4	2,6	2,4	2,3	2,4	2,4	2,5	2,8	3,1	3,0
Böblingen	4,7	4,8	5,0	4,6	4,2	4,2	4,1	4,0	4,0	4,4	4,3
Bodenseekreis	3,3	3,2	3,3	3,0	2,9	2,8	2,9	3,0	3,3	3,9	3,8
Breisgau-Hochschwarzwald	4,3	4,2	4,1	3,7	3,6	3,7	3,8	3,8	3,9	4,2	4,2
Calw	3,3	3,6	3,9	3,5	3,5	3,7	3,8	3,8	3,8	4,1	3,9
Emmendingen	4,5	4,2	4,0	3,6	3,5	3,6	3,7	3,7	3,9	4,3	4,2
Enzkreis	2,7	2,9	3,1	2,8	2,7	2,6	2,7	2,7	2,9	3,4	3,4
Esslingen	4,9	5,2	5,5	5,2	4,8	4,7	4,7	4,7	4,7	5,0	4,8
Freiburg im Breisgau, Stadt	8,9	9,1	9,0	8,9	8,6	8,6	8,5	8,6	8,6	8,4	8,0
Freudenstadt	3,3	3,4	3,5	3,0	3,0	3,2	3,3	3,3	3,6	4,0	3,8
Göppingen	5,2	5,5	5,9	5,5	5,2	5,4	5,2	5,3	5,6	6,1	5,8
Heidelberg, Stadt	6,3	6,3	6,3	6,0	5,7	5,5	5,4	5,5	5,1	5,0	4,9
Heidenheim	5,5	5,3	5,6	5,3	5,3	5,4	5,8	6,1	6,5	6,8	6,2
Heilbronn	4,3	4,4	4,5	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	4,0	4,3	4,2
Heilbronn, Stadt	8,8	8,6	8,6	8,0	8,0	8,5	8,7	8,8	8,7	9,0	8,5
Hohenlohekreis	3,2	3,3	3,2	2,8	2,7	2,8	2,8	2,7	2,7	2,9	2,6
Karlsruhe	4,0	4,0	3,9	3,5	3,4	3,4	3,6	3,6	3,7	4,1	3,9
Karlsruhe, Stadt	8,6	8,3	8,2	7,9	7,8	7,7	7,8	7,7	7,2	6,8	6,4
Konstanz	5,7	5,7	5,7	5,2	5,1	5,0	4,9	4,8	5,0	5,3	5,2
Lörrach	5,8	5,9	5,8	5,5	5,0	4,8	4,6	4,5	4,4	4,7	4,7
Ludwigsburg	4,4	4,6	4,9	4,5	4,5	4,6	4,5	4,4	4,4	4,7	4,4
Main-Tauber-Kreis	4,2	3,9	3,6	3,3	3,3	3,5	3,5	3,5	3,7	4,2	4,1
Mannheim, Universitätsstadt	11,6	11,1	10,9	10,7	10,9	11,1	11,5	11,8	11,6	11,5	11,1
Neckar-Odenwald-Kreis	4,2	4,3	4,5	4,1	3,9	3,9	3,9	3,9	4,0	4,3	4,0
Ortenaukreis	4,9	5,2	5,2	4,8	4,7	4,7	4,8	4,8	5,0	5,2	4,8
Ostalbkreis	4,5	4,6	4,7	4,0	3,9	3,9	4,0	4,1	4,2	4,2	3,9
Pforzheim, Stadt	10,5	11,3	12,3	11,5	11,5	11,3	11,6	11,9	12,0	12,3	11,9
Rastatt	4,2	4,4	4,8	4,3	4,2	4,1	4,1	4,2	4,4	4,7	4,4
Ravensburg	4,0	3,9	3,8	3,5	3,4	3,4	3,4	3,4	3,7	4,0	3,8
Rems-Murr-Kreis	5,1	5,3	5,5	5,3	5,1	5,1	5,1	5,1	5,3	5,7	5,5
Reutlingen	4,6	4,8	5,1	4,9	4,8	4,9	4,9	4,8	5,1	5,5	5,4
Rhein-Neckar-Kreis	5,1	4,8	4,9	4,8	5,0	5,2	5,3	5,4	5,5	5,6	5,4
Rottweil	3,5	3,9	3,9	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	3,2	3,5	3,3
Schwäbisch Hall	4,8	4,6	4,4	3,8	3,6	3,5	3,5	3,5	3,7	4,0	3,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	5,1	5,4	5,4	4,7	4,5	4,5	4,5	4,5	4,6	4,7	4,4
Sigmaringen	4,5	4,5	4,5	3,8	3,6	3,7	3,7	3,8	3,8	3,6	3,4
Stuttgart, Landeshauptstadt	8,3	8,4	8,5	8,1	.	7,9	7,9	7,8	7,9	8,2	8,0

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Tübingen	4,5	4,2	4,3	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	4,0	4,3	4,1
Tuttlingen	3,8	4,3	4,7	4,1	3,8	3,9	3,8	3,8	3,9	4,3	4,1
Ulm, Universitätsstadt	6,5	6,3	6,3	5,6	5,5	5,5	5,4	5,6	5,6	5,7	5,6
Waldshut	4,8	4,9	4,8	4,2	3,9	3,6	3,5	3,4	3,6	4,0	3,9
Zollernalbkreis	4,9	5,0	5,1	4,5	4,3	4,4	4,4	4,3	4,2	4,1	3,8
Bayern	4,7	4,7	4,6	4,2	4,0	4,0	4,1	4,1	4,2	4,3	4,1
Aichach-Friedberg	2,0	2,1	2,1	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	2,2	2,3	2,2
Altötting	4,7	4,4	4,0	3,6	3,5	3,6	3,7	3,7	3,8	4,2	3,9
Amberg, Stadt	10,2	10,5	10,0	8,0	7,7	7,5	7,4	7,5	8,1	8,4	7,6
Amberg-Sulzbach	3,9	3,7	3,5	2,8	2,6	2,6	2,6	2,6	2,8	3,0	2,8
Ansbach	3,1	2,6	2,5	2,2	2,2	2,3	2,3	2,2	2,2	2,3	1,9
Ansbach, Stadt	8,4	8,5	8,2	7,2	7,2	7,5	7,7	8,0	8,2	8,7	8,2
Aschaffenburg	3,0	2,9	3,0	2,8	2,7	2,9	3,1	3,2	3,6	4,0	3,8
Aschaffenburg, Stadt	9,5	9,2	9,2	8,4	8,6	8,9	9,0	9,1	9,5	9,7	9,4
Augsburg	2,9	3,1	3,2	2,9	2,7	2,7	2,7	2,8	3,0	3,2	3,0
Augsburg, Stadt	10,1	10,1	10,1	9,1	8,2	7,9	7,7	7,6	7,6	7,5	7,1
Bad Kissingen	5,1	4,9	4,5	3,9	3,5	3,6	3,4	3,4	3,7	3,8	3,5
Bad Tölz-Wolfratshausen	3,2	3,4	3,3	2,9	2,9	2,9	2,8	2,7	2,7	3,0	2,9
Bamberg	2,9	2,8	2,5	2,1	1,9	2,0	2,0	2,0	2,1	2,3	2,3
Bamberg, Stadt	8,3	8,0	7,5	6,5	6,1	6,0	5,9	5,9	6,0	6,3	5,9
Bayreuth	3,8	3,6	3,4	2,9	2,8	2,9	2,8	2,8	2,8	2,9	2,7
Bayreuth, Stadt	9,9	9,7	9,0	8,3	7,9	8,1	7,9	7,6	7,3	7,3	6,9
Berchtesgadener Land	3,6	3,5	3,4	3,1	3,0	3,1	3,2	3,4	3,5	3,7	3,7
Cham	2,8	2,6	2,3	1,9	1,8	2,1	2,1	2,1	2,3	2,5	2,5
Coburg	5,4	4,8	4,6	3,9	3,7	3,8	3,7	3,9	4,0	4,2	4,0
Coburg, Stadt	12,2	11,1	10,5	9,3	8,3	8,7	8,4	8,2	8,4	8,6	8,2
Dachau	2,3	2,5	2,7	2,4	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,0
Deggendorf	5,0	5,0	4,8	4,1	4,0	3,8	3,7	3,5	3,6	3,5	3,2
Dillingen a. d. Donau	3,3	3,4	3,6	3,1	2,6	2,5	2,4	2,5	2,9	3,3	3,3
Dingolfing-Landau	3,0	3,1	2,8	2,2	1,9	1,9	1,9	1,9	2,3	2,4	2,4
Donau-Ries	2,3	2,1	2,0	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,7	1,8	1,7
Ebersberg	2,1	2,1	2,1	1,8	1,7	1,7	1,8	1,8	2,1	2,1	1,9
Eichstätt	1,4	1,4	1,4	1,2	1,0	1,0	1,1	1,1	1,2	1,5	1,5
Erding	2,7	2,6	2,4	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2	2,3	2,2
Erlangen, Stadt	5,6	5,5	5,4	4,9	4,8	5,1	5,2	5,2	5,2	5,4	5,2
Erlangen-Höchstadt	2,0	2,0	2,0	1,7	1,7	1,8	1,9	2,0	2,3	2,6	2,3
Forchheim	3,4	3,3	3,2	2,8	2,6	2,6	2,6	2,8	3,0	3,3	3,1
Freising	1,7	1,4	1,5	1,4	1,3	1,4	1,5	1,5	1,6	1,8	1,8
Freyung-Grafenau	3,1	3,0	2,9	2,5	2,3	2,4	2,4	2,5	2,6	2,4	2,0
Fürstenfeldbruck	3,7	3,7	3,9	3,8	3,7	3,8	3,9	4,0	4,0	4,2	4,0
Fürth	3,5	3,4	3,5	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	2,9	2,7	2,6
Fürth, Stadt	10,1	10,4	10,3	9,7	9,2	9,2	9,3	9,4	9,5	9,5	8,8
Garmisch-Partenkirchen	3,1	3,4	3,4	3,2	3,2	3,4	3,7	4,0	4,1	4,5	4,2

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Günzburg	3,0	3,1	3,4	2,7	2,5	2,5	2,5	2,3	2,5	2,5	2,3
Haßberge	3,6	3,6	3,4	2,9	2,7	2,9	3,0	2,9	3,1	3,2	2,9
Hof	6,5	6,3	6,0	5,1	4,8	4,9	4,7	4,4	4,1	4,1	3,9
Hof, Stadt	14,6	14,4	14,1	13,2	12,9	12,9	12,8	12,4	12,8	15,2	14,6
Ingolstadt, Stadt	6,2	6,1	6,4	5,8	5,5	5,3	5,3	5,2	4,8	5,2	5,3
Kaufbeuren, Stadt	9,0	8,9	8,6	7,5	6,8	6,7	6,6	6,4	6,4	6,8	6,3
Kelheim	2,7	2,5	2,2	1,8	1,5	1,6	1,6	1,7	2,4	2,6	2,4
Kempton (Allgäu), Stadt	6,5	6,2	6,1	5,7	5,4	5,7	5,8	5,8	5,8	5,7	5,3
Kitzingen	4,2	4,1	3,8	3,3	3,0	3,1	3,1	3,0	3,2	3,2	2,8
Kronach	5,1	4,9	4,5	3,6	3,2	3,4	3,4	3,4	3,3	3,3	3,0
Kulmbach	6,5	6,1	5,9	5,2	4,7	4,5	4,4	4,3	4,3	4,3	4,1
Landsberg am Lech	2,4	2,2	2,2	2,0	1,9	2,1	2,2	2,3	2,7	3,0	2,7
Landshut	2,5	2,3	2,1	1,8	1,7	1,8	1,9	1,9	2,4	2,4	2,2
Landshut, Stadt	7,5	7,4	6,5	5,5	5,4	5,5	5,7	6,1	5,9	5,9	5,7
Lichtenfels	6,3	5,9	5,1	4,4	3,9	3,8	3,8	4,0	4,0	4,0	3,9
Lindau (Bodensee)	3,2	3,1	3,1	2,8	2,7	2,8	2,7	2,8	3,0	3,1	3,0
Main-Spessart	2,9	3,0	2,9	2,4	2,2	2,2	2,3	2,2	2,5	2,8	2,7
Memmingen, Stadt	5,1	5,2	5,6	4,5	3,8	3,9	3,9	4,1	4,4	4,5	4,0
Miesbach	2,2	2,3	2,4	2,2	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,0
Miltenberg	4,3	4,1	4,0	3,4	3,3	3,6	3,6	3,6	3,5	3,7	3,5
Mühldorf a.Inn	5,1	5,0	4,7	4,2	3,9	4,1	4,2	4,3	4,3	4,6	4,2
München	2,2	2,4	2,5	2,4	2,6	2,6	2,7	2,7	2,8	3,0	2,9
München, Landeshauptstadt	6,5	6,7	6,9	6,7	6,4	6,4	6,4	6,4	6,3	6,3	6,0
Neuburg-Schrobenhausen	2,6	2,4	2,3	2,0	1,9	1,9	2,0	1,9	2,1	2,4	2,3
Neumarkt i. d. OPf.	2,5	2,3	2,1	1,8	1,7	1,8	1,8	1,9	2,0	2,2	2,0
Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim	3,5	3,5	3,2	2,8	2,6	2,7	2,8	2,7	3,1	3,5	3,2
Neustadt a. d. Waldnaab	4,1	4,0	3,7	3,3	3,1	3,2	3,3	3,3	3,2	3,5	3,3
Neu-Ulm	3,7	4,1	4,6	4,1	3,8	3,8	3,8	3,7	3,6	3,6	3,2
Nürnberg, Stadt	12,2	12,3	12,4	11,8	11,6	11,6	11,8	11,7	11,4	11,1	10,3
Nürnberger Land	3,2	2,9	2,8	2,6	2,5	2,7	2,7	2,8	3,0	3,4	3,2
Oberallgäu	2,7	2,6	2,6	2,3	2,1	2,2	2,3	2,2	2,4	2,4	2,2
Ostallgäu	2,4	2,3	2,2	1,8	1,6	1,7	1,8	1,9	2,3	2,6	2,4
Passau	4,2	4,1	4,0	3,5	3,2	3,2	3,3	3,4	3,7	3,9	3,6
Passau, Stadt	7,6	7,7	7,6	6,1	6,1	6,2	6,3	6,6	6,7	6,9	6,7
Pfaffenhofen a. d. Ilm	2,0	1,9	1,8	1,5	1,3	1,3	1,4	1,4	1,5	1,6	1,5
Regen	3,8	3,7	3,4	3,0	2,9	2,9	2,9	3,0	3,7	4,0	3,6
Regensburg	2,9	2,7	2,6	2,1	2,0	2,1	2,2	2,2	2,4	2,6	2,4
Regensburg, Stadt	8,8	8,8	8,6	7,4	6,8	6,6	6,3	6,2	6,1	5,9	5,5
Rhön-Grabfeld	4,4	3,9	3,5	2,9	2,6	2,6	2,6	2,6	2,9	3,1	2,8
Rosenheim	3,0	2,9	2,8	2,5	2,4	2,2	2,2	2,2	2,3	2,5	2,4
Rosenheim, Stadt	7,4	7,3	6,9	6,1	6,1	6,4	6,7	6,9	6,5	6,7	6,5
Roth	2,7	2,5	2,5	2,3	2,2	2,3	2,3	2,4	2,4	2,5	2,4
Rottal-Inn	3,5	3,5	3,3	2,9	2,8	2,8	2,9	3,1	3,4	3,4	3,2

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Schwabach, Stadt	7,1	6,8	6,6	6,0	6,0	6,1	6,0	6,0	5,9	6,1	5,7
Schwandorf	4,2	3,9	3,4	2,9	2,7	2,9	2,9	3,1	3,3	3,3	3,0
Schweinfurt	3,5	3,3	3,0	2,5	2,2	2,3	2,4	2,5	2,8	2,8	2,6
Schweinfurt, Stadt	13,6	13,8	12,6	12,3	12,3	12,0	12,0	12,3	13,0	13,2	12,2
Starnberg	2,3	2,3	2,3	2,2	2,3	2,2	2,2	2,2	2,3	2,6	2,6
Straubing, Stadt	9,5	9,5	8,8	7,8	7,6	7,9	8,0	7,9	7,7	7,7	7,1
Straubing-Bogen	3,2	3,0	2,6	2,0	2,0	2,2	2,4	2,4	2,6	2,5	2,3
Tirschenreuth	5,1	4,9	4,6	4,2	3,8	3,7	3,8	3,6	3,6	3,7	3,3
Traunstein	3,7	3,7	3,3	2,9	2,7	2,8	2,8	2,8	2,8	3,0	2,8
Unterallgäu	1,9	1,9	1,8	1,4	1,2	1,3	1,4	1,5	1,7	1,8	1,6
Weiden i. d. OPf., Stadt	13,4	13,3	12,8	12,1	11,5	11,3	11,2	10,8	10,4	10,2	9,5
Weilheim-Schongau	2,6	2,7	2,7	2,5	2,6	2,8	2,9	3,1	3,2	3,4	3,2
Weißenburg-Gunzenhausen	4,6	4,6	4,1	3,4	3,1	3,1	3,0	3,1	3,3	3,5	3,3
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	8,7	8,7	8,0	7,3	6,9	6,9	7,0	6,9	7,0	7,5	7,3
Würzburg	2,9	2,8	2,7	2,5	2,4	2,3	2,4	2,4	2,6	2,8	2,6
Würzburg, Stadt	7,7	7,2	6,9	6,6	6,6	6,7	6,6	6,4	6,5	6,8	6,5
Berlin	21,4	21,2	21,1	21,2	21,2	20,7	20,3	19,9	19,1	18,5	17,5
Brandenburg	16,0	15,1	14,3	13,6	13,3	13,2	12,7	11,9	11,3	10,7	9,7
Barnim	14,7	14,1	13,5	13,1	12,7	12,3	11,7	10,8	10,0	9,5	8,7
Brandenburg an der Havel, Stadt	22,3	21,8	20,8	20,8	20,2	20,0	19,5	18,5	17,8	17,5	16,8
Cottbus, Stadt	18,8	18,7	18,1	17,6	17,7	17,7	17,5	16,9	16,7	17,4	16,7
Dahme-Spreewald	12,6	11,5	10,6	9,9	9,5	9,5	9,2	8,8	8,2	7,5	6,7
Elbe-Elster	17,9	17,0	16,1	15,0	14,5	14,5	14,0	13,2	12,6	11,7	10,5
Frankfurt (Oder), Stadt	22,1	21,5	20,2	19,4	19,7	20,3	19,9	18,8	17,9	17,6	16,8
Havelland	14,5	13,4	12,6	12,0	11,6	11,5	10,8	9,9	9,3	8,7	7,7
Märkisch-Oderland	16,7	15,2	14,3	13,4	13,0	12,9	12,4	11,6	10,7	9,6	8,5
Oberhavel	14,4	13,7	12,8	11,8	11,2	10,9	10,6	9,9	9,3	8,5	7,5
Oberspreewald-Lausitz	18,9	18,2	17,8	17,5	17,3	17,3	16,7	15,8	15,3	14,5	13,0
Oder-Spree	16,2	15,7	14,6	13,9	13,8	13,5	13,1	12,2	11,3	10,9	10,0
Ostprignitz-Ruppin	19,7	18,8	17,7	16,9	16,4	16,2	15,4	14,3	13,3	12,2	10,7
Potsdam, Stadt	13,1	12,7	12,2	11,7	11,5	11,3	11,1	10,6	10,4	10,1	9,7
Potsdam-Mittelmark	9,4	8,8	8,3	7,5	7,1	6,9	6,5	6,0	5,8	5,3	4,6
Prignitz	19,9	19,1	18,1	17,4	17,3	17,4	16,8	15,6	15,1	14,6	13,1
Spree-Neiße	16,2	15,2	14,5	14,1	14,0	13,7	13,3	12,7	12,0	11,2	10,0
Teltow-Fläming	12,7	12,0	11,5	10,8	10,2	10,1	9,8	9,3	8,8	8,3	7,3
Uckermark	24,1	22,8	21,1	21,0	21,3	21,0	20,5	19,6	18,7	17,9	16,5
Bremen	18,1	17,9	18,1	17,7	17,6	17,7	17,8	18,2	18,3	18,9	18,6
Bremen, Stadt	16,9	16,8	17,2	16,8	16,7	16,8	16,8	17,0	17,3	17,9	17,7
Bremerhaven, Stadt	24,3	23,0	22,6	22,5	22,2	22,3	23,0	24,1	23,6	23,9	22,9
Hamburg	13,8	13,6	13,5	13,1	12,9	12,8	12,6	12,6	12,5	12,6	12,3
Hessen	9,0	8,9	8,8	8,4	8,2	8,4	8,5	8,5	8,5	8,8	8,5
Bergstraße	7,7	7,6	7,4	6,7	6,5	6,4	6,4	6,6	6,6	6,9	6,9
Darmstadt, Stadt	11,2	11,0	10,9	10,3	10,1	10,5	10,6	10,8	10,7	11,2	10,8

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Darmstadt-Dieburg	6,6	6,7	6,7	6,4	6,4	6,7	6,6	6,6	6,5	6,9	6,7
Frankfurt am Main, Stadt	12,9	12,7	12,7	12,3	12,1	12,1	12,2	12,3	12,0	11,8	11,2
Fulda	6,3	6,3	6,1	5,6	5,5	5,4	5,3	5,2	5,0	5,4	5,3
Gießen	9,9	9,6	9,3	8,9	8,7	8,9	8,8	8,8	8,7	9,4	9,5
Groß-Gerau	9,3	9,1	9,1	8,9	9,3	9,7	9,9	10,0	9,8	9,9	9,3
Hersfeld-Rotenburg	8,1	8,1	7,5	6,4	6,4	6,4	6,3	6,5	6,2	6,5	6,3
Hochtaunuskreis	5,0	5,1	5,1	5,1	5,0	5,0	5,1	5,2	5,4	6,0	6,1
Kassel	7,0	6,9	6,6	6,0	6,0	6,2	6,3	6,2	5,9	6,5	6,2
Kassel, Stadt	17,8	17,1	15,7	14,3	13,5	13,4	13,7	13,9	14,0	15,2	15,2
Lahn-Dill-Kreis	8,4	8,4	8,6	8,0	8,0	8,2	8,2	8,2	8,2	8,9	8,7
Limburg-Weilburg	9,5	9,3	8,7	8,1	7,9	8,0	8,0	7,9	7,7	8,2	7,9
Main-Kinzig-Kreis	6,9	7,2	7,4	7,1	7,0	7,2	7,4	7,5	7,4	7,8	7,7
Main-Taunus-Kreis	.	4,9	5,2	5,1	5,1	5,3	5,5	5,6	5,7	6,0	5,9
Marburg-Biedenkopf	6,9	7,1	6,9	6,4	6,1	6,1	6,1	6,1	6,2	6,9	6,8
Odenwaldkreis	7,5	7,8	7,9	7,6	7,6	7,8	7,9	7,9	7,5	7,5	7,0
Offenbach	8,4	8,5	8,6	8,5	8,3	8,3	8,3	8,5	8,2	8,3	7,9
Offenbach am Main, Stadt	19,5	19,2	19,3	19,1	19,2	19,6	19,8	19,5	18,7	17,6	16,2
Rheingau-Taunus-Kreis	5,3	5,3	5,3	5,1	4,9	5,1	5,2	5,4	5,7	6,4	6,4
Schwalm-Eder-Kreis	7,7	7,1	6,5	5,7	5,6	5,8	5,9	5,9	5,8	6,3	6,0
Vogelsbergkreis	7,1	7,1	6,8	5,9	5,4	5,4	5,3	5,1	5,3	5,8	5,5
Waldeck-Frankenberg	7,6	7,0	6,7	6,0	5,8	6,1	6,2	6,1	5,9	6,7	6,4
Werra-Meißner-Kreis	10,8	10,7	10,3	9,3	8,8	9,0	8,9	8,7	8,4	9,1	8,8
Wetteraukreis	6,9	6,7	6,5	6,0	6,0	6,2	6,3	6,4	6,4	6,7	6,5
Wiesbaden, Landeshauptstadt	13,4	13,8	14,1	14,0	13,8	13,9	14,2	14,5	14,4	14,4	14,2
Mecklenburg-Vorpommern	18,8	17,2	16,2	15,4	15,1	15,0	14,6	13,8	13,2	12,6	11,5
Landkreis Rostock	15,9	14,6	13,3	12,5	12,1	12,0	11,4	10,6	10,1	9,5	8,5
Ludwigslust-Parchim	14,5	13,2	12,2	11,4	11,1	11,1	10,8	10,3	9,8	9,3	8,4
Mecklenburgische Seenplatte	20,4	18,7	17,7	17,0	16,8	17,0	16,8	16,0	15,4	14,7	13,2
Nordwestmecklenburg	15,8	14,3	13,2	12,5	12,2	12,0	11,4	10,6	10,1	9,6	8,9
Rostock, Hansestadt	20,4	18,7	18,1	17,4	16,9	16,9	16,6	16,1	15,3	14,8	13,6
Schwerin, Landeshauptstadt	22,9	21,2	20,3	19,6	19,0	18,4	18,2	17,2	16,8	17,3	16,9
Vorpommern-Greifswald	21,8	20,4	19,2	18,3	17,8	17,6	16,9	15,8	14,9	14,0	12,6
Vorpommern-Rügen	19,7	17,8	16,6	15,8	15,4	15,8	15,5	14,5	14,0	13,0	11,6
Niedersachsen	10,3	10,0	9,7	9,3	9,1	9,2	9,1	9,1	9,1	9,4	9,1
Ammerland	7,7	7,3	6,8	6,3	6,1	6,1	6,2	6,2	6,3	6,9	6,7
Aurich	10,8	10,2	9,9	9,3	9,3	9,3	9,3	9,2	9,4	9,6	9,2
Braunschweig, Stadt	12,9	12,2	12,0	11,3	10,8	10,5	10,2	9,8	9,5	9,4	9,0
Celle	11,7	11,7	10,5	10,0	10,1	10,2	10,2	10,4	10,2	10,8	10,6
Cloppenburg	7,2	6,7	6,5	5,7	5,6	6,0	6,2	6,4	6,6	6,9	6,3
Cuxhaven	10,3	9,6	9,2	8,6	8,2	8,3	8,2	8,3	8,5	9,1	8,6
Delmenhorst, Stadt	18,6	17,9	17,9	17,5	17,4	17,7	17,6	17,6	17,8	18,8	17,9
Diepholz	7,7	7,5	7,2	6,8	6,8	6,9	6,9	6,9	7,0	7,5	7,2
Emden, Stadt	14,5	14,1	14,0	13,3	12,5	12,7	12,8	12,4	13,2	14,2	14,3
Emsland	6,0	5,3	4,9	4,7	4,7	4,8	.	5,0	5,1	5,6	5,3

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Friesland	9,4	8,5	8,2	7,7	7,7	7,8	7,9	7,8	7,4	8,0	7,4
Gifhorn	8,3	8,2	7,9	7,3	6,7	6,4	6,1	6,0	5,8	6,0	6,0
Goslar	13,3	13,3	12,8	12,5	12,3	12,4	12,2	11,7	11,7	12,0	11,6
Göttingen	10,9	10,6	10,2	9,7	9,5	9,3	8,9	8,3	8,0	8,1	8,0
Grafschaft Bentheim	6,7	6,4	6,3	6,0	6,1	6,3	6,5	6,5	6,6	6,8	6,2
Hameln-Pyrmont	13,0	12,2	12,0	11,4	11,3	11,5	11,6	11,8	11,8	12,1	12,1
Harburg	6,4	6,3	6,5	6,4	6,2	6,1	6,1	6,2	6,1	6,0	5,7
Heidekreis	10,0	9,4	9,0	8,8	9,0	9,1	9,0	8,8	8,4	8,9	8,6
Helmstedt	11,3	10,5	10,2	9,8	9,6	9,5	9,3	9,2	9,1	9,5	9,3
Hildesheim	10,7	10,2	10,2	9,8	9,6	9,7	9,7	9,9	9,8	10,0	9,7
Holzminen	11,6	10,7	11,0	10,1	9,8	10,1	10,1	10,0	9,8	10,2	10,0
Leer	10,0	8,8	8,3	7,7	7,3	7,2	.	7,1	7,2	.	7,2
Lüchow-Dannenberg	13,6	12,9	12,5	11,5	11,3	11,7	11,5	10,9	10,6	10,7	10,2
Lüneburg	10,7	10,3	9,7	9,2	9,0	8,9	8,7	8,5	8,4	8,7	8,4
Nienburg (Weser)	10,1	9,6	9,2	8,6	8,3	8,5	8,7	8,9	8,8	9,6	9,6
Northeim	10,9	10,8	10,4	9,7	9,2	9,3	9,1	8,9	8,7	8,9	8,6
Oldenburg	8,0	7,4	6,9	6,4	6,3	6,4	6,5	6,4	6,4	6,7	6,2
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	13,6	13,4	13,3	12,9	12,8	12,9	13,0	12,8	13,0	13,3	13,0
Osnabrück	6,8	6,8	6,5	5,9	5,8	5,7	5,6	5,5	5,3	5,4	4,7
Osnabrück, Stadt	12,0	12,4	12,6	12,6	12,7	12,9	13,0	13,1	13,0	13,1	12,6
Osterholz	6,6	6,1	6,1	5,7	5,4	5,4	5,5	5,4	5,2	5,6	5,4
Peine	10,8	10,9	10,7	10,4	10,1	9,7	9,6	9,2	9,2	9,5	9,3
Region Hannover	13,1	13,1	13,0	12,9	12,8	12,9	13,0	13,1	13,0	13,1	12,8
Rotenburg (Wümme)	7,7	7,0	6,5	5,9	5,4	5,2	5,1	5,3	5,3	5,8	5,5
Salzgitter, Stadt	14,4	13,9	13,8	13,1	12,6	12,9	13,0	13,4	15,0	17,0	17,4
Schaumburg	10,8	9,9	9,8	9,4	9,4	9,5	9,4	9,3	9,0	9,4	9,3
Stade	9,6	9,4	9,1	8,7	8,6	8,6	8,7	8,8	8,9	9,4	9,3
Uelzen	11,2	10,5	9,9	9,0	8,7	8,6	8,6	8,2	8,0	8,2	7,9
Vechta	5,9	5,5	5,3	4,9	4,9	4,9	5,0	5,3	5,8	6,4	6,1
Verden	8,7	8,5	8,3	8,0	7,8	7,8	7,6	7,5	7,5	7,8	7,5
Wesermarsch	11,8	11,0	10,4	10,0	9,8	9,9	10,1	10,3	10,4	10,6	10,1
Wilhelmshaven, Stadt	17,5	17,4	17,4	17,4	17,5	17,9	18,0	18,3	18,7	20,0	20,0
Wittmund	10,4	9,7	9,3	8,7	8,7	8,5	8,5	8,4	8,1	8,1	7,5
Wolfenbüttel	9,5	9,0	8,9	8,7	8,5	8,7	8,5	8,1	7,9	8,2	7,8
Wolfsburg, Stadt	9,7	9,3	9,3	8,3	7,8	7,7	7,6	7,7	7,8	8,3	8,6
Nordrhein-Westfalen	11,2	11,1	11,2	11,0	11,0	11,2	11,4	11,5	11,5	11,9	11,6
Aachen, Städteregion	11,6	11,1	11,2	11,3	11,4	11,7	11,9	12,1	12,0	12,1	11,7
Bielefeld, Stadt	14,2	14,1	14,5	13,8	13,3	13,4	13,5	13,9	13,9	14,2	13,7
Bochum, Stadt	12,9	12,8	13,1	13,2	13,5	13,8	14,1	14,4	14,9	15,7	15,4
Bonn, Stadt	10,5	10,3	10,3	10,2	10,3	10,6	10,8	11,4	11,5	11,8	11,7
Borken	6,0	6,0	6,0	5,4	5,2	5,3	5,4	5,4	5,4	5,6	5,2
Bottrop, Stadt	12,3	12,1	12,5	12,4	12,2	12,3	12,3	12,4	12,5	13,1	12,9
Coesfeld	4,8	4,7	4,5	4,2	4,4	4,7	4,8	4,8	4,6	5,1	5,0
Dortmund, Stadt	17,6	17,3	17,8	17,6	17,5	17,8	18,0	18,3	18,4	18,7	18,2

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Duisburg, Stadt	18,1	18,0	18,1	17,4	17,1	17,1	17,5	18,2	18,8	19,2	18,7
Düren	9,5	9,4	9,6	10,1	10,2	10,4	10,8	10,8	10,6	10,9	10,6
Düsseldorf, Stadt	13,4	13,2	13,4	13,3	13,0	12,9	12,9	12,8	12,6	12,5	11,9
Ennepe-Ruhr-Kreis	11,6	10,7	10,3	11,4	13,7	15,4	15,7	14,3	11,7	9,3	7,6
Essen, Stadt	17,8	17,9	18,2	18,0	18,3	18,7	18,8	19,0	19,4	20,2	20,0
Euskirchen	7,3	7,1	7,2	7,1	7,1	7,1	7,1	7,1	7,1	7,6	7,4
Gelsenkirchen, Stadt	21,0	20,8	21,1	20,9	21,2	21,6	22,3	23,2	23,8	24,8	24,9
Gütersloh	6,4	6,1	6,4	6,0	6,0	6,2	6,3	6,4	6,3	6,5	6,4
Hagen, Stadt	15,9	15,9	16,1	15,4	15,1	15,6	16,2	17,0	17,7	18,4	17,9
Hamm, Stadt	14,4	14,2	14,2	14,0	14,7	15,5	16,0	16,1	15,7	15,4	14,4
Heinsberg	9,0	8,5	8,5	8,4	8,5	8,7	8,8	8,7	8,3	8,4	8,0
Herford	8,9	8,8	8,9	8,3	8,1	8,4	8,4	8,4	8,4	8,7	8,3
Herne, Stadt	13,0	12,5	12,2	12,7	14,2	15,4	15,9	15,2	13,7	12,4	11,0
Hochsauerlandkreis	7,2	7,3	7,3	6,7	6,5	6,6	6,5	6,4	6,3	6,6	6,3
Höxter	7,0	6,5	6,3	5,8	5,6	5,7	5,8	5,8	5,8	6,1	5,7
Kleve	6,2	5,9	6,2	6,3	6,6	7,0	7,4	7,5	7,4	7,7	7,2
Köln, Stadt	14,3	14,1	14,2	13,7	13,3	13,3	13,3	13,5	13,2	13,2	13,0
Krefeld, Stadt	14,8	14,8	15,1	15,3	15,6	15,8	15,8	16,0	16,1	16,5	16,1
Leverkusen, Stadt	11,7	11,4	11,7	11,8	12,0	12,4	12,8	13,1	13,4	13,7	13,5
Lippe	10,8	10,8	10,7	9,9	9,8	9,9	9,9	9,7	9,7	10,0	9,8
Märkischer Kreis	9,2	9,5	9,9	9,2	9,1	9,5	9,6	9,5	9,7	10,1	9,7
Mettmann	9,2	9,3	9,5	9,4	9,5	9,9	10,2	10,1	10,0	10,3	10,1
Minden-Lübbecke	9,4	9,3	9,3	8,8	8,8	8,8	8,9	8,8	8,7	9,3	9,1
Mönchengladbach, Stadt	17,8	17,0	17,5	17,5	17,8	18,1	18,3	18,4	18,6	18,7	18,2
Mülheim an der Ruhr, Stadt	13,0	13,3	13,8	13,7	13,9	14,2	14,6	15,1	15,6	16,4	16,4
Münster, Stadt	8,8	8,5	8,3	7,9	8,1	8,2	8,2	8,3	8,2	8,5	8,2
Oberbergischer Kreis	7,2	7,1	7,4	6,9	6,7	6,8	6,8	6,6	6,6	7,1	6,8
Oberhausen, Stadt	15,3	14,5	14,8	15,1	15,5	16,0	16,5	16,9	16,8	17,2	17,2
Olpe	4,9	5,4	5,7	5,1	5,2	5,4	5,2	5,2	5,1	5,4	5,1
Paderborn	9,1	8,9	8,8	8,0	7,8	7,9	8,1	8,1	7,9	8,4	8,0
Recklinghausen	14,1	13,9	13,9	13,7	14,1	14,4	14,6	14,8	15,0	15,8	15,4
Remscheid, Stadt	12,2	12,5	13,0	12,7	12,4	12,9	13,5	13,8	13,7	13,8	13,2
Rhein-Erft-Kreis	9,6	9,5	9,4	9,3	9,4	9,8	10,0	10,2	10,1	10,2	9,8
Rheinisch-Bergischer Kreis	7,9	7,7	7,7	7,3	7,2	7,5	7,5	7,5	7,6	8,1	8,0
Rhein-Kreis Neuss	8,2	8,0	8,1	8,0	8,1	8,4	8,7	8,7	8,6	9,0	8,8
Rhein-Sieg-Kreis	7,8	7,7	7,9	7,6	7,6	7,7	7,8	7,8	7,8	8,1	7,9
Siegen-Wittgenstein	7,2	7,5	7,7	7,1	6,7	6,9	7,0	7,1	7,3	7,8	7,8
Soest	8,2	7,9	7,9	7,4	7,2	7,3	7,3	7,3	7,3	7,7	7,4
Solingen, Stadt	11,5	11,5	11,5	11,1	11,4	11,9	12,0	12,3	12,5	12,7	12,0
Steinfurt	6,2	6,1	6,1	5,9	6,0	6,3	.	6,6	6,5	6,8	6,5
Unna	12,0	11,8	11,8	11,9	12,0	12,5	12,7	12,5	12,3	12,6	12,1
Viersen	8,0	8,0	8,1	7,9	8,0	8,3	8,4	8,5	8,5	8,6	8,2
Warendorf	7,1	7,1	7,3	7,1	6,7	7,0	7,3	7,4	7,2	7,7	7,5
Wesel	9,8	9,6	9,5	9,3	9,2	9,3	9,5	9,6	9,6	9,9	9,6
Wuppertal, Stadt	16,4	16,9	17,3	16,7	16,9	17,2	16,9	16,7	17,1	17,9	17,7

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Rheinland-Pfalz	7,4	7,3	7,2	6,7	6,6	6,7	6,8	6,9	7,0	7,4	7,1
Ahrweiler	5,3	5,2	4,9	4,6	4,9	5,2	5,4	5,6	6,0	6,4	6,1
Altenkirchen (Westerwald)	7,2	7,3	7,5	6,8	6,4	6,5	6,5	6,3	6,1	6,4	6,0
Alzey-Worms	6,0	5,7	5,7	5,2	5,0	5,1	5,2	5,0	5,1	5,6	5,6
Bad Dürkheim	4,8	4,7	4,7	4,5	4,6	4,7	4,8	5,0	5,0	5,4	5,2
Bad Kreuznach	9,2	8,9	8,8	8,4	8,5	8,6	8,6	8,5	8,4	8,8	8,5
Bernkastel-Wittlich	4,9	4,7	4,3	3,7	3,6	3,8	4,1	4,2	4,3	4,7	4,4
Birkenfeld	9,8	9,6	8,9	8,2	7,8	8,2	8,3	8,0	8,1	8,4	8,4
Cochem-Zell	4,9	4,7	4,6	4,1	4,0	4,1	4,0	4,1	4,3	4,7	4,7
Donnersbergkreis	7,6	6,9	6,7	6,1	6,1	6,5	6,4	6,1	6,0	6,4	6,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3,2	3,2	3,2	2,9	2,9	3,0	3,1	3,3	3,5	3,9	3,7
Frankenthal (Pfalz), Stadt	10,3	10,9	11,3	10,7	10,5	10,6	10,5	10,8	10,8	11,0	10,5
Germersheim	5,6	6,0	6,2	5,8	5,5	5,4	5,4	5,5	5,7	6,1	5,8
Kaiserslautern	6,4	6,3	6,3	5,9	5,8	6,0	6,2	6,2	6,3	6,8	6,6
Kaiserslautern, Stadt	13,7	13,5	13,4	13,1	13,0	13,4	13,6	13,5	13,7	14,3	14,1
Koblenz, Stadt	12,3	11,9	11,5	10,6	10,4	10,0	10,0	10,3	10,7	11,5	11,4
Kusel	7,4	7,7	7,6	6,9	6,5	6,7	6,8	6,9	6,7	7,2	6,9
Landau in der Pfalz, Stadt	6,8	7,3	7,1	6,2	6,0	6,2	6,7	6,9	7,0	7,8	7,7
Ludwigshafen am Rhein, Stadt	13,4	14,0	14,7	14,7	14,9	15,1	15,3	15,7	15,7	15,9	15,3
Mainz, Stadt	9,0	9,0	8,9	8,6	8,4	8,6	8,9	9,1	9,2	9,5	9,3
Mainz-Bingen	5,6	5,5	5,4	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0	5,2	5,6	5,4
Mayen-Koblenz	7,8	7,3	7,0	6,3	6,4	6,2	6,3	6,2	6,2	6,6	6,2
Neustadt an der Weinstraße, Stadt	8,9	8,7	8,6	8,5	8,3	8,5	8,7	8,8	9,1	9,8	9,5
Neuwied	8,7	8,6	8,3	7,6	7,2	7,3	7,4	7,6	7,8	8,2	7,7
Pirmasens, Stadt	18,2	18,0	17,5	16,8	16,6	17,1	17,0	17,0	17,2	18,4	18,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	6,5	5,6	5,2	4,5	4,2	4,1	4,4	4,5	4,9	5,2	5,0
Rhein-Lahn-Kreis	6,7	6,3	6,1	5,6	5,5	5,5	5,6	5,7	5,7	6,0	5,8
Rhein-Pfalz-Kreis	4,0	4,2	4,3	4,1	4,1	4,2	4,2	4,2	4,2	4,5	4,4
Speyer, Stadt	9,5	9,6	9,5	8,9	8,9	8,8	8,9	9,0	9,0	9,1	8,7
Südliche Weinstraße	4,4	4,3	4,3	4,1	4,0	4,2	4,4	4,5	4,7	5,2	5,1
Südwestpfalz	4,9	4,9	4,8	4,2	3,9	3,7	3,7	3,7	3,6	3,8	3,4
Trier, Stadt	8,7	8,5	8,2	7,6	7,1	7,0	6,9	6,7	7,0	7,8	7,9
Trier-Saarburg	3,3	3,1	3,0	2,8	2,7	2,9	3,0	3,1	3,4	3,7	3,5
Vulkaneifel	6,0	6,2	6,2	5,4	5,0	4,9	4,9	4,8	4,9	5,3	5,0
Westerwaldkreis	6,1	5,8	5,7	4,9	4,6	4,6	4,7	4,9	4,9	5,2	4,7
Worms, Stadt	11,5	11,7	11,9	11,4	11,6	11,9	12,3	12,4	12,7	13,2	12,5
Zweibrücken, Stadt	10,4	10,4	10,7	9,6	9,0	9,1	9,5	9,6	9,7	10,1	9,3
Saarland	10,0	9,8	9,8	9,4	9,3	9,6	9,9	10,2	11,3	11,7	11,3
Merzig-Wadern	6,3	5,9	5,7	5,3	5,2	5,2	5,2	5,4	6,6	7,0	6,4
Neunkirchen	10,0	9,7	9,7	9,4	9,5	10,0	10,4	11,0	12,5	12,8	12,2
Saarlouis	8,0	8,0	7,9	7,3	7,2	7,9	8,1	7,9	8,7	9,0	8,3
Saarpfalz-Kreis	6,8	6,8	6,8	6,4	6,4	6,6	6,9	7,1	8,4	8,7	8,3
St. Wendel	6,4	6,4	6,0	5,4	5,2	5,2	5,1	5,2	6,0	6,1	5,8
Stadtverband Saarbrücken	14,8	14,6	14,6	14,4	14,1	14,4	14,8	15,3	16,5	17,2	16,9

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Sachsen	16,2	15,5	14,7	13,8	13,3	13,0	12,5	11,7	10,9	10,4	9,5
Bautzen	15,4	14,7	13,9	13,2	12,5	12,1	11,5	10,7	9,6	8,7	7,6
Chemnitz, Stadt	18,0	17,3	16,4	15,4	15,0	14,8	14,3	13,4	12,8	13,0	12,3
Dresden, Stadt	14,7	14,1	13,7	12,9	12,5	12,1	11,6	11,0	10,5	10,4	9,8
Erzgebirgskreis	14,6	14,0	13,1	11,7	11,4	10,9	10,3	9,2	8,2	7,4	6,4
Görlitz	20,5	19,4	18,1	16,9	16,5	16,2	15,8	15,0	13,9	13,2	11,9
Leipzig	15,2	14,3	13,6	13,0	13,0	12,5	11,7	10,8	10,0	9,3	8,4
Leipzig, Stadt	20,7	19,9	19,2	18,6	17,8	17,3	16,6	15,8	15,0	14,5	13,6
Meißen	15,1	14,3	13,7	12,9	12,7	12,3	11,8	10,9	9,8	9,2	8,1
Mittelsachsen	14,7	13,9	12,8	11,5	10,8	10,7	10,3	9,6	8,7	8,1	7,2
Nordsachsen	17,2	16,0	15,1	14,4	14,0	13,9	13,5	12,6	11,8	10,9	9,8
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	14,3	13,6	13,0	12,1	11,7	11,6	11,0	10,1	9,3	8,6	7,8
Vogtlandkreis	14,0	13,5	12,9	11,9	11,2	10,9	10,5	9,9	9,3	8,9	7,9
Zwickau	15,1	14,5	13,7	12,3	11,6	11,4	10,9	10,1	9,4	9,0	8,2
Sachsen-Anhalt	19,2	18,4	17,4	16,6	16,4	16,4	15,9	15,2	14,6	14,2	13,1
Altmarkkreis Salzwedel	16,5	15,4	14,4	13,0	12,8	12,4	12,0	11,4	10,7	10,5	9,7
Anhalt-Bitterfeld	20,0	19,1	18,1	17,9	17,6	17,4	16,8	15,9	15,1	14,3	12,8
Börde	13,6	13,1	12,5	11,6	11,3	11,3	10,7	10,1	9,8	9,1	8,1
Burgenlandkreis	20,3	19,1	17,8	16,8	17,3	17,0	16,5	15,5	14,5	13,9	12,6
Dessau-Roßlau	19,9	18,7	18,2	17,4	17,0	17,3	17,1	16,4	15,9	16,0	14,6
Halle (Saale), Stadt	22,2	21,2	20,3	19,9	19,7	19,7	19,5	18,9	18,8	19,7	18,8
Harz	17,7	17,0	16,1	15,3	15,0	14,6	.	13,1	11,9	11,1	10,0
Jerichower Land	17,2	16,6	15,5	14,2	13,6	13,7	13,1	12,3	12,1	11,2	10,0
Magdeburg, Landeshauptstadt	20,8	20,0	18,7	17,8	17,7	17,8	17,5	17,1	16,9	17,2	16,4
Mansfeld-Südharz	20,8	19,7	19,1	18,0	17,6	17,8	17,7	17,2	16,4	16,0	14,7
Saalekreis	17,2	16,4	15,4	14,6	14,7	14,5	14,3	13,6	12,7	12,2	11,1
Salzlandkreis	21,9	21,1	19,9	19,5	19,4	19,0	18,3	17,2	16,3	15,5	14,2
Stendal	21,6	20,9	19,3	18,3	18,1	18,1	17,7	16,7	16,2	15,6	14,4
Wittenberg	16,4	16,5	16,4	15,5	14,8	14,9	14,5	13,7	13,3	12,6	11,3
Schleswig-Holstein	10,6	10,1	9,9	9,7	9,6	9,8	9,8	9,8	9,8	10,2	9,8
Dithmarschen	12,5	12,4	11,7	11,3	11,3	11,4	11,4	11,6	11,5	11,9	11,4
Flensburg, Stadt	15,9	14,7	14,7	15,1	15,8	15,9	15,7	15,5	15,3	16,2	16,6
Herzogtum Lauenburg	9,8	9,1	8,9	8,5	8,6	8,8	8,7	8,6	8,5	8,9	8,3
Kiel, Landeshauptstadt	17,7	17,0	16,6	16,3	16,1	16,0	16,2	16,6	16,9	17,3	16,8
Lübeck, Hansestadt	18,7	18,2	17,7	17,3	16,9	16,8	16,7	16,8	16,5	16,6	15,7
Neumünster, Stadt	18,3	17,2	17,0	16,8	16,7	17,0	17,2	16,9	16,5	16,4	15,3
Nordfriesland	.	7,2	7,0	7,4	7,5	7,6	7,6	7,6	7,5	8,2	7,9
Ostholstein	10,0	9,6	9,0	8,8	8,7	8,8	8,6	8,5	8,3	8,5	8,1
Pinneberg	8,7	8,4	8,2	7,8	7,8	7,8	7,9	8,1	8,2	8,7	8,6
Plön	8,3	7,8	7,4	7,2	7,1	7,1	7,1	7,2	7,3	7,8	7,6
Rendsburg-Eckernförde	7,9	7,5	7,4	7,2	7,1	7,3	7,3	7,2	7,1	7,7	7,4
Schleswig-Flensburg	8,4	8,2	8,3	8,4	8,7	9,2	9,3	9,2	8,8	8,9	8,2

SGB II-Quote nach Kreisen (in %)	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Segeberg	7,6	7,3	7,4	7,0	6,9	7,0	7,0	6,9	6,8	7,3	7,1
Steinburg	9,9	9,3	9,0	8,4	8,3	8,6	8,8	9,0	9,2	9,9	9,6
Stormarn	5,9	5,5	5,5	5,3	5,1	5,2	5,2	5,3	5,4	5,9	5,9
Thüringen	13,8	13,0	12,2	11,3	10,9	10,8	10,5	10,0	9,6	9,4	8,7
Altenburger Land	18,8	18,3	17,4	15,8	15,4	15,3	14,9	14,3	13,7	13,6	12,6
Eichsfeld	8,7	8,3	7,4	6,6	6,4	6,3	.	5,9	5,6	5,6	5,2
Eisenach, Stadt	15,0	15,1	14,7	13,9	13,5	13,9	13,0	12,3	12,0	12,8	12,3
Erfurt, Stadt	18,9	17,4	16,1	15,3	15,1	14,7	14,2	13,8	13,3	12,8	12,0
Gera, Stadt	19,3	18,7	18,1	17,3	17,4	17,5	17,0	16,2	15,9	17,1	16,3
Gotha	13,9	13,6	13,0	11,7	11,1	10,9	10,1	9,4	9,2	9,1	8,1
Greiz	13,4	12,4	11,6	10,6	10,1	10,0	9,5	9,0	8,4	8,0	6,9
Hildburghausen	8,3	7,6	7,2	6,2	5,8	5,6	5,3	5,1	4,8	4,8	4,3
Ilm-Kreis	14,4	13,7	13,0	11,9	11,3	11,1	10,9	10,3	9,8	9,3	8,7
Jena, Stadt	12,5	11,2	10,5	9,7	9,2	8,9	8,9	8,6	8,5	8,7	8,2
Kyffhäuserkreis	18,3	17,5	16,6	15,6	15,1	14,8	14,2	13,8	13,0	12,6	11,6
Nordhausen	16,7	15,5	14,6	14,0	13,9	14,0	13,5	13,0	12,2	12,1	11,1
Saale-Holzland-Kreis	11,2	10,8	9,9	9,2	8,6	8,6	8,4	7,8	7,1	6,6	6,1
Saale-Orla-Kreis	11,5	11,1	10,6	9,7	9,0	8,9	8,3	7,8	7,4	7,4	6,6
Saalfeld-Rudolstadt	13,3	12,4	11,5	10,6	10,6	10,7	10,5	10,1	9,4	8,9	7,9
Schmalkalden-Meiningen	9,6	8,9	8,6	7,4	7,2	7,1	7,0	6,4	6,3	6,2	5,5
Sömmerda	15,0	13,9	12,7	11,5	10,9	10,5	10,1	9,6	8,9	8,2	7,4
Sonneberg	9,3	8,9	8,4	7,2	6,5	6,4	6,2	6,0	5,8	5,9	5,2
Suhl, Stadt	13,6	13,1	11,9	11,0	10,8	11,0	10,5	9,9	9,1	8,5	7,8
Unstrut-Hainich-Kreis	15,1	14,7	14,0	13,3	13,2	13,2	12,6	12,0	11,5	11,3	10,1
Wartburgkreis	8,9	8,2	7,6	6,4	6,0	6,1	6,1	5,9	5,7	5,6	5,1
Weimar, Stadt	15,6	14,4	13,9	13,5	13,1	12,8	12,4	12,0	11,4	11,4	11,0
Weimarer Land	12,3	11,1	10,5	10,0	9,8	9,5	9,1	8,6	8,1	7,8	7,1



Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Tel. 030 24636-0
Fax 030 24636-110

www.paritaet.org
info@paritaet.org

ISBN978-3-947792-03-0